

Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 127 September/Oktober 2006 2,50 Euro

- Murat Karayilan über das Modell der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans
- Kriminalisierung und politische Verfolgung von Kurden in Deutschland

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 127 September/ Oktober 2006

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement (6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
3. Zilan-Festival 2006
Foto: Annett Bender

Rückseite:
In Erinnerung an Engin Sincer
Foto: Archiv

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Azadiya Welat, die kurdische Tageszeitung, erscheint seit dem 15. August in der Türkei. Foto: DIHA



Der Aufmarsch von Truppen und schwerem Gerät sowie die Operationen der türkischen Armee in Nordkurdistan halten an. Foto: DIHA



Vor drei Jahren verstarb Engin Sincer durch einen Unfall während einer Feier zum 15. August. Nur die nächsten Angehörigen wurden an seinem Todestag zu seinem Grab gelassen. Türkische Sicherheitskräfte umstellten das Dorf und ließen niemand anderes an dem Gedenken vor Ort teilnehmen. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Vernichtung, Verhaftungen, Verschmutzung, Verdummung, Verängstigen, Ver…

- so könnte diese Ausgabe beginnen. Denn all diese Begriffe könnten wir verwenden, der Krieg nicht nur in Kurdistan und der Türkei nimmt eine immense Entwicklung - Libanon, Israel, Iran, Sri Lanka … Es ist berechtigt zu fragen: Sind Konflikte mit Waffengewalt zu lösen? Lernt Mensch nicht dazu? Aber wie auch, wenn im globalen Verteilungskampf um Machtanteile und vorteilhafte Ausgangspositionen sich wieder nur Machtpolitik und militärische Option durchsetzen. Selbst pragmatische Vernunft zum eigenen Nutzen scheint im weltweiten Rahmen inopportun. Diese Ausgabe hat leider wieder reichlich Gelegenheit, dazu am Beispiel Kurdistans Stellung zu beziehen.

Aktuell ist auch wieder die Losung „Dialog statt Verbot". Wieder sind kurdische Politiker in Deutschland und den Niederlanden festgenommen worden. Menschen, denen politisches Asyl zugesprochen wurde und die z. T. schon zwanzig Jahre in türkischen Gefängnissen verbracht haben und anschließend das Land verlassen mussten. Aber in der geschürten Terrorismushysterie gehen Verhaftungen in kurdischem Kontext in der Öffentlichkeit unter, ohne dass sich jemand groß daran stört. So finden z. B. trotz Pressekonferenz der *Föderation kurdischer Vereine in Deutschland* YEK-KOM nur die kurzen Tickermeldungen Eingang in die wenigsten Veröffentlichungen der deutschsprachigen Presse: „Mutmaßlichen Rädelsführer der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) festgenommen" (Die Welt), oder „PKK-Rädelsführer - In Mannheim gefasst" (taz), so der Tenor. Aktuell finden in vielen Städten der Bundesrepublik Initiativen gegen diese Sackgassenpolitik vor allem der deutschen Regierung statt.

Zufall oder gemeinsame Taktik - gleichzeitig geht der Aufmarsch türkischer Truppen in Kurdistan weiter. Bilder des kurdischen Fernsehens und der Nachrichtenagenturen dokumentieren, wie schweres Gerät weiter nahe der Grenze zu Südkurdistan/Irak transportiert wird. Operationen der türkischen Armee in den kurdischen Regionen sind alltägliche Realität, wie auch das Sterben auf beiden Seiten. Das, was die US-Amerikaner der türkischen Regierung erst einmal untersagten, grenzüberschreitende militärische Operationen in den Süden Kurdistans, hat die iranische Armee übernommen. Auf die Zivilbevölkerung wird dabei keine Rücksicht genommen. So wurden neben den Bergen auch Dörfer im Dreiländereck Türkei, Iran und Irak Schauplatz großer militärischer Auseinandersetzungen. Viele Almbewohner mussten fluchtartig die Hochebenen verlassen, zurück blieben ihre Tiere und mit ihnen für viele ihre Existenz.

In einem längeren Interview-Artikel geht der Vorsitzende des Exekutivrats der *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans*, Murat Karayilan, ausführlich auf Lösungsansätze ein, die aus den Erfahrungen der kurdischen Freiheitsbewegung entwickelt worden sind und Antworten geben können über die Grenzen des Mittleren Ostens hinaus. „Die Menschheit fordert in unserem Zeitalter mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit, mehr Demokratie und eine gerechtere Verteilung der Ressourcen." In diesem Sinne wird das Modell des demokratischen Konföderalismus erläutert, mit den Schwierigkeiten und Erfolgen des in den Kinderschuhen stehenden Projekts.

Für viele Kurdinnen und Kurden ist mit den jetzigen Feiern um den 15. August ein Traum in Erfüllung gegangen. Die Wochenzeitung *Azadiya Welat* versucht den großen Sprung zur kurdischsprachigen Tageszeitung. Einige ausgesuchte Fotografien bringen uns dieses wichtige Ereignis näher. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünschen wir von hier aus viel Erfolg.

Mit freundlichem Gruß
die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die kurdische Freiheitsbewegung ist bereit für eine Lösung

Nilüfer Koc, stellvertretende Vorsitzende des Kongra-Gel

Auch wenn sich in allen Teilen der Welt wichtige politische Prozesse abspielen, wie in Sri Lanka, Cuba oder Somalia, so haben doch zwei Konflikte ein globales Maß erreicht. Der eine ist der Krieg zwischen Israel und dem Libanon, der andere betrifft die Auseinandersetzungen zwischen den USA, dem Irak und der Türkei.

Ein Stellvertreterkrieg: Israel–Libanon

Zwar sieht die aktuelle Konfrontation im Mittleren Osten faktisch und praktisch wie ein Krieg zwischen Israel und dem Libanon aus, doch ist es anhand der Erklärungen und praktischen Schritte der USA und des Iran gegenwärtig offensichtlich geworden, dass es sich vielmehr um einen Stellvertreterkrieg zwischen diesen handelt. Sämtliche politischen Initiativen und Drohungen gehen von diesen zwei Staaten aus. Alle anderen Kräfte richten ihre Politik danach, ob die UNO oder die EU agiert. Selbstverständlich darf auch das israelische Interesse hierbei nicht unterschätzt werden. Der Staat Israel wird noch immer von vielen arabischen Staaten nicht anerkannt, was sich ganz deutlich an den Haltungen Syriens und des Iran ablesen lässt. Zudem versuchen Kräfte des politischen Islam über die antiisraelische Politik eine islamische Einheit herzustellen. Israel ist eine existente Realität im Mittleren Osten. Anstatt es zum Feindbild zu erklären, ist es wichtig, dass gerade die Nachbarvölker wie Araber und Perser einen historisch bedingten Versöhnungsprozess einleiten. Dasselbe gilt auch für Israel. Der Aufbau von Feindbildern, von israelischer wie auch von iranischer und syrischer Seite, ist kontraproduktiv für die Region. Er vertieft die Konflikte und bietet immer wieder Raum für kriegerische Auseinandersetzungen. Israel wird eine Versöhnung mit den Nachbarvölkern nicht im Krieg wie zum Beispiel gegen den Libanon erreichen, sondern damit die ohnehin propagierte antiisraelische Haltung vertiefen. Daraus wiederum werden auch die jeweiligen Bündnispartner Profit schlagen. Ebenso die Kontrahenten. Dauerhafte Sicherheit wird Israel auch dann nicht gewinnen, wenn es über die Zerschlagung der Hisbollah den Iran schwächen zu können glaubt. Dauerhafter Frieden braucht auch den gesellschaftlichen Versöhnungs- und Verständigungsprozess.

Zwar ist es den USA gelungen, weitere Kräfte dafür zu gewinnen, den Iran vor die UN zu zerren, allerdings reicht dies trotzdem nicht für noch konkretere Maßnahmen gegen das Ahmadinejad-Regime. Deshalb wird Israels kriegerisches Vorgehen gegen den Libanon klar und deutlich seitens der USA unterstützt. State Department und Pentagon gehen davon aus, dass der Iran die Destabilisierung des Irak mithilfe so genannter islamischer Gruppen forciert. Im Libanon hat die Hisbollah eine starke Verankerung und kann sich frei bewegen. Mit ihrer Schwächung in diesem Krieg soll ein Arm des Iran geschwächt werden. Ob dies gelingen wird, werden die kommenden Tage zeigen. Eines ist aber sicher: Wer diesen Krieg gewinnt, wird auch an Macht und Einfluss im Mittleren Osten gewinnen. Ist es der Iran, so wird der politisierte Islam gestärkt. Wird aber der Krieg durch die USA/Israel gewonnen, so wird das US-Projekt „des erweiterten Mittleren Ostens“, welches erst kürzlich durch die US-amerikanische Außenministerin Rice in Tel Aviv deklariert worden ist, weiter expandieren.

Die Türkei meldet sich zu Wort

In diesem grenzenlosen und rechtlosen Krieg geht es letztendlich um eine Machtposition im Mittleren Osten. Seine Auswirkungen und Konsequenzen bedingen unter anderem, dass alle von diesem Krieg profitieren wollen. Als erstes meldete sich die intern politisch und wirtschaftlich kriselnde Türkei zu Wort. Der türkische Ministerpräsident Erdogan erklärte, die Türkei habe genau das gleiche Recht wie Israel, gegen ihre Feinde vorzugehen – also gegen die kurdische Freiheitsbewegung, international bekannt als die PKK. Seit Ende Juli übt die Türkei massiven Druck auf die USA, die irakische Zentral- sowie die kurdische Regionalregierung aus, um die Erlaubnis für eine militärische Invasion im Nordirak zu erhalten.

Die Türkei befindet sich innenpolitisch in einer tiefen Krise. Diese soll mithilfe der neuen außenpolitischen Entwicklungen, entflammt durch den Israel-Libanon-Krieg, überwunden werden. Der AKP-Regierung unter Ministerpräsident Erdogan ist es auch nicht gelungen, die Türkei auf den Weg der Demokratie und der Wohlfahrt zu leiten. Einst wurde sie mit dieser Hoffnung durch die EU und USA gefördert und ihr wurde zur Macht verholfen. Die

AKP sollte im Mittleren Osten einen modernen Islam als Modell für die gesamte Region entwickeln. So sahen die EU und die USA immer wieder über Erdogans gravierende Fehler hinweg und machten ihm Mut. Doch Erdogan ist gescheitert.

Der neue Generalstabschef soll helfen

Auch Erdogan hat seinen letzten Ausweg in der Armee gefunden. Zum ersten Mal in der Geschichte der türkischen Republik wurde ein Generalstabschef von Regierung und Staatspräsident in einer außerordentlichen Prozedur und in aller Eile in seinem Amt bestätigt. Der neue Generalstabschef Yasar Büyükanit – bei den Kurden bestens bekannt als Hardliner – soll nun die Türkei retten. Er verfügt über Kriegserfahrungen in Kurdistan. Wie seine acht Vorgänger (Kenan Evren, Nurettin Ersin, M. Necdet Ürug, Necip Torumtay, Dogan Güres, Ismail Hakki Karadayi, Hüseyin Kivrikoglu und Hilmi Özkök) versuchte er, die PKK niederzuschlagen und damit die kurdische Frage aus dem Weg zu räumen. Tatsächlich aber ist dies das Dilemma, die Tragödie der Türkei. Seit 1980 kämpfen diese neun Herren gegen die PKK. Alle hatten sie fest versprochen, die kurdische Frage endgültig zu lösen. Justizminister Cemil Cicek erklärte beim Pressebriefing am 27. Juli, die Türkei habe im Kampf gegen die PKK seit 1984 (Beginn des bewaffneten Kampfes) große Erfahrungen gewonnen. Cicek sagte auch, dass die Türkei seitdem 24 militärische Operationen im Irak durchgeführt habe. Der neue Generalstabschef soll jetzt die 25. vorbereiten und ausführen.

Der EU-Beitrittsprozess der Türkei

In der Türkei erlebt der von der EU geforderte Demokratisierungsprozess einen deutlichen Rückschlag. Trotz Warnungen des UN-Türkeiberichterstatters Martin Scheinen im Mai dieses Jahres hat das türkische Parlament das neue Gesetz der AKP-Regierung zur Terrorismusbekämpfung genehmigt. In seinem Bericht warnte Martin Scheinen die Türkei, dass dieses Gesetz in vielen Punkten nicht mit dem internationalen Recht vereinbar sei. Vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung. Laut neuer Gesetzgebung wird, wer sich zur PKK äußert, als Terrorist behandelt. Auch erhalten türkische Sicherheitskräfte mehr Befugnisse. So zum Beispiel wird den Gouverneuren die Macht zugebilligt, bei Demonstrationen auf Menschen schießen zu lassen, und somit die extralegale Hinrichtung legalisiert.

Die Bemühungen von EU-Seite zur Demokratisierung der Türkei durch Reformen haben dort selbstverständlich zu gewissen Veränderungen geführt. Der wichtigste Aspekt bei der türkischen Beitrittsprozedur war es, der Türkei verständlich zu machen, dass heutzutage kein Staat in globalen politischen Beziehungen tun und lassen kann, was er will, sondern an Kriterien und Richtlinien gebunden ist. Dies war grundlegend, um das zeitlich überholte türkische Nationalstaatsverständnis etwas aufzubrechen. Doch konnte die EU im Bereich der Demokratisierung nichts fundamental verändern, da ihre Politik zum größten Teil durch die Haltung Deutschlands und Frankreichs geprägt wurde. Gerade diesen beiden Ländern ist es noch immer nicht gelungen, ihre Politik in Bezug auf die Staaten des Mittleren und Nahen Ostens zu erneuern. Dies wird vor allem an der Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der kurdischen Frage, der Kernfrage der Türkei, offensichtlich. Eine politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich gesicherte Zukunft der Türkei hängt von der Lösung der kurdischen Frage ab. Die Lösung der kurdischen Frage beinhaltet die Lösung weiterer Konflikte in der Türkei. Eine konstitutionelle Anerkennung der kurdischen Anliegen würde zu radikalen Brüchen in der Türkei führen. Den Erfahrungen seit dem Beginn ihres Befreiungskampfes 1984 ist deutlich zu entnehmen, dass die Kurden auf ihrer Freiheit beharren. Sie sind organisiert, sie haben eine dezidierte politische Meinung, sie verfügen als organisierte Kräfte in der Türkei über eine große Kapazität zur Mobilisierung gesellschaftlicher Prozesse und Bewegungen.

Deshalb ist es für die EU und vor allem ihre Mitgliedsstaaten wie die Bundesrepublik an der Zeit, ihre Kurdistanpolitik grundlegend zu überdenken. Dies wird aktuell noch schwieriger werden, weil vor allem jetzt die USA sich sehr offensiv zur kurdischen Frage, vor allem zur PKK, äußern.

Die Aufnahme der PKK oder des Kongra-Gel in die EU-Liste terroristischer Organisationen oder das PKK-Verbot in Deutschland sind gegenwärtig überholt.

Die PKK hat so manches überwunden

Die PKK hat also seit ihrer Gründung 1978 acht türkische Generalstabschefs und zehn Regierungen überlebt. Wieso also sollten der neunte Generalstabschef und die elfte Regierung sie zerschlagen können und dies in der gegenwärtigen Situation, in der vieles im Mittleren Osten für die Kurden spricht?

Um die tatsächliche qualitative Stärke der PKK objektiv beurteilen zu können, lohnt es sich, genau und detailliert die Machenschaften der Armee und der Regierungen seit 1978 zu analysieren.

Zeit für Veränderungen in der Kurdenpolitik

Weder die Türkei noch die EU können noch lange im Mittleren Osten mit diesem veralteten Status quo in Bezug auf die Entwicklung in der kurdischen Bewegung agieren. Der kurdische Faktor als wichtigste Kraft in der Region gewinnt immer mehr an Bedeutung. In allen vier Teilen Kurdistans verfügen die Kurden über jahrzehntelange Erfahrung im Freiheitskampf. Der PKK gelang es unter Abdullah Öcalan, eine Kehrtwendung auf ihrem Kurs vorzunehmen. Sie korrigierte durch stetige Analysen und radikale Selbstkritik ihre Linie ihren ideologischen Zielen entsprechend. Sämtliche Erfahrungen werden ausgewertet und in die weiteren Handlungen einbezogen. Dies macht vor allem die Stärke der PKK aus. Die politischen und militärischen sowie Verwaltungs- und Organisierungsfähigkeiten sind auf Dauer gefestigt. Es ist daher eine Illusion zu glauben, die PKK mit einer erneuten

militärischen Operation zerschlagen zu können.

Die USA können sich keinen weiteren Krieg leisten

Die gesamte türkische politische Kaste, von der Regierung bis zur Armee, pocht noch immer auf eine militärische Offensive gegen die Guerilla im Nordirak. Weder die US-Regierung noch die irakische Zentral- oder die kurdische Regionalregierung sind an einer erneuten Eskalation interessiert. Für die USA bedeutet der Israel-Libanon-Krieg, sich eine Existenz im Mittleren Osten aufbauen zu können. Eine weitere Kriegsfront in Kurdistan zu eröffnen würde eine nicht tragbare Last bedeuten. Außerdem sind die Kurden für die USA wichtig, da sie immer noch in Konflikt mit dem Iran, Syrien und der Türkei stehen. In Anbetracht dessen, dass die PKK in der kurdischen Bevölkerung dieser Staaten als Partei Nummer eins gilt, spricht ein weiterer Faktor gegen die Entscheidung für einen Krieg im Nordirak.

Die USA beharren auf einer Behandlung der kurdischen Frage durch das Trio USA, Türkei und Irak. Auch soll ein US-Diplomat oder -General als PKK-Experte oder Koordinator eingesetzt werden. Zudem richtete der Sprecher des State Department, Sean McCormack, am jetzigen 15. August, dem 22. Jahrestag des kurdischen Freiheitskampfes, einen Aufruf an die PKK. Wenn auch die Kritik inhaltlich einseitig für die Türkei Partei ergriff, so führte doch die alleinige Tatsache dieser direkten Ansprache zur Beunruhigung in der türkischen Regierung. Der Sprecher des türkischen Außenministeriums, Namik Tan, erklärte zwei Tage später, die USA sollten anstatt eines solchen Aufrufes doch lieber konkrete Schritte gegen die PKK unternehmen. Außerdem bekräftigte er, dass die Türkei die PKK niemals als Ansprechpartner akzeptieren würde.

Die Haltung der USA zur kurdischen Frage in der Türkei öffnet durchaus neue Wege. Ob sie tatsächlich eine Lösung anbieten können, hängt nicht nur vom Verhalten der Türkei ab. Auch die Bewertung des Vorschlags eines Komitees mit einem US-PKK-Experten richtet sich danach, ob das Trio Teilnehmer wie die kurdische Regionalregierung und kurdische Vertreter aus der Türkei anerkennen würde. Selbstverständlich kann und sollte nicht über die Kurden, sondern mit ihnen über die kurdische Frage debattiert werden. Aufgrund ihrer Kurden-Phobie befürchten manche aus den türkischen Regierungskreisen, die USA wollten die PKK über den US-Koordinator hoffähig machen. Egal welches Interesse die USA haben, es ist immer zivilisierter, die Konflikte am Verhandlungstisch auszutragen anstatt in Kriegen. Die Türkei glaubt noch immer, die kurdische Frage mit militärischen Maßnahmen ersticken zu können – und dies seit fast 30 Jahren!

Türkei, Iran und Syrien

Die Türkei muss sich ebenso wie das panarabische Baath-Regime in Syrien oder das Mullah-Regime im Iran der Demokratie öffnen. Seit der US-Invasion im Irak sind sich diese Staaten über ihr antikurdisches Bündnis näher gekommen und versuchen sich gegenseitig zu unterstützen. Die Türkei und Syrien helfen gegenwärtig dem Iran. Türkische Soldaten kämpfen mit iranischen gegen die PJAK (*Partei des Freien Lebens Kurdistans*) im Nordirak. Syrien bemüht sich um eine Einheit unter den arabischen Staaten und glaubt, diese anführen zu können.

Die Machtlosigkeit der arabischen Staaten ist vor allem im Israel-Libanon-Krieg ganz deutlich hervorgetreten. Keiner dieser 23 Staaten kann diesem Krieg mit seinen schrecklichen und abscheulichen Gräueltaten Einhalt gebieten. Die Machtlosigkeit und die Hoffnungslosigkeit in der arabischen Welt waren es wahrscheinlich, die dem libanesischen Präsidenten Sinora auf dem Außenminstertreffen der arabischen Staaten in Beirut die Tränen in die Augen trieben.

Die Türkei, der Iran und Syrien sind aufgerufen, mit den Kurden in einen Dialog zu treten. Die kurdische Freiheitsbewegung ist bereit, sich darauf einzulassen. Für sie ist ein ehrenvoller Frieden das Hauptanliegen. Das heißt, sie müssen als gleichberechtigte Partner mit ihrer Identität anerkannt werden. Längst geht es nicht mehr um den Aufbau eines gesamtkurdischen Staates. Die Kurdinnen und Kurden wollen in den einzelnen Staaten, ohne die Grenzen anzutasten, eine Lösung erreichen. Hierfür hat der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan das System eines demokratischen Konföderalismus entwickelt. Unter den Aspekten der demografischen Verteilung und der wirtschaftlichen Ressourcen wäre dieses System das ideale unter vielen anderen. So leben im Iran etwa acht verschiedene Volksgruppen. In Syrien und in der Türkei ist es ebenso. Föderalismus ist keine für diese Länder geeignete Lösung. Anstatt eines dauerhaften Friedens würde er Raum schaffen für ethnische Konflikte oder externe Angriffe. Der demokratische Konföderalismus allerdings basiert auf lokaler Verwaltung, lokaler Koordination aller kulturellen, religiösen und nationalen Existenzen. So leben zum Beispiel viele türkische Menschen in kurdischen Gebieten und umgekehrt. Außerdem sind sowohl in Kurdistan als auch in der Türkei viele Menschen aus weiteren Volksgruppen sesshaft wie der armenischen, assyrischen, arabischen, iranischen usw. Genauso ist es in Syrien. Aufgrund der Arabisierungspolitik des Baath-Regimes leben heute viele AraberInnen in kurdischen Gebieten. Das System des demokratischen Konföderalismus wird von unten aufgebaut. In den Regierungen dieser Staaten wäre die vielschichtige Bevölkerung proportional vertreten, es wäre möglich. Vorausgesetzt, die Türkei, der Iran und Syrien erkennen die kurdische Identität an.

Aus ihrer eigenen Geschichte der vergangenen beiden Jahrhunderte haben die Kurden viel gelernt. Sie sind sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Nachbarn bewusst. Deren gesicherte Zukunft ist nicht nur eine ethisch bedingte Auffassung, sie ist eine philosophische und strategische. Demokratie wollen sie zusammen erreichen. Auch wissen sie, wie die kurdische Karte in der Geschichte den Interessen der westlichen Staaten diente. Sie sind heute nicht bereit, als Brücke für globale Expansionsbestrebungen anderer Mächte zu fungieren. Sie werden und müssen für ihre eigene Freiheit kämpfen! ♦

Gegen die Kriminalisierung und politische Verfolgung von Kurden in Deutschland

Deutschland sollte seine Politik auf Frieden ausrichten

Pressekonferenz von YEK-KOM, *Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V*, 18. August 2006

Am 18. August lud YEK-KOM aufgrund der jüngsten Kriminalisierungswelle zu einer Pressekonfernz ein, an der sich Bernd Brack (Pro-Asyl Essen), Klemens Ross (Rechtsanwalt), Hüseyin Avgan (DIDF), Günther Böhm (Azadî) und das Mitglied des Europaparlaments Feleknas Uca beteiligten. Es wurde auf die sich mehrenden Verbote, die Einschüchterung und Ausgrenzung gegenüber der kurdischen Bevölkerung durch die deutschen Staatsorgane hingewiesen. Mit dem Instrumentarium des Straf- und Polizeirechts wird versucht, die politische Betätigung von Kurden zu verhindern. Der Vorsitzende der Dachorganisation YEK-KOM, Mehmet Demir, erklärte:



Pressekonferenz in Düsseldorf, v. l. n. r.: Bernd Brack, Klemens Roß, Mehmet Demir, Günther Böhm, Feleknas Uca, Hüseyin Avgan Foto: ANF

Sehr geehrte Pressevertreterinnen und Pressevertreter,

die europäischen Länder, in erster Linie die deutsche Regierung, gehen seit Jahren mit Repressalien gegen die Kurden vor. Durch Festnahmen, Durchsuchungen und Verbote werden die Kurden systematisch kriminalisiert. Zu letzt wurden die kurdischen Politiker Muzaffer Ayata und Riza Erdogan von Beamten des Bundeskriminalamtes festgenommen, nachdem nur eine Woche zuvor Nedim Seven in den Niederlanden festgenommen worden war.

Mit jedem Tag wird deutlicher, dass die Politik der Kriminalisierung und Isolation der Kurden Resultat eines gemeinsamen Konzeptes der Türkei, der USA und der europäischen Länder ist und zur Zerschlagung einer unabhängigen emanzipierten Bewegung dienen soll. Deutschland scheint innerhalb dieses Konzeptes die Rolle des praktischen Umsetzers auszuüben. Sogar die fundamentalen demokratischen Rechte der Kurden wie Meinungs-, Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit werden in diesem Zusammenhang beschnitten.

Obwohl die Kurden in Deutschland gemäß den universellen Rechten und der deutschen Gesetzgebung sich für ihre nationalen, kulturellen und politischen Rechte einsetzen, werden sie mit einer Ignoranz der deutschen Politik konfrontiert, die zur Verschärfung der Probleme statt zu einer Lösung führt.

Kurden, die in ihrer Heimat getötet, verhaftet und gefoltert werden und deren Kultur, Sprache und Existenz verboten und verleugnet werden, sind leider auch in Deutschland, wo sie eine sichere Zuflucht zu finden glaubten, antidemokratischer Behandlung ausgesetzt. Um nur einige Formen dieser Politik zu verdeutlichen: Die Institutionen und Vereine von Kurdinnen und Kurden werden willkürlich polizeilich überfallen und durchsucht. Vorstandsmitglieder und Mitglieder von Vereinen werden observiert, ihre Telefone abgehört, Verfahren gegen sie eingeleitet.

Wegen ihrer politischen oder kulturellen Betätigung im Rahmen der kurdischen Demokratiebewegung sehen sich Kurdinnen und Kurden zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft oder der Asylstatus aberkannt wird oder sie trotz immer noch drohender Gefahren für Leib und Leben in die Türkei abgeschoben werden. Dies geschieht zur generellen Abschreckung des kurdischen Bevölkerungsteiles in Deutschland von einer unabhängigen politischen Betätigung im eigenen Interesse. All diese Repressionen werden mit dem Betäti-

gungsverbot der *Arbeiterpartei Kurdistans* vom 26. November 1993 begründet.

Gegenwärtig ist, objektiv gesehen, die Verleugnung des kurdischen Volkes teilweise überwunden, das Problem jedoch noch nicht gelöst. Die Türkei hat einige Rechtsreformen verabschiedet, die sie im Rahmen der EU-Anpassungsphase zugesagt hatte. Wegen fehlender Aufrichtigkeit finden diese Reformen im Alltagsleben keine Resonanz. Im Gegenteil, die Türkei setzt erneut auf die militärische Lösung, als hätten diese Reformen nie stattgefunden. Die Armee verlegt Soldaten, Kommando-Einheiten und Konvois mit Hunderten von Panzern und Mannschaftswagen in das Dreiländereck zu Irak und Iran mit dem Ziel, gegen die kurdische Guerilla, die PKK und den KONGRA-GEL vorzugehen.

Dabei haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass das Problem militärisch nicht zu lösen ist. Daher ist es wichtig, dass ein aktiveres und wirksames Lösungsprojekt entwickelt wird. Deutschland sollte bei der Ausarbeitung und Umsetzung eines solchen Projektes eine führende Rolle spielen. Es ist aus mehreren Gründen gut beraten, die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei anzustreben sowie seine bisherige traditionelle auf den Status quo gestützte Außenpolitik abzulegen.

Einer der Gründe hierfür ist die lang anhaltende und tief gehende historische Beziehung zwischen Deutschland und der Türkei. Als moderne Projektion dieses Verhältnisses ist Deutschland der Hauptbefürworter und Unterstützer der EU-Mitgliedschaft der Türkei. Auf der anderen Seite befindet sich die größte kurdische Diaspora in Deutschland.

Feleknas Uca: Die Situation in der Türkei weist nicht auf eine Anpassung an den für die EU-Beitrittsverhandlungen gesetzten Rahmen hin. Die Ernennung des kemalistischen Hardliners General Yasar Büyükanit zum Generalstabschef und die Verabschiedung des Antiterrorgesetzes lassen im Gegenteil darauf schließen, dass die Verhandlungsbasis von der Türkei sukzessive verlassen wird.

Des Weiteren stellen die Kurden im Mittleren Osten einen der Hauptbündniskandidaten dar. Deutschland hat die Möglichkeit, sich über die politische Beziehung mit den Kurden aktiv in die Demokratisierung des Mittleren Ostens einzubringen. Es könnte ohne weiteres diese Vorteile einsetzen und versuchen, eine Brücke des Dialogs und der Lösung zwischen den Kurden und der Türkei zu schlagen.

Klemens Ross: Auch die Verhandlungsphase zur Aufnahme der Türkei in die EU wird dazu genutzt, die Menschen abzuschieben oder sie anderweitig zur Rückkehr zu bewegen. Dabei wird argumentiert, die Türkei habe Reformen in die Wege geleitet und es hätten demokratische Entwicklungen stattgefunden. Zum Beispiel wurde einer Kurdin der Aufenthalt entzogen, weil sie an einer Kundgebung teilgenommen hat. Allein die Teilnahme, die Mitgliedschaft in einem kurdischen Verein oder dessen Vorstand wird gegen sie angeführt. Dies zeigt, dass sich die politische Haltung der Bundesregierung seit Jahren nicht geändert hat.

Hüseyin Avgan: Die DIDF (*Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e.V.*) solidarisiert sich mit den Kurdinnen und Kurden hier in Deutschland und ihren Organisationen. Die Verhaftung der kurdischen Politiker und Journalisten Muzaffer Ayata und Riza Erdogan beweist, dass die Bundesregierung hierbei einer Forderung der Türkei nachkommt. Sie sollte sich ihren eigenen politischen Interessen widmen. Auch ist bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in Betracht zu ziehen, dass deren Erlass von Antiterrorgesetzen keinesfalls demokratischen Kriterien genügt. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerung und ihrer Organisationen zu beenden und Ayata und Erdogan freizulassen. Die Regierung braucht Ansprechpartner und sollte ihr Angebot auch wahrnehmen, statt sie zu verhaften.

Deutschland sollte eine auf Frieden ausgerichtete Politik betreiben und endlich dem kurdischen Volk nicht nur als ein Land in Erinnerung bleiben, das die Türkei mit Panzern ausgerüstet und die Kurden, die in Deutschland leben und sich für ihre Rechte einsetzen, mit Repressionen überzieht. Es sollte eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aktiv unterstützen.

Wir erklären heute erneut, dass die Kurdinnen und Kurden sich von diesen antidemokratischen Repressionen nicht einschüchtern lassen werden. Wir werden auch in Zukunft unsere elementaren Rechte auf Meinungs- und Organisationsfreiheit konsequent verteidigen.

Wir fordern die sofortige Freilassung aller kurdischen Politiker, die Einstellung aller anti-demokratischen Vorgehensweisen gegen unsere Institutionen, die Einstellung aller ungerechten Verfahren gegen unsere Mitglieder.

Die politisch Verantwortlichen sind aufgefordert, sich einem Dialog nicht weiter zu verweigern und die veränderten Realitäten anzuerkennen.

Denn:
- Das PKK-Verbot ist überholt, weil es weder die Demokratiebewegung noch die Integrationsbemühungen der Kurden zur Kenntnis nimmt.
- Das PKK-Verbot ist ungerecht, weil mit ihm und den aus seiner Logik geschaffenen Straftatbeständen die Kurden als Menschengruppe zweiter Klasse behandelt werden.
- Das PKK-Verbot ist gefährlich, weil es die demokratischen Menschenrechte allgemein relativiert und in Frage stellt und weil es dem staatlichen Terror der Türkei Vorschub leistet.

Wir, die *Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.*, rufen unsere Mitgliedsvereine dazu auf, die jüngsten Festnahmen der kurdischen Politiker Muzaffer Ayata, Nedim Seven und Riza Erdogan zum Anlass nehmend, gegen die antidemokratische Kurdenpolitik der Bundesregierung ab Montag die Vereine zu schließen. Dieser Protest wird von Hungerstreikaktionen in Köln (an der Domplatte), Stuttgart und Berlin (Pariser Platz – vor dem Brandenburger Tor) begleitet werden. ♦

Erster Anwaltsbesuch nach einem Monat auf Imrali

Abdullah Öcalan: Aufruf zum Waffenstillstand ist möglich

aus: Dicle Nachrichtenagentur, DIHA, 11.8.2006

Nach einem Monat ohne Kontakt zur Außenwelt konnte der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan am 9. August 2006 Besuch von seinem Verteidigerteam auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmara-Meer empfangen. Dabei erklärte Öcalan, eine Lösung der kurdischen Frage sei nur über einen demokratischen Dialog möglich. Falls sich Staat und Regierung darauf einlassen würden, sei er bereit, die PKK zu einem Waffenstillstand aufzurufen. Zu dem vor kurzem bekannt gewordenen Plan, die PKK aus den Bergen zu holen, sagte Öcalan: „Die PKK kann nicht gestützt auf fremde Kräfte aus den Bergen geholt werden. Eine Lösung kann nicht von außen erwartet werden, sondern muss im Inneren entwickelt werden."

Grund für die Verhinderung der Verteidigergespräche könnte nach Angaben Öcalans ein Ermittlungsverfahren gegen ihn sein, weil er „der Organisation Befehle gegeben, für die Organisation geworben und die Bevölkerung zum Aufstand aufgestachelt" haben soll. Seine über die Anwälte veröffentlichten Erklärungen befänden sich vollständig im Rahmen der Meinungsfreiheit, so Öcalan. Die Zeitspanne, in der keine Besuche stattgefunden hätten, ließe sich als Isolationsstrafe einordnen. Das Ergebnis der Ermittlungen sei ihm jedoch noch nicht zugestellt worden. Die Anschuldigung, er habe der Organisation Befehle erteilt oder die Bevölkerung aufgestachelt, sei falsch und darüber hinaus auch unmöglich. „Ich bin auch nicht für das, was geschieht. Die PKK und ihre Strukturen kenne ich sehr gut. Deshalb sage ich lediglich, was sein kann. Im Rahmen der Meinungsfreiheit teile ich meine Gedanken mit und spreche Warnungen aus."

Für eine bleibende Lösung der kurdischen Frage sei ein demokratischer Dialog unumgänglich, so Öcalan. An Ministerpräsident Erdogan und den Oppositionsführer Baykal gerichtet, erklärte er weiter: „Eine Lösung verläuft über einen Dialog. Über Blutvergießen kommt man nirgendwohin. Das Problem kann auch nicht dadurch gelöst werden, dass die USA angefleht werden und eine Zusammenarbeit mit Iran und Syrien stattfindet. Auf diese Weise kann die PKK nicht vernichtet werden."

Zur Forderung nach einem Dialog fügte Öcalan hinzu: „Das Volk verfügt außerdem über gewählte Repräsentanten. Es wird nichts Schlimmes passieren, wenn ein Dialog eingeleitet wird. Für die Türkei wird das besser sein. Die Wirtschaft wird aus der Enge herauskommen und die Gesellschaft wird zum Luftholen kommen. Wenn eine demokratische Einheit zwischen Kurden und Türken erreicht wird, kann diese zum Beispiel für den gesamten Mittleren Osten werden. Eine Kultur der Demokratie kann sich über den Mittleren Osten ausbreiten und zu einer Verbesserung der Situation führen. Wir wollen, dass unsere Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, Radio hören, Fernsehen gucken und Zeitung lesen können. Das sind natürliche Menschenrechte, die anerkannt und verfassungsrechtlich geschützt werden müssen. Die Kurden werden diese Rechte nicht aufgeben. Die Verleugnung und Vernichtung eines Volkes fällt nicht unter die Geschwisterlichkeit der Völker und hat auch in der islamischen Religion keinen Platz."

Ebenso gebe es im Islam keine Überlegenheit von Völkern über andere. Wer sich in der Türkei als Islamanhänger bezeichne, habe mit dem Islam nicht das Geringste zu tun. Diese Kreise seien auf Geld und Profit aus. „Sie saugen das Blut der Menschen und leben auf dem Rücken der armen Bevölkerung."

Die CHP konsolidiere ihren Nationalismus mit Laizismus, die AKP dagegen führe diesen Nationalismus unter dem Begriff des gemäßigten Islam durch. Beide Auffassungsweisen seien nationalistisch und gefährlich. Öcalan warnte vor einer Spaltung der Türkei, wenn auf diesem Nationalismus beharrt werde. „Dieser Nationalismus, der das Osmanische Reich gespalten hat, wird auch die Türkei teilen. Denn Nationalismus bedeutet Krieg. In der Vergangenheit war es Hitler, der sein Land über den Nationalismus in ein Abenteuer gestürzt hat, das Millionen Menschen das Leben gekostet hat."

Im Nationalismus herrsche eine Logik der gegenseitigen Vernichtung über den Standpunkt, sich selbst stets im Recht zu sehen. Auch die Wurzel des Israel-Palästina-Konflikts gründe darin. „Wenn der Nationalismus nicht gestoppt wird, kann die Situation in Jerusalem sich morgen in Kerkuk wiederholen. Denn im Nationalismus



Demonstration in Istanbul zum 15. August Foto: DIHA

gibt es keinen gesunden Menschenverstand, niemand hört auf niemanden, und es gibt keinen demokratischen Dialog."

Zur Diskussion über eine grenzüberschreitende Militäroperation der türkischen Armee in Südkurdistan erklärte Öcalan: „Die Türkei kann nicht im Süden einmarschieren. Wenn sie es dennoch tut, wird sie mit großen Verlusten daraus hervorgehen und nichts erreichen. Das sage ich, weil ich es weiß. Ich warne davor. Die Türkei startet alle möglichen Initiativen wegen der als Geiseln genommenen zwei israelischen Soldaten. Sie bemüht sich, eine Vermittlerrolle zu übernehmen, indem sie Botschafter in die Region sendet, um diesen Krieg zu stoppen. Ständig schickt sie zu diesem Zweck Flugzeuge nach Israel und in den Libanon. Und die vielen Soldaten, die im eigenen Land sterben? Sind das keine Menschen? Haben sie überhaupt keinen Wert? Warum treten sie mit uns nicht in einen Dialog, um diese und kommende Tode zu verhindern? Verantwortlich für diese Verluste und Toten ist die Regierung. Es reicht, wir können dieses Blutvergießen stoppen. Ich weiß nicht, wie groß mein Einfluss auf die PKK ist, aber ich vermute, dass sie auf mich hören. Wenn es zu einer aufrichtigen Herangehensweise des Staates und der Regierung kommt, bin auch ich bereit, das mir Zufallende zu erfüllen. Ich rufe zu einem Waffenstillstand auf und die Kämpfe hören auf. Danach müssen praktische Schritte gesetzt und Sicherheiten gegeben werden. Daraufhin können die bewaffneten Kräfte in den Irak oder in ein anderes Land gehen. So können wir einen Lösungsweg einschlagen. In der letzten Etappe werden über gesetzliche Garantien die Waffen vollständig niedergelegt. Es muss einen demokratischen Dialog geben. Der 1. September ist eine Gelegenheit, die genutzt werden muss. Es kann ein Programm für eine demokratische Lösung entwickelt werden. Wenn es keinen Dialog gibt, wird sich der militärische Konflikt vertiefen. Neben den militärischen Verlusten werden zu den ohnehin bestehenden 400 Milliarden Dollar Schulden weitere 400 Milliarden Schulden kommen."

Wenn sich keine demokratische Lösung und kein Dialog entwickelt, werde es zu noch größeren Volksaufständen kommen, warnte Öcalan. „Das sage ich nicht, weil ich will, dass es so kommt. Im Gegenteil, ich möchte davor warnen. Das kann man nicht Aufstachelung zum Aufstand nennen."

„Ich bin kein Feind der Türkei und der türkischen Kultur, so wie es dargestellt wird. Letztendlich bin auch ich mit der türkischen Kultur aufgewachsen. Trotz der begrenzten Möglichkeiten im Gefängnis lese ich ständig, forsche und versuche, mich weiterzuentwickeln. Es hieß, ich würde es keine zwei Monate hier aushalten, innerhalb von acht Monaten wäre ich am Ende, aber ich widerstehe seit fast acht Jahren. Mit Sicherheit geht es mir nicht darum, mich selbst zu retten. Ich lege nur Lösungen vor, die den Völkern nutzen."

Die Kurden sollten nicht als willenlos und armselig betrachtet werden, so Öcalan. Auch eine Vernichtung der PKK werde nicht dazu führen, dass aus der Türkei eine homogene Nation werde. Dies sei auch der Fehler gewesen, der in den ersten Jahren nach der Republikgründung begangen worden sei. „Die Kurden führen einen würdevollen Kampf für Frieden. Ein alleiniger Staat, eine alleinige Nation, eine einzige Sprache … alles baut darauf auf. Diese Auffassungsweise ist die zurückgebliebenste Philosophie der Welt. Ich glaube nicht daran, dass die Gründung eines kurdischen Staates eine Lösung darstellt. Wenn es dazu kommen sollte und mir angeboten werden würde, Staatsoberhaupt zu werden, würde ich ablehnen, weil das meiner Philosophie und meiner Weltanschauung widerspricht. Ich habe etliche Male gesagt, dass eine Lösung über eine demokratische Einheit innerhalb der Grenzen der Türkei möglich ist."

In Bezug auf die gerichtliche Ablehnung einer Neuverhandlung seines Prozesses kündigte Öcalan an, dieses Urteil unverzüglich vor den *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* zu bringen. Weiter wies er darauf hin, dass sein Radio seit drei Wochen defekt sei, womit jeder, wenn auch nur einseitige, Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten sei. Dem Schriftsteller Mehmet Uzun, der an Krebs erkrankt ist, wünschte Öcalan gute Besserung: „Er soll wissen, dass er immer einen Platz in unserem Herzen hat." ♦

Anmerkungen zum jüngsten Stand der Annäherungen EU/Türkei

Dead Man Walking

Hans Branscheidt, EUTCC Brüssel

In der aktuellen Periode der finnischen Präsidentschaft kann von einer stringenten und kohärenten politischen Willensbildung innerhalb der EU weniger als je zuvor die Rede sein. Auf nahezu keine ihrer großen Herausforderungen hat sie eine Antwort, oder wenn, dann nur eine taktische oder bloß simulative, um Zeit zu gewinnen:

Keine EU-Verfassung in Sicht, keine luzide und verbindliche Außen- und Sicherheitspolitik, keine Strategie zum Iran, taktisches Agieren zum gesamten Nahen Osten, von den eigenen internen Problemen innerhalb der EU ganz zu schweigen.

Tony Blair ist am Ende, die Regentschaft Chirac beim Verlassen der Bühne, die Kazczynski Twins eine peinliche Regression, dazu eine schwache italienische Regierungskoalition – und Uneinigkeit und Zerrissenheit auch in den meisten anderen nationalen Fällen.

Taucht ein Mr. Solanas mit seinem Köfferchen plus Dreitagebart in Beirut oder Teheran oder irgendwo sonst auf – er wird überhaupt nicht mehr ernst genommen. Das neue Europa, das auf keiner historisch-konstitutiven Idee basieren wollte, ist zur bloßen Idee seiner selbst geworden.

Diese EU handelt aktuell nur noch „als ob". Als ob sie die EU wäre – und als solche agiert sie auch, wenn sie ihre enlargement-Pläne betreibt, den berühmten accession process zwischen der Türkei und Europa.

Dieser Prozess ist tot. Das Beerdigungs-Verfahren aber vollzieht sich nach dem Prinzip des „dead man walking": Der bereits zum Tode Verurteilte ist gerade noch in der Lage, die Schritte zur Hinrichtungsstätte zu unternehmen. Mehr nicht.

Der Rest ist Simulation: die Mechanik der Kommissionen, Sachstandsberichte, Evaluierungen und Reports. So bleibt etwas in Gang, woran die meisten der eingeweihten Beteiligten selber nicht mehr so recht glauben. Auch die eigentlichen Partner, die türkische Regierung und die Mehrheit der Staaten der EU, sind von großem Zweifel erfüllt. Keiner aber will es dem anderen sagen, öffentlich schon gar nicht. Hinter vorgehaltener Hand aber sagt es einem in Brüssel jeder.

Der „Eurlings-Report"

Der neueste Papiertiger in dieser Konnotation ist der Bericht eines holländischen Christdemokraten, auftragsgemäß verfasst und nun dem Parlament zur Debatte Anfang September vorliegend. Dabei wurde der Report bereits einschlägig kommentiert: von EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn selber.

Eurlings startet mit einem trefflichen Satz, um sich sogleich von dessen Konsequenzen wieder zu verabschieden: „There is no step for the solution of the Kurdish question."

Eurlings nennt zwar eine "Kurdische Frage" – aber keine Kurden. Einen Ansprechpartner bei diesen kennt er nicht. Ein Gespräch findet nicht statt. Stimme und Gestalt haben diese Kurden nicht. Als Akteure kommen sie nicht in Frage. Kurdinnen und Kurden sind und bleiben in dieser konformen europäischen Wahrnehmung die Mündel der Regierung in Ankara.

Geäußert wird allerdings „Besorgnis": Die Ereignisse nach Newroz haben die Parlamentarier bestürzt, die agent provocation von Semdinli einigermaßen durchschaut, und die ganze „Gewalt im Südosten" ist ihnen auch nicht geheuer, weshalb sie – bei aller Verdammung der PKK – doch an die türkische Regierung appellieren, die Dinge nicht allein durch Waffengewalt zu lösen.

Geht man (siehe oben) vom miserablen Realzustand der Euro-Union aus, ist ein solcher Bericht wohl das Äußerste an möglichem Einwand gegenüber Ankara.

Kommissar Rehn kommentiert den Eurlings-Report seinerseits aus diesem Zustand einer Kritik aus Schwäche und Unsicherheit.

Zusammengefasst sagt der Erweiterungskommissar: „Wir können aktuell mit Ankara nicht nur die einzelnen Verhandlungskapitel durcharbeiten, auch die Reformen müssen weitergehen .... und die haben ihre Dynamik verloren. Es geht dabei vor allem um einen Ombudsmann, der zum Gesamtkomplex der Frage der Trennung und Unterscheidung von zivilen und militärischen Sphären in der Gesellschaft gehört. Dann muss etwas gegen die Korruption unternommen werden. Unbedingt auch sind religiöse Freiheiten zu sichern. Nicht zu vergessen die Freiheit des Wortes für Publizisten und Journalisten."

Nach alledem kommt Rehn – last not least – auch auf den „Südosten" zu



Proteste gegen die Militäroperationen: Frauen wollen Frieden Foto: DIHA

sprechen, indem die PKK verurteilt und die türkische Regierung gebeten wird, es nicht allzu brutal zu treiben, weil dies den „Reformprozess unterminieren“ könnte.

Genau dies ist simpel eindeutig die Essenz bei Eurlings & Rehn, also bei einem christdemokratischen Parlaments-Rapporteur und der Kommission: Von dem, was die offizielle Türkei und der „Tiefe Staat“ unternehmen, kann und will man sie nicht abhalten, appelliert aber doch auf möglichst moderates Vorgehen.

In dieser Betrachtung ist die kurdische Seite immer nur Objekt, nie Subjekt.

Grundlagen und Orientierung des Anbindungsverfahrens

Erstmals hält es die Europäische Union für notwendig, darauf hinzuweisen, dass eine Vollmitgliedschaft des Bewerberlandes Türkei auch von der eigenen Aufnahme- und Handlungsfähigkeit abhängt.

Ein Novum ist sodann, dass die EU parallel zu den Verhandlungen einen flankierenden Dialog über die Entwicklung der Zivilgesellschaft für erforderlich hält. Schließlich fasst die EU auch den Fall ins Auge, dass die Verhandlungen scheitern oder ihr Ergebnis den Ratifizierungsprozess nicht überlebt.

Um Mitglied der Europäischen Union zu werden, müsste die Türkei ein anderes Land werden. Die Mitglieder der EU müssen bereit sein, Teile ihrer Souveränität mit den anderen Mitgliedern zu teilen oder an die Union zu übertragen. Die souveränitätsstolze Türkei hat bisher nicht erkennen lassen, dass sie diese Konsequenz bejaht.

Die Türkei kann der EU auch nicht beitreten, solange sie den Völkermord an den Armeniern leugnet. Darauf insistiert das Europäische Parlament, anders als die europäischen Regierungen, in seiner Entschließung vom 28. September 2005 zu Recht. Die Türkei muss endlich und vor allem die kurdische Realität auf anatolischem Staatsgebiet förmlich anerkennen. Sie muss genauso die Kluft zwischen dem »pays légal« und dem »pays réel« schließen: Solange es im „südöstlichen Anatolien“ Zwangsheiraten, den Brauch der Vielehe und der Ehrenmorde gibt, kann man dem Land am Bosporus nicht bescheinigen, dass es in der politischen Kultur des Westens angekommen ist.

Die politischen Beitrittskriterien von Kopenhagen aus dem Jahr 1993 müssen im Licht der westlichen Values interpretiert werden, von denen sie ausgehen. Diese Werte, an ihrer Spitze die unveräußerlichen Menschenrechte, haben eine Geschichte.

Sie beginnt nicht, wie europäische Politiker so gern behaupten, mit der Aufklärung, sondern mit den Entwicklungen, die die Aufklärung möglich gemacht haben. Zur Vorgeschichte der Aufklärung gehört die Einsicht der griechischen Antike, dass es ungeschriebene Gesetze gibt, die allem positiven Recht vorausgehen und über ihm stehen. Auch das europäische Mittelalter hat seinen Ort in dieser Geschichte: Die Anfänge der Selbstsäkularisierung (oder Selbstaufklärung oder Entmythologisierung) des Christentums lassen sich bis in das 11. Jahrhundert zurückverfolgen. Man muss keinen Teil des historischen Okzidents bilden, um sich die westlichen Werte anzueignen.

Aber wer sich zu diesen Werten bekennt, sollte ihre Geschichte kennen und anerkennen.

Vorbehaltlose Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens insistiert dabei nicht auf deren bloßer passiver Übernahme, sondern meint viel eher, dass der Türkei selber noch ihre eigentliche Kulturrevolution bevorsteht.

Erst in diesem Zeichen einer umfassenden Umwälzung aller mentalen Reservate in Anatolien werden auch die Kurdinnen und Kurden erkennbar und geraten zum gestaltenden Akteur: in der Türkei, dem Nahen Osten und Europa.

Europa aber – sein Anbindungsverfahren – bietet keine Rolltreppe, deren unterste Stufe man nur betreten muss, um automatisch im Himmel EU-vollendeter Türkei-Reformen zu landen.

Die Kurdinnen und Kurden werden weiter kämpfen müssen. Sie sollten aber auch in Europa etwas überzeugender bekannt machen, weshalb und warum. ♦

Zur Vorgeschichte des 1.-Juni-Beschlusses, der Aufnahme der aktiven Verteidigung

Die Gewalt in Kurdistan, die Türkei und die EU

Baki Gül, Journalist

Wer an der Türkei und an der kurdischen Frage interessiert ist oder als europäische/r Diplomat/in, Politiker/in und NGO-Vertreter/in zu diesen Themen arbeitet, stellt oft die Frage, warum nach 1999 in der Türkei die militärischen Auseinandersetzungen erneut aufflammten. Viele suchen die Antwort aber im Rahmen offiziöser Bewertungen der Politik der Türkei. Vielmehr bedarf es einer kurzen Rückblende auf das, was die Kurdinnen und Kurden in der Türkei seit 1920 durchlebt haben, um diese Frage beantworten zu können.

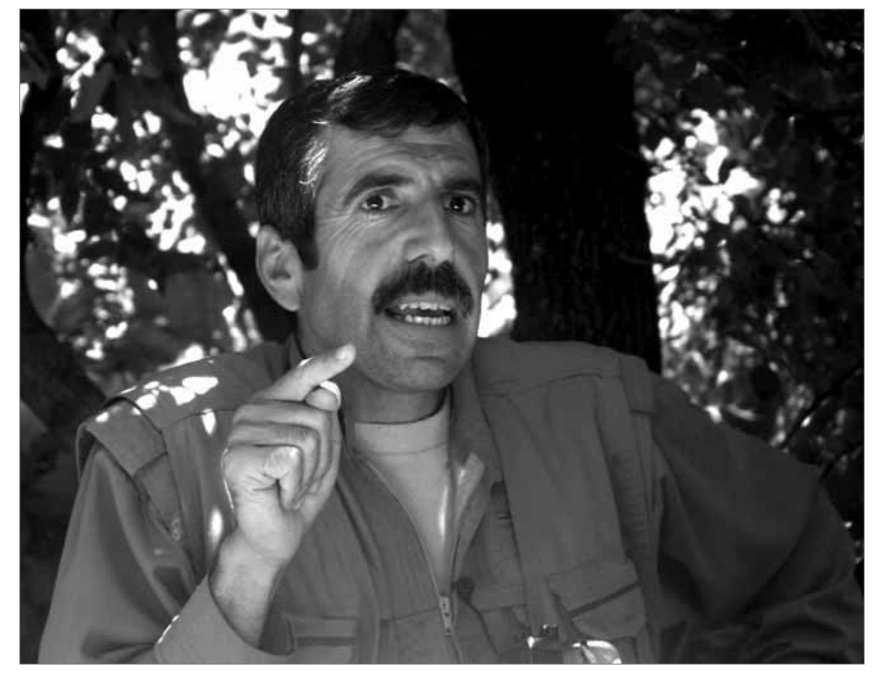
Auch wenn die kurdisch-türkischen Beziehungen auf mehr als tausend Jahre zurückblicken, so unterlagen die Kurden und Kurdistan doch ständig türkischer Herrschaft, und wenn auch von Zeit zu Zeit dem Anschein nach gleichberechtigte und freie Bedingungen herrschten, so waren die Freiheiten der Kurden immer beschnitten. Allein in den letzten hundert Jahren führten Kurden gegen die Verleugnungs- und Repressionspolitik der Türkei 29 Aufstände durch – den letzten unter der PKK ebenfalls mitgezählt. Alle Erhebungen, bis auf den letzten unter der PKK, endeten mit einer Niederlage. Alle, die sich daran beteiligten, mitsamt den Anführern, wurden massakriert und Hunderttausende von KurdInnen wurden aus Kurdistan vertrieben.

Kurdische Aufstände gegen die Türkei

Die kurdischen Aufstände von Seyh Sait 1925, in Agri 1928 und in Dersim in den 30er Jahren gingen als bedeutend in die Geschichte ein. Zwar akzeptierte die türkische Republik anfänglich den kurdischen Part als eigentlichen Gründungsbestandteil der Republik, aber diese Ansicht hatte nicht lange Bestand. Es begann die Phase der Assimilationspolitik gegen die kurdische Bevölkerung, mit der ihre Existenz für nichtig erklärt wurde. Diese Politik hielt bis in die 70er Jahre an und obwohl kurdische politische Bewegungen entstanden, waren sie gegen die türkische Republik nicht sehr erfolgreich. Der letzte kurdische Aufstand, der 1978 mit der Gründung der PKK durch Abdullah Öcalan und eine kleine Gruppe seiner WeggefährtInnen begann, leistet seit seiner Entstehung bis heute Widerstand gegen die Unterdrückungspolitik der Türkei gegen die Kurden.

Die PKK hat mit der Aufnahme des Guerillakampfes am 15. August 1984 die militärische Vorherrschaft der türkischen Republik in Kurdistan geschwächt und versucht, die Türkei für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage unter Druck zu setzen. Infolge des Kampfes zwischen der PKK und den türkischen Streitkräften verloren über 30 000 Menschen ihr Leben, 70 % von ihnen KurdInnen. Das türkische Regime ließ allein zwischen 1984 und 1999 über 3000 zivile KurdInnen durch so genannte „unbekannte Täter“ aus illegalen staatlichen Organisationen ermorden.

Nach Angaben unabhängiger Menschenrechtsorganisationen wurden über



Dr. Bahoz Erdal, Kommandant des HPG-Hauptquartiers Foto: Sevin Bingöl

3000 kurdische Dörfer und Siedlungsgebiete durch den türkischen Staat zerstört und Millionen von Menschen zwangsweise und systematisch aus Kurdistan in die Flucht getrieben. Die Wälder Kurdistans wurden unter dem Sicherheitsvorwand verbrannt, der Boden unbenutzbar gemacht. Die Viehzucht, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Kurdistan, ist so gut wie zerstört. Des Weiteren hat die Türkei im Kampf gegen die PKK Hunderte von Milliarden US-Dollar ausgegeben.

Nichtsdestoweniger wurden in der Türkei keinerlei Schritte für eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage unternommen. Den kurdischen Menschen wurde das Recht auf Bildung und TV- und Radioausstrahlung in der Muttersprache sowie das Recht auf Organisierung, um sich politisch artikulieren zu können, vorenthalten.

Ihre politischen Parteien wurden verboten. Kurdische Abgeordnete, Politiker und Intellektuelle wurden ermordet, kurdische Zeitungen durch Bomben zerstört. Dutzende kurdische JournalistInnen wurden durch den Staat ermordet, weil sie über den Krieg in Kurdistan berichtet hatten. Zehntausende von Menschen wurden in die Gefängnisse gesteckt, Hunderttausende gefoltert.

Friedens- und Lösungsbemühungen von kurdischer Seite und aus türkischen demokratischen Kreisen wurden verboten oder blieben unbeantwortet.

Waffenstillstände und Friedensbemühungen der Kurden

Die PKK hat in den Jahren 1993, 1995 und 1998 jeweils eine einseitige Waffenruhe erklärt und Konzepte zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage entwickelt und unterbreitet. Darin wurde die Anerkennung minimaler demokratischer Rechte für die demokratische Lösung der kurdischen Frage gefordert. Alle drei Waffenstillstände blieben von der Türkei unerwidert und wurden von breit angelegten Militäroperationen gegen die Kurden gefolgt. Im Jahre 1999 wurde schließlich der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, in einer Nacht- und Nebelaktion der USA und einiger internationaler Verbündeter in die Türkei verschleppt. Dort wurde auch in dieser Zeit an der alten Politik festgehalten und kein Schritt zur Problemlösung unternommen, während Öcalan auf Imrali, wo er als einziger Gefangener festgehalten wird, Thesen zum Strategiewechsel der PKK entwickelte und für die Lösung der kurdischen Frage die Guerilla zum Abzug ihrer Kräfte hinter die Staatsgrenzen der Türkei bewegte. Die Türkei hatte immer wieder die Guerilla und deren Operationen zum Vorwand genommen, um keine Demokratisierungsphase beginnen zu müssen. Mit den konkreten Schritten der kurdischen Seite wurden ihr die Vorwände entzogen und sie fand sich in einer operationsfreien Phase. Die PKK führte von 1999 bis 2004 keine Militäroperationen durch und hielt ihre Kräfte außerhalb der türkischen Grenzen. Sie verlagerte in diesen Jahren das Gewicht auf die politische Arbeit, wohingegen die türkische Armee ihre Gewaltaktionen und Kontra-Guerilla-Aktivitäten in Kurdistan fortführte und über 500 ZivilistInnen und Guerillas tötete. Die Türkei baute in dieser Zeit ihre Beziehungen zur EU aus und praktizierte eine vielschichtige Politik für die EU-Mitgliedschaft. Eine Vielzahl der Reformen der Türkei blieb folglich nur Papier und unrealisiert. Die Kurden und ihre politischen Kräfte erfuhren infolge der türkischen Neuerungen für die EU-Anpassung keine positiven Resultate, sondern wurden mit Verboten und Einschränkungen konfrontiert. Die illegalen Organisationen der Staatskräfte mordeten in Kurdistan weiter. Politische Parteien wurden verhindert, Fernsehprogramme und Sprachkurse auf Kurdisch nur begrenzt und äußerst erschwert eingeführt. Die Parteien, auf die in den kommunalen und landesweiten Wahlen die kurdischen Stimmen entfielen, wurden mit Repressionen überzogen. Amnestie, Meinungsfreiheit und das



Militärtransporte der türkischen Armee durch Semdinli nahe der Grenze zu Südkurdistan/Irak.
Foto: DIHA

Recht auf politische Betätigung wurden nicht oder nur unzureichend zugestanden. Neben einer Vielzahl kurdischer PolitikerInnen, die heute einem politischen Betätigungsverbot unterliegen, befindet sich noch eine größere Zahl von ihnen in den Gefängnissen.

Die Kurden, allen voran die PKK, haben aber von 1999 bis zum 1. Juni 2004 eine einseitige aktionslose Phase gewährt und durch eine Fülle von Friedensdeklarationen und Appellen die internationalen demokratischen Kräfte dazu aufgerufen zu intervenieren, damit ein Mechanismus für eine gerechte Lösung entwickelt werden könne.

Sie haben eine „Roadmap" zur Lösung der kurdischen Frage ausgearbeitet und den Regierungen der Türkei unterbreitet. Alle ihre Lösungspläne und Projekte wurden von den regionalen Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Kurdistan unterstützt. Die türkische Regierung hingegen verabschiedete neue Anti-Terror-Gesetze zur weiteren Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung. Kinder und Greise wurden von türkischen Polizisten auf offener Straße ermordet. Militäroperationen fanden zunehmend breiter in den kurdischen Provinzen statt.

Jeder kurdische Verweis und Lösungsvorschlag wurde von der türkischen Regierung als „Separatismus" gedeutet.

Dabei haben kurdische politische Strukturen, allen voran die PKK, sich entschieden, die Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen Methoden und der zivilgesellschaftlichen Bewegung statt militärischer Gewalt zu erreichen. Folglich veränderten sie ihre alten Organisationsstrukturen. Abdullah Öcalan als Leitfigur hat immer wieder unterstrichen, seine ganze politische Kraft und sein ganzes Charisma für die Lösung des Problems innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen einzusetzen. Aber die AKP-Regierung blieb – die Armee zum Vorwand machend – der Lösung fern.

Warum die Europäische Union die Kurden nicht versteht

Recep Tayyip Erdogan, türkischer Ministerpräsident, der gegenüber der EU als Demokrat und reformwillig auftrat, versuchte, einem Oberkommandierenden der türkischen Armee ähnlich, die Militärgewalt gegen die Kurden auszuüben. Diese sind eher Befürworter einer EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die kurdischen politischen Kräfte, allen voran Abdullah Öcalan, haben diesbezüglich eine Definition dreier Rechtswesen entwickelt und die Verbindung zwischen dem EU-Recht, dem Recht des einheitlichen Landes und dem konföderalen Volksrecht dargelegt. Trotz alledem propagierten die türkische Politik und die manipulierte türkische Presse, die Kurden hätten am 1. Juni 2004 den Waffenstillstand wegen ihrer Gegnerschaft zur EU-Phase aufgekündigt. Die türkische Lobby in der EU versuchte mit dieser Behauptung die kurdische Seite zu terrorisieren. Dabei braucht man sich nur die Angaben und Fakten unabhängiger Menschenrechtsorganisationen und NGOs für die Jahre 1999 bis 2004 anzuschauen um zu erkennen, dass die angeblichen Reformen in der Türkei keinerlei bzw. nur sehr begrenzte positive Auswirkungen auf das Leben haben. Auch wird dann ersichtlich werden, dass das Ausmaß der Militäroperationen der türkischen Armee in dieser Zeit größer war als in den 90er Jahren.

Aus diesem Grund haben die kurdische Politik und die kurdische Guerillaorganisation der HPG (*Volksverteidigungskräfte*) am 1. Juni 2004 auf die seit 1999 andauernde Praxis des türkischen Staates reagiert, das Problem, statt es zu lösen, von der Tagesordnung zu kicken, niedrig zu halten und zu entschärfen. Es musste konstatiert werden, dass die türkische Armee diese Zeit statt zur Problemlösung erneut zur Auffrischung ihrer Vernichtungspolitik durch die militärische Option nutzte. Die Kurden erklärten, sich zugunsten ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten gegen die antidemokratische Praxis der Regierungen und gegen die Operationen der türkischen Armee für den Verteidigungskampf entschieden zu haben. Mit diesem Beschluss haben sie den Krieg nicht neu begonnen, sondern ihre Verteidigung von der passiven in die aktive Position gewechselt und somit bekundet, dass sie gegenüber den Militäroperationen der türkischen Armee nicht mehr schweigen würden, so Dr. Bahoz Erdal, Kommandant des HPG-Hauptquartiers.

Weiter zitierte Dr. Bahoz Erdal zur Erläuterung der Begründung für den Beschluss vom 1. Juni aus der Erklärung: „Wir erklären als HPG und als das kurdische Volk, dass wir nicht den Krieg erklären, sondern uns vor den Angriffen schützen. Die Fortsetzung des einseitigen Waffenstillstands hat ihre Bedeutung verloren. Ein neuer Waffenstillstand kann auf der Grundlage folgender Bedingungen aktuell werden:
1.) die Aufhebung der politischen Isolation Abdullah Öcalans,
2.) beidseitiger Waffenstillstand, weil es offensichtlich geworden ist, dass einseitige Waffenstillstände das Problem nicht lösen können,
3.) das Antiterrorgesetz muss abgeschafft und jegliche Unterdrückung und Repression gegen unser Volk müssen eingestellt werden,
4.) die militärischen Belagerungen an den Grenzen müssen aufgelöst und die Militäroperationen eingestellt werden.

Wenn all das gewährleistet ist, kann ein beidseitiger Waffenstillstand ins Auge gefasst und diskutiert werden. Gegenwärtig steht ein Waffenstillstand nicht auf der Tagesordnung der HPG, weil überall die Operationen anhalten. In der Türkei bedarf es einer demokratischen Willensbekundung. Für die Lösung der kurdischen Frage muss ein politischer Willen aufgebracht werden."

Hiermit habe ich versucht, die Gründe für die Auseinandersetzungen zwischen den Kurden und dem türkischen Staat darzulegen. Weil die kurdische Diplomatie und die kurdische Lobby innerhalb der EU die kurdische Frage in der Türkei nicht ausreichend vermitteln können und weil die EU-Politik das Problem im Rahmen der Türkei-offiziellen Darstellung auffasst, werden die Realitäten übergangen. ♦

Kurdische Bewegung verpflichtet sich durch Unterzeichnung des „Genfer Appells“

Kongra-Gel und HPG sagen Nein zu Antipersonenminen

Aus: ANF News Agency vom 15. und 18.07.2006

Am 18. Juli unterzeichnete der Vorsitzende des *Kurdischen Volkskongresses* (Kongra-Gel), Zübeyir Aydar, den so genannten *Genfer Appell (Geneva Call),* der den Einsatz von Antipersonenminen verbietet, wie es die Ottawa-Konvention (*„Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung", 1997 in Ottawa abgeschlossen, am 1. März 1999 in Kraft getreten*) für Staaten vorsieht.

Das Abkommen wurde unter der Schirmherrschaft der Genfer Regierung im historischen Alabama-Saal paraphiert. Dabei brachte Aydar seine Hoffnung auf eine Lösung der kurdischen Frage zum Ausdruck: „Ich hoffe, dass wir eines Tages in diesem Saal, in dem das Kriegsrechtsabkommen von Genf und andere historische Verträge ratifiziert wurden, das Abkommen über die Lösung der kurdischen Frage unterzeichnen werden.“

An der Zeremonie nahmen der Generalsekretär der Staatskanzlei und Vizevorsitzende Claude Bonard, der Kongra-Gel-Vorsitzende Zübeyir Aydar, die Präsidentin des *Genfer Appells* Elisabeth Reusse-Decrey sowie der Vertreter des kurdischen Menschenrechtszentrums KURD-CHR, Deniz Alkan, teil.

Laut Reusse-Decrey habe sich ihre NGO seit fünf Jahren bemüht, den Kongra-Gel ebenfalls für den *Genfer Appell* zu gewinnen. Die Zahl der weltweit bewaffnet kämpfenden Gruppen, die sich diesem Appell angeschlossen haben, beläuft sich auf 29.

Auf einer anschließenden Pressekonferenz erinnerte Aydar daran, dass die PKK bereits im Jahr 1995 das Genfer Kriegsrechtsabkommen unterzeichnet habe, und verwies auf die Verletzung mehrerer internationaler Vereinbarungen durch die Türkei, die von dieser selbst ratifiziert worden waren. 1923 seien mit dem *Vertrag von Lausanne* die Grenzen innerhalb Kurdistans festgelegt worden und später über Tausende von Kilometern hinweg von der Türkei, dem Iran, dem Irak, Syrien und Armenien mit Minen belegt. „Es handelt sich um zehn Millionen Minen in den Grenzgebieten. Aber nicht nur dort, auch in unseren Bergen und den zerstörten Dörfern wurden sie gelegt. Unser Volk hat sehr unter diesen Minen gelitten. Tausende starben, Tausende wurden verletzt.“

Die Organisation *Genfer Appell* wird weiterhin mit dem Kongra-Gel zusammenarbeiten, um das Abkommen umzusetzen. Reusse-Decrey erklärte, sie hoffe, dass sich auch die türkische Regierung anschließe, um die Region von Minen befreien zu können. Die Türkei trat der *Ottawa-Konvention* 2003 bei. Aydar forderte die türkische Regierung auf, die Konvention einzuhalten und internationalen Organisationen zu erlauben, die Minenräumung zu kontrollieren. Er appellierte außerdem an internationale Organisationen, die Türkei zum Dialog mit dem Kongra-Gel aufzufordern; der Dialog sei Voraussetzung für den Frieden.

Weiter rief Aydar Syrien und Iran auf, der *Ottawa-Konvention* beizutreten. Auch der Irak ist noch nicht Mitglied. Die irakischen Kurdenparteien hatten sich dem *Genfer Appell* allerdings schon 2002, noch zur Zeit Saddam Husseins, angeschlossen. Der Kongra-Gel hofft daher, dass sich diese Gruppierungen für einen baldigen Beitritt des Iraks zur *Ottawa-Konvention* einsetzen.

Die Vorsitzende Elisabeth Reusse-Decrey, der Programm-Direktor Pascal Bongard und die Berichterstatterin Ann-Kristin Sjöberg waren Ende Juni als Vertreter des *Genfer Appells* in die Berge Kurdistans gereist, wo auch der Kommandant der *Volksverteidigungskräfte* HPG, Fehman Hüseyin, das Übereinkommen unterzeichnete. An der Zeremonie am Berg Kandil nahmen auch viele Führungskräfte der HPG teil. In seiner Ansprache führte der HPG-Kommandant Hüseyin aus: „Antipersonenminen sind sehr weit verstreut, so dass die Zivilbevölkerung, in erster Linie Frauen und Kinder, sehr stark betroffen ist, daher wird unser Volk jedes Abkommen gegen die Minen mit Begeisterung aufnehmen. Wir als Bewegung und vor allem als HPG werden diese Bemühungen unterstützen und unseren Beitrag dazu leisten.“

Elisabeth Reusse-Decrey hingegen erklärte, dass diese Entscheidung umso bedeutender sei, weil die Organisation sich mitten in einem Konflikt befände, und fügte hinzu: „Es ist nicht das erste internationale Abkommen, dass Ihre Organisation ratifiziert. 1995 hatten Sie auch das Genfer Kriegsrechtsabkom-

men unterzeichnet. Um an den heutigen Punkt zu gelangen, brauchte es viel Zeit. Vor fünf Jahren nahmen wir mit kurdischen Vertretern den Dialog zu diesem Thema auf. Ich bin froh über dieses heutige Ergebnis. Ihr humanitärer Beschluss, das Abkommen zu ratifizieren, geht den Staaten in der Region als ein positives Beispiel voran.

Gemeinsam mit meinen Kollegen arbeiten wir mit Guerillagruppen und revolutionären Organisationen in der Welt zusammen. Es ist für uns von größter Bedeutung, diese Gruppen in diese Diskussion einzubeziehen, damit sie nicht dieselben Fehler machen wie die Staaten. Daher gratuliere ich Ihnen zu Ihrer Bemühung. Ich bin davon überzeugt, dass das Abkommen den umliegenden Staaten ein positives Beispiel geben wird. Wir werden auch weiter daran arbeiten, diese Staaten ebenfalls an das Abkommen zu binden. Wir werden sowohl den Minenopfern helfen als auch denjenigen, die für die Räumung verminter Gebiete aktiv sind. Unser Bestreben, das menschliche Leben von diesen Minen zu befreien, wird auch in der Zukunft anhalten.“

Mit der Unterzeichnung verpflichten sich nichtstaatliche Akteure außerdem, verminte Gebiete zu räumen und eventuelle Bestände an Antipersonenminen zu vernichten. Staatsregierungen sind durch die *Ottawa-Konvention* ebenfalls zu diesen Maßnahmen verpflichtet.

Das Abkommen bezieht sich ausschließlich auf Antipersonenminen, denn diese Minenart ist dafür verantwortlich, dass Zivilisten ihr Leben verlieren oder verletzt werden. Fahrzeugminen oder ferngesteuerte Minen werden durch die Vereinbarung folglich nicht erfasst. Ferngesteuerte Minen werden als Kriegswaffe eingesetzt, wenn sie von einem Menschen zur Explosion gebracht werden, nachdem das Angriffsziel erfasst wurde. Es handelt sich daher um keine „blinde“ Waffe, die platziert wird, ohne das Explosionsziel zu kennen. ♦

Die unterzeichnete *Verpflichtungserklärung des Genfer Appells zur Einhaltung der totalen Ächtung von Antipersonenminen und zur Zusammenarbeit in der Minenbewegung* ist im Internet zu finden unter:
http://www.genevacall.org/resources/testi-reference-materials/testi-deed/gc-04oct01-deed.htm (Orginal, engl.)
oder in der Internetausgabe des Kurdistan Reports:
http:www.kurdistanreport.de (dt.)



Die Unterzeichnung des Abkommens in Genf. v. l. n. r.: Zübeyir Aydar, Elisabeth Reusse-Decrey, Claude Bonard
Fotos: ANF



Die Unterzeichnung am Kandilberg in Kurdistan: Fehman Hüseyin, Elisabeth Reusse-Decrey Fotos: DIHA





Es ist ein Ziel, bewusst Kurdenfeindlichkeit zu erzeugen

Kriegsrechtsverletzung an Kurden ohne Konsequenzen

RA. Selahattin Demirtas, Vorsitzender IHD Diyarbakir

Auf der Welt gibt es heute an mehr als 30 Schauplätzen kriegerische Auseinandersetzungen und Kriege. Wie es charakteristisch für Kriege ist, werden in jedem dieser Kriege unterschiedliche Menschenrechtsverletzungen verübt. Davon gelangt nur ein kleiner Teil an die Öffentlichkeit, zum großen Teil bleiben sie in der Verborgenheit. Beispielhaft seien hier erwähnt die Zustände im US-Lager in Guantánamo, das, was den Gefangenen, der Zivilbevölkerung und den Widerständigen im Irak angetan wird, oder die Tragödien, die vor nur kurzer Zeit in Bosnien erlebt wurden und immer noch in Tschetschenien und Afghanistan fortdauern. All diese Beispiele machen klar, dass die Menschheit eine beschämende Epoche durchlebt. Je mehr die Bildschirme Dinge widerspiegeln, die einem das Blut in den Adern gefrieren und Schauer über den Rücken laufen lassen, desto weniger kann sich der Mensch der Feststellung erwehren, dass „wir schon keine Menschen mehr sind". Jedoch ist es noch Besorgnis erregender, dass Reaktionen, die der Menschlichkeit angemessen wären, kaum noch gezeigt werden. Je mehr die Menschheit verroht, menschliche Werte aus den letzten Jahrtausenden zerbröckeln, desto häufiger tritt Gewöhnung ein.

Dass die in einer langen Epoche der Geschichte von KurdInnen erlebten Tragödien das Interesse, das Wissen und die Tagesordnung der Weltöffentlichkeit nicht erreicht haben, ist eine Tragödie für sich. Man erinnere sich, dass vor nicht langer Zeit Tausende von KurdInnen in Halabja massakriert wurden, dies aber erst thematisiert wurde, als es darum ging, Saddam Huseyin zu verurteilen. Der diesbezügliche große Nachteil der KurdInnen besteht darin, dass sie auf der Erde keinen Staat haben. Weil die Kurden das größte staatenlose Volk der Völkergemeinschaft sind und sich ihre leidvolle Geschichte nicht vor den Augen der Weltöffentlichkeit abspielt, somit auch keine Verurteilung durch internationale Vereinigungen wie die Vereinten Nationen erfolgt, bleiben sie meist mit ihren Schmerzen allein. Bemühungen zivilgesellschaftlicher Organisationen sind demgegenüber in der Regel unzureichend geblieben. Aus diesem Grund setzen die Staaten, die den KurdInnen gegenüber eine unterdrückerische Politik ausüben, ihre Verbrechen fort und sehen der Welt noch offen ins Gesicht, während sie sich ein ums andere Mal grausamer verhalten.



Selahattin Demirtas Foto: DIHA

Die im Juni/Juli dieses Jahres in der Zeitung 'Ülkede Özgür Gündem' veröffentlichten Bilder und Nachrichten müssen in diesem Rahmen behandelt und bewertet werden. Wären die geschilderten Geschehnisse in einem anderen Land vorgekommen, wäre ein Wirbel ausgebrochen. Wenn es sich jedoch um die Türkei handelt, wo dies geschah, und die betroffenen KurdInnen sind, zudem von der PKK, wird es von den Kreisen, von denen eine Reaktion zu erwarten wäre, vorgezogen, 'die drei Affen zu spielen'. Wovon wir sprechen: Im August 2005 ist eine Gruppe von PKK-Militanten in den Bergen von Besiri bei Batman von den Staatskräften in einen Hinterhalt gelockt worden. Mindestens einer von ihnen muss lebendig gefangen genommen und direkt im Anschluss an die Gefangennahme durch einen Kopfschuss getötet worden sein. Zusammen mit dieser hingerichteten Person sind insgesamt sieben Militante ins Gestrüpp geworfen und später verbrannt worden. Die in der Zeitung erschienenen Fotos zeigen, wie der lebend gefangene und identifizierte PKK-Militante Abbas Emani zwischen zwei Sicherheitskräften geht. Demgegenüber wurde Abbas Emani gemäß den Akten des Staatsanwaltes bei dem Gefecht schwer verletzt und ist kurze Zeit nach der Gefangennahme gestorben. Allerdings ist die Person, die auf dem Foto zu sehen ist, gar nicht schwer verletzt, sondern so gesund und kräftig, dass sie aus eigenen Kräften laufen kann. Wiederum sind die auf dem Foto gezeigten Leichen unversehrt. Trotzdem wurden fast allen Familien ihre toten Angehörigen mit schweren Verbrennungen übergeben.

Die zunehmende Kurdenfeindlichkeit in der Türkei kann nicht unabhängig von dem brutalen und gefühllosen Verhalten gegenüber PKK-AnhängerInnen bewertet werden. In großen Städten wie Izmir, Istanbul, Adana und Bursa werden KurdInnen angegriffen, ihre Wohnungen und Geschäfte verwüstet. Mit laufenden Kampagnen wird versucht, die Menschen daran zu hindern, bei KurdInnen einzukaufen oder ihnen eine Arbeit zu geben. Es wird versucht, das Problem zwischen dem Staat und den KurdInnen in ein Problem zwischen KurdInnen und TürkInnen zu verwandeln und so die Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufzubringen. Eine derartig deutliche Diskriminierung ist eigentlich auch nach dem türkischen Strafgesetz strafbar. (*TCK § 122: wer Personen aus Gründen wie Sprache, Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, politischer Gesinnung, philosophischer Überzeugung, Glauben ... und Ähnlichem diskriminiert, ...wird mit einer Haftstrafe zwischen 6 Monaten und einem Jahr bestraft werden.*)

Es ist ein Ziel, in der Gesellschaft bewusst eine Kurdenfeindlichkeit zu erzeugen, einen Boden zu bereiten, auf dem die türkische Öffentlichkeit zu den Rechtsverletzungen gegenüber den KurdInnen schweigt. Um die Wahrheit zu sagen, die gegenwärtige Realität ist nicht weit davon entfernt. Zuallererst die TürkInnen, aber auch die anderen in der Türkei lebenden ethnischen Gruppen machen die KurdInnen für die Gefechte in den von ihnen bewohnten Gebieten verantwortlich. Sie werden glauben gemacht, dass die Probleme einer sich mehr und mehr verschlechternden Ökonomie und der Arbeitslosigkeit dieses Landes von den KurdInnen herrührt. Es muss betont werden, dass hierbei die Mediengruppen den größten Anteil haben, indem sie Tatsachen verfälschen und Desinformation betreiben.

Wenn wir im Lichte dieser gesamten Entwicklungen zurück zu Abbas Emani kommen, habe ich keinerlei Zweifel an folgender Darstellung:

• Weil die KurdInnen auf der Erde keinen eigenen Staat haben oder es keinen Staat gibt, der sich der Kurden annimmt, wird verhindert, dass die an KurdInnen verübten Massaker und die übrigen Menschenrechtsverletzungen durch die Staatengemeinschaft behandelt werden.

• Weil die KurdInnen nicht über ausreichend machtvolle Möglichkeiten in internationalen Beziehungen verfügen, kann die Information der internationalen zivilen Öffentlichkeit nicht sichergestellt werden.

• Wegen der antikurdischen Haltung der großen Presseeinrichtungen und ihrem Verhalten, Kurdenfeindlichkeit zu lancieren, werden die Geschehnisse der türkischen Öffentlichkeit nicht wahrheitsgemäß und von innen heraus wiedergegeben. So wie dieser Umstand es ermög-



Ülkede Özgür
Gündem

Ülkede Özgür Gündem, Beşiri'de 'çatışmada öldü' denilen gerilla Abbas Emani'nin sağken görevliler arasında çekilmiş fotoğrafını yayımlayarak insanlık suçunu belgeledi

www.ozgurgundem.net eposta@ozgurgundem.net 28 HAZİRAN 2006 ÇARŞAMBA FİYAT: 50 YKR

İnsanlık yakılıyor!

VAHŞET

1 OPERASYONDA SAĞ YAKALANDI

Batman'ın Beşiri ilçesi Tepecik köyü yakınlarında 25 Ağustos 2005 tarihinde çıkan çatışmada, HPG gerillası Abbas Emani sağ olarak yakalandı. Asker kıyafeti giydirilen Emani, özel timler nezaretinde çatışmanın yaşandığı bölgeye 3 kilometre uzaklıktaki seyyar karargaha yaya olarak götürüldü.

2 SORGUDAN SONRA İNFAZ

İddialara göre seyyar karakoldaki Renault 19 Europa marka bir otomobilin yanında sorguya alınan 28 yaşındaki İran doğumlu Emani, önce kafasına kurşun sıkılarak infaz edildi. Emani daha sonra sürüklenerek tekrar çatışma bölgesine götürüldü.

3 CESET ATEŞE VERİLDİ

Bölge halkı ve yerel yöneticiler, çatışmanın sona ermesi için çatışma bölgesine yürüyüş başlatırken, aynı saatlerde Emani ile beraberindeki 6 HPG'li çalılıklarla birlikte ateşe verildi. Konuyla ilgili açıklama yapan Batman Valiliği, 7 HPG'linin "çatışmada öldüğünü" duyurdu. Sayfa/6

EDİTÖR

Hukuk ayaklar altında

Alınan bilgilere göre dün Bölge'de çıkan çatışmalarda 35 kişi hayatını kaybetti. Operasyonlar ülkenin dört bir yanına yayılmış durumda. Halklar arasındaki uçurum her geçen gün daha fazla derinleştiriliyor. Halkların bir arada yaşamasını olanaklı kılan bütün insani değerler, duygular ve hukuk ayaklar altına alınıyor.

Başbakan Erdoğan 12 Ağustos 2005 tarihinde Diyarbakır'a yaptığı ziyaret esnasında "Kürt sorunu vardır, geçmişte hatalarımız olmuştur" demişti. "Geçmişte yaşanan hatalar" bugün de ısrarla sürdürülüyor.

Erdoğan'ın yaptığı konuşmadan 13 gün sonra yaşanan vahşet, 1990'lardaki kirli savaş yöntemlerine yeniden dönüldüğünün işaretini veriyor. Türkiye'nin de altına imza koyduğu Cenevre İnsan Hakları Anlaşması'nın açık bir ihlalini gösteren bugünkü haberimiz, gerçeğin ortaya çıkması için önemli veri sunuyor. Bölge halkı vahşetlerin bir daha yaşanmamasını istiyor. Batman'da bu vahşetin önüne geçmek için aynı tarihlerde halk, yerel temsilcileriyle birlikte operasyonun durması için çatışma alanına yürümüştü. Halkın talebi o zaman dikkate alınmadı ve "geçmişte yaşanan hatalar" tekrarlandı. "Hataların" bir daha yaşanmaması için yapılması gereken, geçmişle yüzleşmektir. Gerçeklerin aydınlanması için herkes üzerine düşeni yapmalıdır.

Titelblatt der türkischsprachigen Tageszeitung Ülkede Özgür Gündem vom 28. Juni 2006. Überschrift: "Die Menschlichkeit wird verbrannt!", 1. Bei der Operation wurde er unverletzt gefangen genommen, 2. Hinrichtung nach dem Verhör, 3. Die Leiche wurde verbrannt Foto: DIHA

licht, die Rechtsverletzungen gegen KurdInnen zu ignorieren, bewirkt er noch zusätzlich eine Steigerung von Angriffen auf KurdInnen.

Darüber hinaus gibt es die menschliche und gewissensbezogene Seite, die Besorgnis erregend ist. Es trat offen zu Tage, dass der Staat seit langem seine Augen vor dem Wirken von bandenhaften Organisationen gegen PKK-Mitglieder und SympathisantInnen verschließt. Diese staatlichen Banden führen ihre Aktivitäten einerseits gegen die Zivilbevölkerung durch (z. B. indem sie bei Angriffen auf Presseerklärungen und Kundgebungen Kinder töten, Menschen halb totschlagen und foltern, Frauen an den Haaren über den Boden schleifen etc.). Andererseits werden sie auch gegen Mitglieder der Organisation (PKK) aktiv, indem sie gemäß ihrer eigenen Ideologie (der nationalistisch-faschistischen) ihre Ämter und Kompetenzen überschreiten und in Rachsucht ihre brutalen Gefühle ausleben. Lebend gefangene Organisationsmitglieder werden hingerichtet und bereits Gestorbene verstümmelt. Ihnen werden Organe herausgeschnitten und die Leichen in Stücke gehackt. Das schmutzige Gesicht der Kurdenfeindlichkeit zeigt sich sowohl in der Stadt als auch in den Bergen. Diese Banden, für die Menschlichkeit ein Fremdwort ist, sind weit davon entfernt zu begreifen, dass die Menschenrechte – auch wenn sie schon nach dem Gesetz strafbar handeln – für jedeN gelten und dass auch sie eines Tages die Menschenrechte brauchen werden.

Diejenigen, die gegen diese Menschen, die nicht merken, wie sehr sie den menschlichen Werten schaden, indem sie Menschen in dieser Art foltern, hinrichten und ihre Leichen zerstückeln, nicht protestieren, machen sich mitschuldig.

Wir haben als Menschenrechtsvertreter bezüglich des Vorfalls mit Abbas Emani Anzeige beim Staatsanwalt erstattet, um einen innerstaatlichen Rechts-Mechanismus auszulösen. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit die Untersuchungen in einen Prozess münden und die ermittelten Angeklagten bestraft werden. Dies ist allerdings nur die eine Seite. Mindestens ebenso wichtig sind eine Kampagne und Aktivitäten im Hinblick auf die Ignoranz seitens der Gesellschaft, um zu verhindern, dass zwischen den Völkern eine Wand der Feindschaft aufgebaut wird. Dafür werden noch stärkere Bündnisse und Solidarität vonnöten sein.

Gemäß den innerstaatlichen Gesetzen ist es strafbar, einen Menschen zu töten, in Banden und ähnlichen Organisationen aktiv zu sein. Egal, wer diese Taten zu verantworten hat, er muss verurteilt werden. Jedoch muss es unabhängige und mutige Staatsanwälte und Richter geben, die es mit diesen staatlichen Banden aufnehmen können. Diese Bedingungen sind in der Türkei leider nicht gegeben. Darum ist unsere an den innerstaatlichen Rechtsweg geknüpfte Erwartung gering. Schaut man nach internationalen Rechtsformen, so ist das Geschehene mit der Europäischen Menschenrechts-Konvention §14, in dem das Recht auf Leben, das Folterverbot sowie das Diskriminierungsverbot verankert sind, offen unvereinbar. In demselben Maße sind die Geschehnisse auch nach der *Genfer Konvention* ein Kriegsverbrechen. Nach dieser Konvention dürfen die Kriegsparteien Gefangene weder hinrichten, foltern noch verschwinden lassen. Die Bestimmungen gehen so weit, dass solche Verbrechen verübende Personen vor dem *Internationalen Kriegsverbrechertribunal* verurteilt werden können.

Jedoch ist die Frage, ob eine Gesellschaft die Regeln des Rechts gerecht anwendet, davon abhängig, inwieweit innerhalb der Gesellschaft ein Sinn für Gerechtigkeit existiert. Die Gesetze können noch so gut sein, doch solange sie schlecht angewendet werden und es gegen die Anwender keine angemessenen Reaktionen gibt, werden sich keine Verbesserungen ergeben. Wenn dieser Zustand anhält, wird es innerhalb kurzer Zeit sehr schwer sein, zu einem Ergebnis zu kommen.

Wenn die Gesetzeswerke die Ausübenden dieser Art von Brutalitäten nicht zur Rechenschaft ziehen, wird der Tag kommen, an dem wir sie einzeln aus den staubigen Regalen der Geschichte nehmen und uns der Vergangenheit schämen werden. Damit das nicht eintritt, ist es das Sinnvollste und Aufrichtigste, jetzt etwas zu unternehmen. ♦

IHD-Bericht in Diyarbakir veröffentlicht

Die Zweigstelle des *Menschenrechtsvereins* (IHD) in Diyarbakir hat einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in der (kurdischen) Region in den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 veröffentlicht. Wie der Zweigstellen-Vorsitzende Rechtsanwalt Selahattin Demirtas im Rahmen einer Pressekonferenz am Mittwoch erläuterte, sind insgesamt 5187 Rechtsverletzungen vom IHD registriert worden. In Bezug auf die aktuellen Entwicklungen kritisierte Demirtas den Ministerpräsidenten Erdogan, der für Palästina nach Lösungswegen suche, die er für sein eigenes Land nicht geltend mache. „Anstatt die türkische Armee die Grenze (nach Südkurdistan/Irak) überschreiten zu lassen, sollte die PKK in die Türkei eingeladen werden und das Problem mit friedlichen und demokratischen Methoden gelöst werden", forderte Demirtas.

Mihdi Perincek als IHD-Vertreter für die Regionen Osten/Südosten verwies auf den Anstieg der Rechtsverletzungen im Vergleich zu den Vorjahren. Insbesondere das Recht auf Leben sei davon betroffen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 seien von den 13 IHD-Zweigstellen in der Region 234 Verletzungen des Rechts auf Leben registriert worden. 3458 Mal sei das Recht auf Sicherheit verletzt worden. „Die Anzahl der registrierten Verletzungen des Rechtes auf Leben aufgrund von Gefechten allein in den vergangenen zwei Monaten liegt bei 101. Damit sind die Träume von 101 Müttern, die sie für ihre Kinder gehabt haben, zerbrochen. In 101 Familien herrscht Trauer."

Im Vergleich mit den Bilanzen der Jahre 2004 und 2005 sei ein ständiger Zuwachs an Rechtsverletzungen zu verzeichnen. Für das erste Halbjahr 2006 hat der IHD 190 Tote durch Gefechte, 37 Tote durch „Morde unbekannter Täter" sowie sieben Tote durch Minen- und andere Explosionen registriert. 2267 Personen seien festgenommen worden und davon 939 verhaftet. Zehn Personen seien verschwunden. Quelle: DIHA, 19.07.2006, ISKU

Murat Karayilan über das Modell der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans

Ausdruck eines neuen Demokratieverständnisses

Ein Interview von Nihat Kaya und Baki Gül

In Kurdistan wird ein neues politisches System errichtet. Die kurdische Befreiungsbewegung, die mit der PKK im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts begann, zu einer Zeit, als die revolutionären Organisationen und nationalen Befreiungsbewegungen ihren Höhepunkt erlebten, trat mit einer neuen Strategie in das 21. Jahrhundert ein. Der Kampf, den Abdullah Öcalan mit einer Gruppe von FreundInnen in den 70er Jahren begründete und später als Vorsitzender weiterführte, durchlief verschiedene Etappen. Erst durch den Kampf der PKK wurde die internationale Öffentlichkeit auf die Situation der Kurdinnen und Kurden in allen vier Teilen Kurdistans aufmerksam. Seit den 1990er Jahren wurde innerhalb der Bewegung die veränderte Weltlage diskutiert und seit den 2000er Jahren daraufhin eine neue Strategie in Bezug auf Kurdistan, die Region und die globale Weltlage entwickelt.



Murat Karayilan während des Interviews Foto: Sevin Bingöl

Obwohl diese Veränderungen von vielen Problemen begleitet wurden, vollzog die Bewegung einen radikalen Bruch mit ihren früheren, klassischen Auffassungen über Partei, Nation, Staat und Macht. Ausgehend von den vom politischen Repräsentanten des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, auf der Gefängnisinsel Imrali entwickelten Thesen legte die PKK eine neue Ideologie und Strategie vor. Wir versuchten zunächst durch den Kongra-Gel, später mit der *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans* (KKK) das System, das wir „ökologisch-demokratischen Konföderalismus“ nennen, in Kurdistan und im Mittleren Osten zu verwirklichen. Trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren ist daraus bereits eine kraftvolle Bewegung entstanden. Mit Murat Karayilan, dem Vorsitzenden des Exekutivrats des KKK-Systems, haben Nihat Kaya und Baki Gül über Argumente, Strategien und die gegenwärtige Lage der KKK sowie über Begriffe wie Revolution, Staat und Politik gesprochen:

Was sind Ihrer Meinung nach die wesentlichen Probleme unserer heutigen Welt und welche davon kann das KKK-System lösen?

Das KKK-System ist Ausdruck einer neuen Denkweise, einer neuen Mentalität, eines neuen Organisationsmodells und eines neuen Demokratieverständnisses. Die Menschheit hatte mit der landwirtschaftlichen Revolution auf der Grundlage des Ökosystems des Zagrosgebirges eine neue zivilisatorische Stufe erklommen, die sie bis zur industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts trug. Parallel zu dieser Umwälzung gewannen die Nationalstaaten im Leben der Menschen immer mehr an Bedeutung. In der heutigen Zeit der Globalisierung stellen sie nicht länger einen Faktor dar, der zur weiteren Entwicklung beiträgt, sondern blockieren sie vielmehr. Bekanntlich entfaltete sich dieses System nach der Logik des Kapitalismus. Heute versucht das selbst in nationalstaatlichem Rahmen entstandene Finanzkapital die Welt der Globalisierung gemäß umzugestalten. Es gelingt ihm jedoch nicht, das dabei auftretende Chaos im System zu überwinden. Lösungen, die aus kapitalistischen Metropolen stammen, können keine angemessene Antwort auf die bestehenden Probleme geben. Denn

Staaten, und vor allem Nationalstaaten, haben im Leben der Menschheit ihre Rolle gespielt und stellen gegenwärtig einen rückwärts gewandten Faktor dar. Will man die existierenden Probleme grundsätzlich lösen, also das chaotische System überwinden, braucht man eine neue Mentalität, eine neue Logik und ein neues Organisationsmodell. So wie die erste Revolution der Menschheit in Mesopotamien vollzogen wurde, so kann sich auch heute der Kampf der Menschheit gegen die chaotische Situation in derselben Region entwickeln.

> So wie die erste Revolution der Menschheit in Mesopotamien vollzogen wurde, so kann sich auch heute der Kampf der Menschheit gegen die chaotische Situation in derselben Region entwickeln.

Unser Vorsitzender hat nach intensiver gedanklicher Auseinandersetzung mit den praktischen Erfahrungen des Kampfes der letzten dreißig Jahre den „demokratischen Konföderalismus" als Lösungsmodell für die aktuelle chaotische Lage der Menschheit entworfen. Die Menschheit fordert in unserem Zeitalter mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit, mehr Demokratie und eine gerechtere Verteilung der Ressourcen. Dafür muss zuallererst die etatistische Mentalität, die auf Diskriminierungen beruht, überwunden werden. Daher ist unserer Meinung nach das System des demokratischen Konföderalismus ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Überwindung des Staates, weil es ein anderes System vorsieht als den Staat. Hierfür wurde das Modell der KKK entwickelt. Es existieren Ungleichheiten zwischen den Menschen, das Gleichgewicht zwischen den Menschen und anderen Lebewesen ist ebenfalls gestört, auch hier gibt es Differenzen. Wir denken, dass die Lösungen für all diese Probleme über das Modell der KKK entwickelt werden können.

Inwieweit ist dieses neue System schon umgesetzt?

Selbstverständlich ist das KKK-Modell noch ein sehr neues. Es wird zum ersten Mal angewandt. Vielleicht hat es heute noch einige Mängel. Aber dennoch handelt es sich um eine wichtige Initiative, eine Lösungsformel. Es beruht auf einer demokratischen Gesellschaft, in der die Beschlüsse nicht wie in einem Staat von oben nach unten laufen, sondern umgekehrt von der Basis aus nach oben. Wir nennen es das Pyramidenmodell. Folglich wird eine Gesellschaft angestrebt, eine demokratische, die auf demokratische Politik, demokratische Organisierung, demokratische Individuen und auf die Errichtung einer freien Gesellschaft abzielt, in sich selbst frei, gleichberechtigt und friedlich ist, in der eine Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und Klassen und Verteilungsgerechtigkeit besteht, die ökologische Harmonie zwischen den Menschen und der Umwelt hergestellt ist. Hierfür bedarf es in erster Linie dreier unterschiedlicher Revolutionen: der demokratischen Revolution, der Geschlechterrevolution und der ökologischen Revolution. Der revolutionäre Prozess in diesen Bereichen wird die Gesellschaft demokratisieren, die sozialen Beziehungen der Menschen noch harmonischer, gleichberechtigter und gerechter gestalten. Auch die Beziehungen zwischen den Menschen und den anderen Lebewesen wären ausgeglichener und gerechter. Hierfür steht die *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans*.

Kann es als eine radikale Haltung zu Demokratie und Beteiligung definiert werden?

Wie schon bereits gesagt, es handelt sich um ein neues System und wie jede andere Neuheit hat es auch mit Problemen und Mängeln zu kämpfen. Viel wichtiger ist die Annäherungsweise, die Mentalität der Lösung. Die Menschen wurden über 5000 Jahre durch die Staaten regiert. Die Staatsgewalt spielt in ihrem Leben eine wichtige Rolle. Wozu führt das? Dass Entscheidungen ständig von oben herab getroffen werden. Auch wenn heute Staaten versuchen, sich in Staaten des Volkes zu verwandeln und hierfür einige demokratisierende Formeln wie z. B. Wahlen zu etablieren versuchen, können sie an dieser Realität nichts ändern. Die Entscheidungswege verlaufen von oben nach unten, bis in die Basis.

Das KKK-Modell ist die Umkehrung dieser Realität, ein Alternativsystem. Das System des Volkes, wonach dieses sich selbst verwaltet und die direkte Demokratie praktiziert. Wir gehen davon aus, dass dieses Modell im Endeffekt auf einen wissenschaftlichen, demokratischen Sozialismus hinauslaufen wird. Unsere Auffassung von Sozialismus ist nicht zu vergleichen mit der von Realsozialisten. Unser Sozialismusverständnis stützt sich auf die Volksrealität, auf die direkte Demokratie des Volkes. Wir zielen nicht auf den Staat ab, sondern schaffen ihn ab. Aber der Platz, den der Staat eingenommen hat, kann nicht leer bleiben, er wird von der organisierten Gesellschaft ausgefüllt werden. Die organisierten, unterschiedlichen Sichten werden in einer Koordination zusammenkommen. Diese hat ausschließlich die Aufgabe, alle von der Basis gefassten und nach oben getragenen Beschlüsse zu koordinieren.

Wie funktioniert die Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan und nach welchem Schema?

Der Kongra-Gel steht im KKK-System ganz oben. Er setzt sich aus Delegierten zusammen, die von der Bevölkerung in demokratischen Wahlen für zwei Jahre gewählt werden. Sein klassischer Ausdruck ist der Volksrat und hat die Aufgaben der Legislative im KKK-System. Dieser Volksrat wählt zwei Hauptorgane. Zum einen den 31-köpfigen Exekutivrat, dessen Vorsitzenden eingeschlossen. Die Aufgabe des Exekutivrats besteht darin, den Beschlüssen und Anregungen der Basis im Kongra-Gel durch eine Rollen- und Arbeitskoordination nachzukommen. Man kann nur zweimal hintereinander in den Exekutivrat gewählt werden, d. h. insgesamt vier Jahre diese Funktion bekleiden. Der Exekutivrat repräsentiert die Exekutive. Das zweite vom Kongra-Gel gewählte Organ ist der Oberste Administrativausschuss, das Volksgericht, mit anderen Worten das Freiheitsgericht, und ist auch nur dem Kongra-Gel gegenüber verantwortlich. Es bildet die unabhängige Rechtsprechung inner-

halb der KKK und ist folglich für die Realisierung der Gerechtigkeit zuständig. Die KKK ruht auf drei institutionellen Hauptpfeilern, wie sonst auch auf Legislative, Exekutive und Judikative. Formal ähnelt es klassischen konstitutionellen Systemen, unterscheidet sich aber beträchtlich in der Umsetzung. Staaten verfügen über Minister, das KKK-System nicht. An deren Stelle gibt es Komitees. Es existieren elf Hauptkomitees, die jeweils im Durchschnitt sieben- bis neunköpfige Arbeitsgruppen darstellen und im KKK-System die Funktionen staatlicher Minister ausüben. Die einzelnen Komitees wiederum organisieren sich bis in die Basis, verfügen somit über Praxisbereiche und arbeiten wie Exekutivräte. Z. B. sind die Komitees aufgefächert nach „Wissenschaft und Aufklärung“, „Kultur“, „Presse“, „Verteidigung“ organisiert und erfüllen Aufgaben der Exekutive. Außerdem sollen sechs weitere Arbeitsbereiche gebildet werden, vier, die sich mit den jeweiligen Teilen Kurdistans befassen, sowie zwei für die Auslandsbereiche Europa und GUS-Staaten. Eigentlich sind diese sechs Arbeitsgebiete Unterräte der Teilorganisationen des Kongra-Gel, d. h. Teilratsorganisationen. Dies zu erreichen ist unser Ziel. In unsere Jahresplanung wurden Nordkurdistan (türkischer Teil Kurdistans) und Südwestkurdistan (syrischer Teil Kurdistans) aufgenommen. Der Aufbau von Räteorganisationen ist geplant. Diese Räte müssen innerhalb der Basis verankert sein, d. h. die Delegierten kommen aus den Basisorganisationen, denn darauf stützt sich das KKK-System: in den Dörfern Kommunen, in Stadtteilen Räte bis hin zu Stadträten, mit denen das Volk sich direkt an Verwaltung und Entscheidung beteiligen kann. Das ist gegenwärtig das Hauptziel. In einigen Bereichen wird auf diese Weise organisiert, in anderen wiederum werden die Vorbereitungen dafür getroffen. Wie ich bereits anfänglich erwähnt habe, ist es keine vollendete Organisierung, kein vollendetes System. Wir befinden uns noch in der Gründungsphase. Wir haben nun die Aufgabe, diese Phase gemäß der entsprechenden Mentalität zu entwickeln. Wenn die KKK sich in allen Gesellschaftsschichten organisiert hat, wird das Problem behoben sein. Daher ist es eine Kampfphase. Die Gründungsphase ist gleichzeitig die Aufbauphase und somit auch die Kampfphase.

Während dieses System aufgebaut wird, wird ein legitimer Selbstverteidigungskrieg geführt. Was ist über den legitimen Selbstverteidigungskrieg innerhalb des KKK-Systems in Kurdistan zu sagen?

Dieser Kampf lässt sich in Kurdistan nicht so einfach führen. Wir sind einem Angriffskrieg ausgesetzt und das bringt den Widerstand mit sich. Der Widerstand wiederum bedarf einer Organisierung. Weil das KKK-System gezwungen ist, sich im Kampf zu organisieren, weil es folglich ein System ist, das sich gegen Angriffe verteidigen muss, ist ihm eine Verteidigungsmentalität eigen. Diese Auffassung sieht aufgrund ihrer Philosophie keine Gewalt vor. Sie zielt darauf ab, gesellschaftliche Probleme mit demokratischen, zeitgenössischen und auf Dialog ausgerichteten Methoden zu lösen. Aber wenn irgendwo Ungerechtigkeit existiert, rechtsverletzende Gewalt ausgeübt wird und diese Gewalt die Würde, die Kultur und die Werte der Menschheit angreift und verletzt, so hat die betroffene Gesellschaft das Recht auf Selbstverteidigung, notfalls mit Gewalt. Dieses Recht ist auch in internationalen Abkommen verankert. (Vgl. auch die UN-Grundsätze zum Recht auf Selbstverteidigung) Unsere Auffassung von Gewalt bewegt sich in diesem Rahmen. D. h. die KKK sieht die Anwendung von Gewalt nicht zur Lösung von Problemen vor, sondern nur dann, wenn ungerechte Gewalt angewandt oder das Recht außer Kraft gesetzt wird und die Politik und die Methode des Dialogs keinerlei Wirkung zeigen, d. h. Gewalt zur Verhinderung von Gewalt. In Kurdistan gibt es dafür die *Volksverteidigungskräfte* (HPG), ihre Kampfstrategie ist die Linie der Selbstverteidigung. Sie sind eine erfahrene Guerillakraft, denn sie verfügen über eine zwanzigjährige Erfahrung im Guerillakampf. Dennoch besteht die Aufgabe der HPG darin, im Rahmen der legitimen Verteidigungslinie der KKK die Werte, denen sie sich verbunden fühlen, zu verteidigen. Würden sich



Protest in Urfa gegen die militärischen Operationen Irans. Anlass war der Tod der in Urfa geborenen ANF-Korrespondentin Silan Aras, die bei einem der Angriffe der iranischen Armee auf die Region um den Kandil-Berg in Kelares ums Leben kam. Silan Aras hielt sich dort zwei Wochen auf, um über Frauenselbstmorde in den kurdischen Städten Urmiye und Mahabad zu recherchieren.
Foto: DIHA

die gegenwärtigen Militäroperationen des türkischen Staates nicht gegen unsere Werte richten, gäbe es auch keine Aktionen der HPG.

Welche Lösungsperspektive verfolgt das KKK-System für die kurdische Frage?

Das KKK-System, d. h. das demokratisch-konföderale System, das auf den Aufbau der gesamten Gesellschaft abzielt, strebt eine grundlegende Veränderung und Wandlung innerhalb der Gesellschaft an. Die KKK ist eine Lösungs- und Demokratisierungsbewegung. Das bedeutet zugleich die Reorganisierung der Gesellschaft gemäß einer modernen Sichtweise. Folglich stellt die Perspektive dieser Annäherung einen erleichternden Faktor dar für die Lösung der kurdischen Frage sowohl in der Türkei als auch für alle anderen Teile. Denn das demokratisch-konföderale System basiert auf der Abhängigkeit voneinander, macht den Dialog zur Grundlage und steht in seinem Rahmen für die freie und gleichberechtigte Vertretung aller.

Was heißt das konkret für die kurdische Frage in der Türkei?

Das KKK-System ermöglicht die Organisierung unterschiedlicher kurdischer Gesellschaftsschichten und somit den Aufbau des demokratischen Konföderalismus der Kurden, ohne die Staatsgrenzen der türkischen Republik zu verändern. Die Türkei sieht in der Organisierung dieses Systems eine Gefahr. Sofern sich eine Sichtweise ausbildet, welche die Gesetzmäßigkeiten dieser Organisierung anerkennt, kann das Modell der konföderalen Organisation auch zum Lösungsmodell für die kurdische Frage werden. Das Problem besteht eher darin, inwieweit eine konföderale Lösung zwischen der kurdischen und türkischen Gesellschaft entwickelt werden kann. Diese Perspektive steht nicht für Abtrennung und Staatsbildung, sondern für das gleichberechtigte und freiwillige Zusammenleben der Völker. Was die Kurden jetzt wollen, ist die Anerkennung ihres Willens, ihrer kulturellen Rechte, ihrer politischen Rechte. Sie wollen das freie Zusammenleben und nicht die Abtrennung. Sie wollen ihr eigenes System aufbauen. Sie erklären, dass sie für ein gemeinsames Zusammenleben sind, und stellen gleichzeitig den Rahmen dafür. Sollte dies nicht akzeptiert werden, so zeigen sie gleichzeitig, dass sie ihren Kampf führen und begonnen haben, sich auf dieser Grundlage zu organisieren. Das ist die Bedeutung der KKK-Deklaration.

Diese Perspektive steht nicht für Abtrennung und Staatsbildung, sondern für das gleichberechtigte und freiwillige Zusammenleben der Völker.

Die politischen Kräfte in der Türkei empfanden die Deklaration der KKK als beängstigend.

Die Deklaration der KKK drückt eigentlich die Haltung des kurdischen Volkes und des Freiheitskampfes aus. Aus diesem Grunde hat der Staat, allen voran Deniz Baykal [*Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei* CHP], sofort eine Gegenhaltung eingenommen. Dabei steht die KKK-Fahne nicht für Separatismus, sondern für die konföderale Einheit. Eigentlich ist eine derartige Antihaltung unangebracht, sie ist Resultat einer Phobie vor der kurdischen Frage. Die Türkei wird allseits zu Veränderungen gezwungen. Denn die Welt und die Zeiten wandeln sich. Die Türkei hat sich dem Anschein nach der EU zugewandt. Folglich muss sie sich ändern, erneuern. Das Problem der heutigen Türkei besteht in dem fehlenden politischen Willen, diesen Wandel zu vollziehen. Egal von welcher Warte aus betrachtet, eine gewaltige Welle der Erneuerung zwingt die Türkei dazu. Sie brandet gegen das Verständnis von Konservatismus, Fanatismus und Status quo und bekommt keinen Entwicklungsspielraum. Das ist das eigentliche Problem. In der Türkei existiert noch immer die Auffassung vom Status quo, die auf dem Alten beharrt. Diese Haltung bedient sich noch immer der Sichtweise des 20. Jahrhunderts und versucht die Türkei darin gefangen zu halten, den Weg der Veränderung zu blockieren. Das ist das zentrale Handicap der Türkei. Mit den Behauptungen, der Türkei drohe die Teilung, äußere Kräfte hätten ihre Finger im Spiel, sollen Ängste in der Gesellschaft geschürt werden, um den Nationalismus des 20. Jahrhunderts zu vertiefen. Dabei ist doch bekannt, welches Leid dieser Chauvinismus im letzten Jahrhundert den Völkern der Erde zugefügt hat. Er führte zur Ermordung von Millionen von Menschen. Daher sollten solche Sichtweisen im heutigen Zeitalter nicht weiter gepflegt werden, wo die Menschheit sich weitergehenden Zielen zugewandt hat. D. h. aus der Sicht des Nationalismus, der Nationalstaaten kann unsere gegenwärtige Realität nicht treffend definiert werden, man würde nur dem Zeitgeist hinterherhinken. Leider unterliegt das System in der Türkei überwiegend dem Einfluss einer solchen Sichtweise. Es steht daher außer Frage, dass eine Modernisierung, eine neue Mentalität, neue Ansichten, ein neues politisches Verständnis notwendig sind.

Das wurde von einer anderen Warte aus als Separatismus bewertet.

Weil das System des demokratischen Konföderalismus aus einer falschen Richtung angegangen wurde, ist es als Separatismus verstanden worden. Wie bereits gesagt, es stützt sich auf das gleichberechtigte und freiwillige Zusammenleben der Gesellschaften. Die Kurdinnen und Kurden wollen nicht mehr nach dem alten starren Verleugnungs- und Vernichtungsregime von Lausanne leben. Wenn der türkische Staat mit ihnen zusammen leben will, muss er seine Haltung ändern. Er kann keine Gemeinschaft mehr mit Gewalt beherrschen. Wo auf der Welt werden heute noch Sprachen und Kulturen verboten? Wo auf der Welt werden heute noch Menschen verhaftet, weil sie sich kulturell betätigt haben? Aber in der Türkei gibt es das. Andere Länder folgen heute dem türkischen Beispiel, wie z. B. Iran und Syrien. Die herrschenden Staaten in Kurdistan müssen ihre in Lausanne entwickelte längst überholte Verleugnungs- und Vernichtungspolitik aufgeben. Sie hat dem kurdischen Volk viel Leid zugefügt. Es ist seit über achtzig Jahren

gezwungen, sich dagegen zu wehren, und musste einen äußerst hohen Preis zahlen. Aber auch die herrschenden Staaten haben mit dieser Politik nicht sehr viel gewinnen können. Kurdistan war stets ein Kriegsschauplatz. Daher muss dieser Fehler Churchills und Lord Curzons behoben werden. Das kurdische Volk und die Menschen auf der Welt sind nicht dazu verdammt, die Suppe auszulöffeln, die andere ihnen eingebrockt haben. Dieser Fehler muss korrigiert werden und er wird auch korrigiert. Die Staaten müssen diese Realität sehen. Das neue System der Kurden ist nun das des demokratischen Konföderalismus.

Was können Sie im Hinblick auf die anderen Teile Kurdistans, den syrischen, iranischen und irakischen Teil, sagen?

Das konföderale System ist ein Beziehungssystem bzw. eine demokratische Beziehungsgeflecht Die Kurden trachten auf dieser Grundlage nach einer Lösung ihrer Probleme innerhalb der Staatsgrenzen der Türkei, Irans und Syriens. Sie erstreben sowohl eine konföderale Beziehung zu den Völkern in dem jeweiligen Land, in dem sie leben, als auch zwischen den einzelnen Teilen Kurdistans. Das verheißt gleichzeitig ein neues Projekt, bei dem die konföderale Beziehung zwischen den Teilen Kurdistans zur Einheit des kurdischen Volkes, zur Einheit Kurdistans führt und die konföderale Beziehung der Kurden mit den anderen Völkern der einzelnen Teile Kurdistans zur konföderalen Beziehung der Völker des Mittleren Ostens. Es handelt sich also um kein einfaches Projekt, das ohne weiteres abzutun ist. Es ist auch nicht angebracht, sich diesem Projekt voller Angst anzunähern und dadurch eine Spaltung zu befürchten. Es ist eine neue Herangehensweise, die Kurden wollen nicht mehr mit den alten Beziehungsformen leben. Das Verständnis vom demokratischen Konföderalismus beinhaltet eine gleichberechtigte, freie Haltung. D. h. Gleichberechtigung zwischen den Völkern, zwischen den Geschlechtern sowie zwischen den Menschen und den anderen Lebewesen in der Natur. Das Prinzip lautet: gleichberechtigte, freiwillige Einheit.

Es ist eine neue Herangehensweise, die Kurden wollen nicht mehr mit den alten Beziehungsformen leben.

Kann es auch als ein Modell bewertet werden, das die historischen Widersprüche des Mittleren Ostens lösen wird?

Es ist ein Projekt, mit dem die Probleme der Völker in der Region gelöst werden können. Momentan scheint sich der Widerspruch zwischen den Arabern und Israel erneut zugespitzt zu haben. Der Krieg hat sich auf den Libanon ausgeweitet. Schon Morgen kann er auf Syrien übergreifen und zum Flächenbrand werden. Was steckt hinter diesem Konflikt? Nationalismus und religiöser Fanatismus. Unserer Meinung nach kann eine dauerhafte Lösung dafür durch das demokratische konföderale System erreicht werden. Die regionalen Probleme haben historisch begründete Wurzeln und sind dermaßen ineinander verwoben, dass sie heute ein wahres Problemgeflecht bilden. Sie lassen sich unmöglich dadurch lösen, dass eine Seite die gegnerische Seite zu vernichten sucht. Die Gewalt kann bei der Lösung dieser Probleme niemals eine Option sein. Genauso offensichtlich werden externe Rezepte nicht dazu beitragen. Vielmehr liegt die Lösung in der gegenseitigen Anerkennung der Religionen durch die Völker und somit ihrer gegenseitigen Beziehung auf der Grundlage des demokratischen Konföderalismus. Es ist eine Sichtweise, die nicht den Nationalismus, sondern die Entwicklung der demokratischen Nation und somit die konföderale Einheit zur Grundlage nimmt. Oft bekriegten sich in der Vergangenheit die deutsche und die englische Nation, die deutsche und die französische sowie die französische und die englische Nation. Es waren diese Völker, die in den vergangenen zweihundert Jahren am häufigsten gegeneinander kämpften. Aber heute haben sie sogar ihre Grenzen untereinander aufgehoben und eine gemeinsame Verfassung steht auf der Tagesordnung. Es ist offensichtlich, dass das auf dieser Grundlage gewachsene Konzept der Europäischen Union an Anziehungskraft gewinnt. Warum sollten das die Völker des Mittleren Ostens nicht ebenfalls schaffen? Sie können dem europäischen Modell ähnlich im Rahmen der demokratischen Konföderation ihre Union bilden, zumal sie vergleichsweise weniger Blut vergossen haben. Zudem verfügen sie über eine aus ihrer Geschichte resultierende konföderale Annährungsweise. Betrachtet man die historischen kulturellen Errungenschaften, wird deutlich, dass die Basis für das demokratische konföderale System im Mittleren Osten ausgeprägter ist. Daher sehen wir im System des demokratischen Konföderalismus die Grundformel für die Lösung der kurdischen Frage als auch für die Lösung der Probleme der Völker in der Region.

Wie sieht die gesellschaftliche Umsetzung aus? Die Haltung zum Staat, zur Zivilgesellschaft, was ist mit Kooperativen, Gewerkschaftsbewegung usw.?

Das System des demokratischen Konföderalismus oder der KKK stützt sich mehr auf den zivilgesellschaftlichen Bereich. Es beruht auf dem Prinzip der Nichtstaatlichkeit. Es handelt sich um ein Verständnis von Organisierung, das sich an der Zivilgesellschaft orientiert. Es geht nicht darum, die Zivilgesellschaft an die Macht zu bringen, sondern eine natürliche Autorität, die sich bei der Verwaltung der Gesellschaft selbst zu einer Kraft ausbildet. Die Reduzierung oder Auflösung des Staates, an seiner Stelle die Umwandlung der Zivilgesellschaft in eine natürliche Autorität auf dem Wege der Selbstverwaltung durch Räte. So kann das KKK-System gewissermaßen auch beschrieben werden.

Wie weit ist das System der KKK heute entwickelt?

Seit zwei Jahren laufen die Organisierungsarbeiten nach den entsprechenden Perspektiven und sind daher noch nicht ausreichend. Die *Bewegung der freien Bürger* hat ein positives Entwicklungsniveau erreicht. Auch wenn die Organisierungsarbeiten auf unterschiedlichen

Ebenen anhalten, so befinden sie sich doch noch auf dem Niveau einer Initiative. Wir können nicht behaupten, dass sie sich in den Kommunalverwaltungen in einem bestimmten Rahmen verankert hätten. Wir befinden uns sowohl als Gesellschaft als auch als System in der Entstehungsphase. Wir wissen, dass die Kräfte des internationalen Komplotts ihr Liquidierungskonzept gegen unsere Bewegung mit dem Ziel, uns zu spalten, den Erfolg des Projektes unseres Vorsitzenden zu brechen und es zu vernichten, in Gang gesetzt haben, unmittelbar nachdem unser Vorsitzender das Projekt auf die Tagesordnung gebracht hatte.

Insbesondere die Gründungsphase verlief schmerzhaft für Ihre Bewegung.

Tatsächlich erlebten wir im Zuge dieser Veränderungen im Jahre 2003 eine innere Zerreißprobe, als ob jemand ein Startsignal gegeben hätte. In dieser Situation gab es eine Vielzahl von Provokationen. Phasen des Wandels sind stets sehr empfindliche Situationen.



Freude über die ab dem 15. August erscheinende erste kurdischsprachige Tageszeitung „*Azadiya Welat*“ Foto: DIHA

Selbst die Sowjetunion hat einen Wandlungsprozess nicht ausgehalten und ist zerfallen. Viele Parteien wurden durch Verwerfungen in Veränderungsprozessen völlig zerschlagen. Das Gleiche hat man bei uns versucht. Wir verstehen erst jetzt, wie planmäßig und subtil diese Gruppe damals dabei vorging. Warum ist die Bewegung trotzdem nicht zerfallen? Weil sie auf einer Basis beruht, die stärker ist, als man annahm. Sie unterschätzten die von unserem Vorsitzenden in der Bevölkerung geschaffene Kultur. Sie dachten, er sei wie irgendein gewöhnlicher Kurdenführer. Er ist ohnehin in Gefangenschaft, so dachte man, und wenn ein paar Leute aus seinem Umfeld Verrat begehen, wird die Bewegung auseinander brechen. Aber er ist in Kurdistan viel fester verankert, als man vermutete. Die Kräfte, die dieses Konzept umgesetzt haben, sind meiner Meinung nach sehr oberflächlich an die Sache herangegangen. Sie haben die Bewegung nicht tiefgründig analysiert. Sie dachten daher, wenn zu der äußeren Bedrängnis und Isolation noch eine Rebellion von innen käme, würde ihnen alles in den Schoß fallen. Doch so war es nicht. Vielleicht haben wir einige Erschütterungen abbekommen, aber die Linie des Vorsitzenden hat, wie Sie wissen, nach dieser Phase in Kurdistan noch fester Fuß gefasst.

Sehen Sie diese Gefahren als überwunden an?

Heute ist die Linie des Vorsitzenden in Kurdistan besser verankert als zuvor. Die internationalen Mächte sehen das und sprechen es von Zeit zu Zeit auch aus. In den acht Jahren seit der illegalen Verschleppung hat diese Linie nicht an Rückhalt verloren, sondern im Gegenteil gewonnen. Ich will damit sagen, dass wir just zu dem Zeitpunkt, als wir zum KKK-System übergehen wollten, Opfer eines Anschlags wurden. Das war nicht so ein simpler Anschlag, er hat uns durchaus erschüttert. Drei Jahre lang haben wir uns mit dem Wandel abgemüht. Diese Zeit nennen wir auch die „Kongra-Gel-Phase“. Gleichzeitig gab es diese Provokation, die ich als Anschlag bezeichnet habe. Eigentlich gelingt es uns erst in diesem Jahr, eine

vernünftige Diskussion über das KKK-System zu führen. Wir können also noch nicht davon sprechen, dass das KKK-System bereits voll ausgereift wäre. Wir haben einige Initiativen unternommen. Ein Beispiel dafür ist die *Bewegung freier Bürger*. Es gab manche Diskussionen über kommunale Verwaltung, aber diese können wir noch nicht einmal als erste Schritte bezeichnen. Das KKK-System ist eine Demokratisierungsbewegung, die eine weit umfassendere Veränderung und Umgestaltung beansprucht. In ihm soll sich der Willen einer ganzen Gesellschaft ausdrücken. Dafür müssen wir noch kämpfen. Wichtig dabei ist, dass allen KaderInnen, allen PatriotInnen und der gesamten Bevölkerung klar ist, dass es bei der Entwicklung dieser neuen kurdischen Demokratie um die Herausbildung und Stärkung des Willens geht. Wir müssen in diesem Bewusstsein an der Organisierung des KKK-Systems arbeiten. Wenn wir nun beispielsweise die kurdische Gesellschaft in allen Dörfern als Kommunen organisieren, Stadtteilräte bilden und auf höherer Ebene zu Regionalräten zusammenführen, dann kann das niemand aufhalten, niemand zerstören.

Das ist eine gesellschaftliche Bewegung. Wie sollte man die zerschlagen?

Dann wird die Gesellschaft mit einer demokratisch-konföderalen Perspektive eine autarke Organisierung erfahren haben. Denn das demokratisch-konföderale System ist ein System, das auf eigener Kraft und Autarkie beruht. Wenn die kurdische Gesellschaft das mit Leben füllt, wird sie allseits erstarken. Dann wird sie zu einer Gesellschaft werden, die einen starken eigenen Willen besitzt. Unser Vorsitzender versucht ja, aus der kurdischen Gesellschaft, die völlig unterdrückt und aller Rechte beraubt ist, meist ignoriert und gelegentlich mit Tieren auf eine Stufe gestellt wird, ein Volk zu schaffen, das im Mittleren Osten eine Vorreiterrolle oder Brückenfunktion übernehmen kann, ein mutiges und kämpferisches Volk. Es geht also nicht nur darum, einen gesellschaftlichen Neuaufbau für sich selbst vorzunehmen, sondern um eine Verantwortung gegenüber der Menschheit.

Denn das demokratisch-konföderale System ist ein System, das auf eigener Kraft und Autarkie beruht.

Daher äußern manche, unser Vorsitzender entfremde sich vom Kurdentum. Das ist natürlich Unsinn. Ganz im Gegenteil, er geht mit seinem neuen Paradigma von einer Avantgardefunktion für die kurdische Gesellschaft aus. Wie sollte ihr andererseits eine primitiv-nationalistische Perspektive, die in sich selbst die anderen nicht sieht, nutzen? Ihr im Rahmen eines demokratischen Nationalbewusstseins eine Vorreiterrolle beizumessen, zeugt also eigentlich von einem hohen Maß an Patriotismus.

Insofern entsprechen derartige Anwürfe in keiner Weise der Realität. Unser Vorsitzender will heute in Kurdistan mithilfe einer demokratischen Nation und eines demokratisch-konföderalen Systems freie Kurdinnen und Kurden schaffen. Deren Vorreiterrolle im Kampf für Freiheit und Demokratie im Mittleren Osten rührt natürlich genau daher. Einige behaupten nun, eine Föderation sei etwas ganz Neues. Auch dabei geht es im Grunde um Autonomie. Letztlich ist auch eine Föderation eine Art von Abhängigkeit, eine Abhängigkeit von einem Zentralstaat. Vor allem ist eine Föderation ein Zusammenschluss von Staaten. Wir gehen davon aus, dass vollständige Freiheit und Demokratie dort, wo Staaten sind, nicht bestehen können. Dies ist eine neue Feststellung. Dies ist eine apoistische Feststellung. Solange sich die Menschheit nicht vom Staat befreit, kann sie keine wirkliche Freiheit und Demokratie erleben. Wenn wir wahre Freiheit und Demokratie entwickeln wollen, müssen wir dieses System überwinden, das einige Menschen diskriminiert und andere privilegiert. Der Staat ist eine privilegierende Institution. In einem Staat gibt es Bürokratie. Bürokratie privilegiert. Die Staatsführung wird zu einer privilegierten Gruppe und entwickelt sich durch Gebrauch ihrer Privilegien im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich zu einer separaten Klasse. Solange also der Staat existiert, kann es keine wahre Gleichheit und keine wahre Demokratie geben.

Sie stellen also neue Thesen auf über eine Struktur, die sich von einer Föderation und den klassischen Einheitsstaaten unterscheidet.

Wenn wir den Vergleich mit einer Föderation anstellen, so stellt eine Föderation zunächst einmal ein etatistisches Denken dar. Zweitens handelt es sich letztlich um eine Art einseitiger Abhängigkeit. Das konföderale System dagegen beruht auf gegenseitiger Abhängigkeit. Insofern verkörpert es eine zeitgemäße Linie der Freiheit und Unabhängigkeit, die libertärste und demokratischste Beziehungsform, die möglich ist. Es handelt sich um eine neue Art von Beziehung. Da aber heute die Nationalstaaten überwunden werden, weil klar geworden ist, dass sie den Gesellschaften und Nationen keinerlei Nutzen bringen, tritt an deren Stelle das gleichberechtigte Nebeneinanderleben von Nationen. In einer Föderation ist dies nicht der Fall. Eine Föderation beinhaltet letztlich eine Abhängigkeit von der zentralen Einheit. Es geht aber um eine gegenseitige Abhängigkeit auf gleicher Ebene, nicht um eine Abhängigkeit der einen Seite von der anderen. Es entsteht ohnehin auf der Ebene der Bedürfnisse, auf globaler Ebene ein System bestimmter gegenseitiger Abhängigkeiten der Nationen voneinander. Wenn man sich diese Tatsache vor Augen führt, dann stellt sich ein System, das von der gegenseitigen Abhängigkeit der Nationen ausgeht, als libertärstes und egalitärstes System dar. Das demokratisch-konföderale System ist ein ebensolches. Dessen Philosophie handelt also von gegenseitiger Abhängigkeit; das türkische Volk ist ebenso sehr vom kurdischen abhängig wie das kurdische vom türkischen. Die Araber sind ebenso an die Kurden gebunden wie die Kurden an die Araber. Wenn wir dies auf der Ebene der Individuen betrachten, dann ist der Mann ebenso an die Frau gebunden, wie die Frau an den Mann gebunden ist. Es geht um gegenseitige, gleichberechtigte Abhängigkeit. So, wie der Mensch von den Lebewesen in der Natur abhängig ist, so sind sie vom Menschen abhängig. Es besteht eine Beziehungsform, die auf harmonischen Gleichgewichten beruht. Wir

reden also von einem Modell, das sich insofern von einer Föderation so weit unterscheidet, dass man beide gar nicht auf einer Ebene untersuchen kann. Auch eine Föderation ist eine Form der Lösung. Aber es ist keine neue, keine, die eine Lösung für die Probleme der Menschheit darstellen könnte.

So ist beispielsweise eine Föderation in Südkurdistan besser, als wenn das kurdische Volk unter einer Fremdherrschaft stünde oder autonom wäre. Aber handelt es sich um eine Lösungsformel für ein freiwilliges, gleichberechtigtes Zusammenleben der Menschen? Nein, dafür reicht sie nicht aus. Die Lösung, die das leisten könnte, ist das demokratisch-konföderale System. Es ist uns noch nicht in ausreichendem Maße gelungen, unserer Gesellschaft das demokratisch-konföderale System begreiflich zu machen.

Wir befinden uns noch in der Phase des Verstehens. Dabei sagen wir nicht, wir wollen erst alles verstehen und es dann umsetzen. Wir denken, Begreifen und Umsetzung sollten gleichzeitig stattfinden. Daher ist es nötig, dass unser Volk und unsere Kader sowohl diskutieren als auch in dem Maße umsetzen, wie sie verstehen.

Manche Kreise betrachten das KKK-System als ein nicht realisierbares Projekt.

Manche bezeichnen den demokratischen Konföderalismus als illusionäre Utopie. Auch bei der Gründung der PKK haben gewisse Kreise von Illusionen gesprochen, dann aber in den 90er Jahren gesehen, dass es keineswegs Utopien waren. Genauso ist auch der demokratische Konföderalismus, der aus dem gleichen Denken herrührt wie die PKK, keine Illusion, sondern eine Realität. Außerdem sind wir als PKK keine Bewegung, die die Dinge nur auf der theoretischen Ebene betrachtet, sondern eine Bewegung, die sie in der Praxis lebt. Daher dürfen für uns die Dinge keine Utopien sein, sondern sich realisierende Utopien. Und also ist auch der demokratische Konföderalismus für uns eine Lebensweise, eine Beziehungsform. Wenn ich in dieser Weise leben will, muss ich heute anfangen, so zu leben.

Rolle und Funktion der neuen PKK in der KKK

Die PKK mit ihrer Ideologie und Philosophie ist die wichtigste Quelle dieses Systems.
Heute aber geht die PKK nicht länger von einem hierarchischen System und einer etatistischen Herrschaftslogik aus, sondern entwickelt ein organisatorisches Modell, das eine Alternative dazu darstellt. Daher ist die PKK nicht länger eine klassische, realsozialistische Avantgarde- oder Staatspartei. Die PKK ist der ideologische, philosophische Motor des Systems, die Triebkraft des gesellschaftlichen Wandels. Die PKK ist also kein Machtorgan. Sie verfolgt nicht das Ziel, Macht zu erringen. Stattdessen hat sie die Aufgabe, die Gesellschaft ideologisch, philosophisch und kulturell zu lenken, damit das System mit Leben gefüllt wird. Die PKK versucht, sich in der Gesellschaft zu verankern, zur Kultur zu werden und so in der Gesellschaft einen ideologischen Kristallisationspunkt, eine geistige und kulturelle Grundlage zu bilden. Das ist es, was die PKK heute tut.

Das ist eine Tatsache. Diejenigen, die den demokratischen Konföderalismus als Illusion bezeichnen, sind selbst marginale Strömungen und Bewegungen. Wir haben bereits angefangen, die Institutionen und Organisierungen zu schaffen, die im gesellschaftlichen Bereich dafür als notwendig betrachtet werden. Wir versuchen bereits, in Kurdistan den demokratischen Konföderalismus aufzubauen. Dadurch wird die kurdische Frage gelöst, die Menschen Kurdistans werden ihre Freiheit erlangen und sich demokratisieren. Das System wird im Mittleren Osten als alternative Perspektive nach und nach immer einflussreicher werden.

Das ist unser Anspruch.

Weitere Interpretationen …

Eine Föderation schürt den Nationalismus und den Chauvinismus zwischen den Menschen. Jeder geht davon aus, sich in seinem eigenen Staat abzukapseln.

Daher entwickelt sich kein Dialog zwischen den Völkern, sondern er reißt im Gegenteil ab. So hat sich beispielsweise in Südkurdistan die Trennung seit der Föderation weiter vertieft.

Auch bei uns gibt es Missverständnisse in Bezug auf das demokratisch-föderale System. Manche verstehen es als Beliebigkeit. Ein anderer Fehler ist, das demokratisch-konföderale System zu bejahen, sich aber gleichzeitig auf Neuerungen nicht einzulassen und auf dem Alten zu beharren. Es gibt auch Haltungen, die einen neuen Zentralismus erkennen lassen. Diese beklagen sich über Beliebigkeit und wünschen sich deshalb den alten Zentralismus zurück.

Auf der anderen Seite begreifen einige den demokratischen Konföderalismus als ein System der Beliebigkeit, in dem extremer Liberalismus herrscht und alle tun und lassen können, was immer ihnen beliebt. Beides ist falsch. Unsere Freunde fallen vom einen Extrem ins andere.

Sie schlittern vom extremen Zentralismus in die völlig unorganisierte Beliebigkeit, das ist gefährlich. Das demokratisch-konföderale System beruht auf einer Koordination der Rollen und Aufgaben. Sowohl anarchische Beliebigkeit als auch Etatismus sind fehl am Platz. Das demokratisch-konföderale System ist kein System ohne Disziplin, ohne Organisation.

Es bietet keinen Platz für Willkür. Einige begreifen es aber so. Wir müssen uns gleichzeitig dagegen verwahren und die Beziehungsformen des demokratisch-konföderalen Systems erschaffen. Wir müssen Formen schaffen, die das Individuum in Beziehung zur Gesellschaft, die Gesellschaft in Beziehung zur Organisation setzen. Das Prinzip lautet: demokratische Organisation, demokratische Gesellschaft, demokratisches Individuum.

Dafür ist eine komplette mentale Revolution notwendig, eine Revolution des Gewissens. Damit haben wir sowohl als Kader als auch als Volk Probleme. Trotzdem ist die apoistische Bewegung die Bewegung, die dieses System am besten umsetzen wird. Und das kurdische Volk als Erstes. ♦

Ein Guerilla aus den Bergen Kurdistans zum aktiven Verteidigungskampf der HPG

Wir sind diejenigen, die den Frieden fordern ...

Ein Brief von Kasim Engin Pazarcik

Es ist notwendig, einige Wahrheiten in der europäischen Öffentlichkeit offen zur Sprache zu bringen. Die europäische Kultur unterscheidet sich von der Kultur des Mittleren Ostens. Daher fassen wir unsere Beschlüsse auf der Grundlage unserer Eigenständigkeit. Zweifelsohne ziehen wir auch die Entwicklungen auf der Welt in Betracht, wenn wir als Intellektuelle und Revolutionäre uns mit den Ereignissen dieser Welt befassen.

Eines will ich vorab bekunden: Als jemand, der in Europa aufgewachsen ist, ist mir die europäische Mentalität nicht sehr fremd. Daher möchte ich als ein kurdischer Guerilla im Folgenden einige Gedanken mit der demokratischen europäischen Öffentlichkeit teilen, um zu versuchen, bestehende Fehlinterpretationen unserer Bewegung zu korrigieren.

Am 1. Juni 2004 hat die kurdische Befreiungsbewegung den bewaffneten Kampf aktiviert. Diese Phase des bewaffneten Kampfes unterscheidet sich von den vorherigen darin, dass sie sich auf die legitime Selbstverteidigung stützt und jede Form von Gewalt, die die Selbstverteidigung übersteigt, ablehnt.

Auch wenn die europäische Öffentlichkeit und demokratische Kreise den Beschluss der kurdischen Befreiungsbewegung zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes vielleicht aus ihrer Sicht begründet kritisieren, so denken wir dennoch, dass diese unhaltbare Kritik aus mangelndem Wissen oder starken Manipulationen heraus rühren könnte. Objektive Bewertungen können nicht unternommen werden, wenn keine ausreichenden Informationen vorhanden sind. Daher macht es Sinn, einiges über die Phase zu sagen, die zum Beschluss vom 1. Juni 2004 geführt hat.

Seit Beginn der 90er Jahre haben wir immer wieder Initiativen unternommen, um die kurdische Frage mit politischen Mitteln und auf dem politischen Weg zu lösen, anstatt mit dem bewaffneten Kampf. Vor allem der Lösungsweg, welcher sich in den 90er Jahren in Lateinamerika auf gegenseitige Anerkennung stützend entwickelt hatte, wirkte sich auch auf uns aus. Der Lösungsweg in El Salvador sowie die Lösungsformen in Südafrika und die sich ohnehin ändernde Weltlage haben uns beeinflusst und uns auf die Suche nach neuen Lösungswegen geführt. Aus diesem Grunde haben wir im Zeitraum von 1993–1998 dreimal einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Am 2. August 1999 haben wir trotz der Provokationen des türkischen Staates unsere Guerillakräfte in Nordkurdistan (türkischer Teil Kurdistans) hinter die Staatsgrenzen der Türkei zurückgezogen. Während dieses Rückzuges sind annähernd 400 FreundInnen gefallen und Dutzende gerieten als Gefangene in die Hände des türkischen Staates. Unser Verlust war in Kriegszeiten nie so hoch gewesen. Trotz dieser provozierenden, aufstachelnden Haltung haben wir am Rückzug festgehalten und ihn verwirklicht.

Die Bestrebungen unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan waren hierbei ausschlaggebend. Wenn es nach uns, der Guerilla, gegangen wäre, hätten wir den Rückzug nicht akzeptiert. Es gab Gruppen – wenn auch wenige –, die sich gegen diesen Beschluss gestellt haben und den bewaffneten Kampf fortführen wollten. Des Weiteren gab es einige wenige GenossInnen, die Selbstmord begangen haben, weil sie den Beschluss des Rückzuges nicht hinnehmen konnten. Viele GuerillakämpferInnen haben emotional schwierige Zeiten durchlebt. Sie hatten sich der Guerilla angeschlossen, weil sie für ein freies und unabhängiges Kurdistan waren. Wegen der starken Verbundenheit mit und dem Respekt zum Vorsitzenden Öcalan haben die meisten Öcalan Folge geleistet. Durch die Anerkennung des Projektes „für ein demokratisches, gemeinsames und freiwilliges Zusammenleben“ von Herrn Öcalan wurde ein wichtiger Mentalitätswandel auf dem Weg zur Gemeinsamkeit vollzogen.

Das Problem war durch den Rückzug nicht behoben. Um die Lösungsphase zu beschleunigen, die türkische demokratische Öffentlichkeit zu erreichen und die vorhandenen Verletztheiten und das gegenseitige Misstrauen zu beheben, wurden zwei unterschiedliche Friedensgruppen in die Türkei gesandt. Eine bewaffnete Guerillagruppe, die von den Bergen in die Türkei kam, und eine andere, die von Europa aus in die Türkei flog. Mit dem außerordentlichen Kongress Anfang 2000 wurde ein Strategiewechsel vollzogen, mit dem anstatt eines langjährigen Volkskampfes der politische, demokratische Weg angenommen wurde. Zudem wurde bis zum Beschluss vom 1. Juni 2004 keine einzige Kugel unkontrolliert abgeschossen. Unsere Guerillakräfte haben keine militärische Aktion vollzogen, sofern die türkischen Militäreinheiten nicht gegen sie vorgegangen sind. Die Guerilla wurde nur im Rahmen der Selbstverteidigung aktiv.

Es ist vielleicht notwendig, einige weitere Punkte zu unterstreichen. In dieser

Phase wurde sowohl dem türkischen Staat als auch den anderen Staaten in der Region die kurdische Frage auf der Grundlage demokratischer Methoden und Wege nahe gebracht. So wurde 2003 eine Roadmap für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage unsererseits sowohl an die Öffentlichkeit als auch an den türkischen Staat adressiert. Des Weiteren wurde ein sieben Punkte umfassendes Lösungsprojekt vorgelegt. Die Antwort auf diese Bestrebungen waren jedoch noch mehr Militäroperationen, noch mehr Repressionen gegen die legale kurdische Partei (DEHAP), „Morde unbekannter Täter" und verschärfte Isolation gegen den Anführer der kurdischen Bewegung, Abdullah Öcalan.

Noch merkwürdiger jedoch ist, dass die kurdische Bewegung genau in einer Zeit in die Liste der EU über terroristische Organisationen aufgenommen wurde, als sie versuchte, sich als Kongra-Gel zu organisieren. Merkwürdig ist, dass weder die PKK noch ihre Institutionen von der EU auf die Liste gesetzt wurden, als sie den bewaffneten Kampf führten, sondern genau in der Zeit, als sie den bewaffneten Kampf für eingestellt erklärten. Dieser Punkt ist meiner Meinung nach wichtig und zudem eine Angelegenheit, über das die Demokraten in Europa ernsthaft nachdenken sollten.

Das Wesentliche jedoch ist, dass trotz all der Reaktionen unseres Volkes und unserer Guerillakräfte Herr Öcalan an der politischen, demokratischen Phase festhielt.

Je selbstloser wir uns in dieser neuen Friedensphase einbrachten, bei jeder möglichen Gelegenheit nach Frieden, Geschwisterlichkeit und politischer Lösung gerufen haben, desto mehr wurde dies von den Regionalstaaten, allen voran der Türkei, als Schwäche interpretiert, und sie intensivierten ihre Angriffe gegen uns. Während einige Nachbarländer wie der Iran, Syrien, Irak und sogar Griechenland in der Phase des bewaffneten Kampfes uns entweder direkt oder indirekt unterstützten, entpuppten sie sich parallel zum Friedensprojekt fast als Feinde. Auch einige europäische Länder können in diesen Rahmen gestellt werden.

Nach diesen Ausführungen möchte ich nun auf den Beschluss und die Entschlossenheit vom 1. Juni 2004 eingehen. Trotz all der Friedensappelle, trotz all der Gesten des guten Willens, trotz all der demokratischen Schritte und unserer Nachsicht haben die Angriffe und die Geringschätzung durch die Türkei zugenommen. Der Grund ist die Spaltungsphobie der Türkei, welche aus ihrem schizophrenen Geisteszustand resultiert. Es war nicht möglich, angemessene und gesunde Beziehungen herzustellen.

Inwieweit können wir erdulden, dass unsere Freunde erbarmungslos mit Waffen ermordet wurden, während wir keine einzige Kugel abgefeuert haben?

Inwieweit können die grenzenlosen Angriffe gegen unser Volk hingenommen werden?

Inwieweit kann mit einem Regime gelebt werden, das nicht einmal die legale Politik erdulden kann?

In wieweit kann mit einer Mentalität gelebt werden, in der nicht einmal die Sprache eines Volkes erduldet wird, seine Kultur ausbeutet und assimiliert wird?

In wieweit kann ein Zusammenleben mit Personen möglich sein, die eine kranke und asoziale Mentalität haben, die dich nicht akzeptieren, sondern dir nur den Verrat und die Entwürdigung anbieten?

Kurzum: Wir haben nicht die Kraft, diese perversen Angriffe zu ertragen, während wir die legitime Selbstverteidigung zu unserer Grundlage gemacht haben. Unsere Verluste in den letzten zwei Jahren der aktiven Verteidigung sind wesentlich geringer im Vergleich zu den Zeiten, als wir den bewaffneten Kampf eingestellt hatten. D. h. unsere Verluste haben sich in der Kriegsphase verringert.

Nach alldem sollten die folgenden Fragen gewissenhaft beantwortet werden: Wer ist gegen den Frieden? Wer möchte nicht, dass der Krieg beendet wird? Wer verletzt die internationalen Abkommen?

Wollten die Europäer denn vermitteln und haben wir es abgelehnt? Waren internationale Gerichte aktiv und haben wir sie nicht anerkannt? Waren die Europäer denn ein Teil der Lösung und haben wir es verneint?

Nein! Wir haben nichts von alledem getan. Im Gegenteil, wir haben all das gefordert und wir werden auch in Zukunft diese Forderungen aufstellen.

Welches schmutzige Spiel wird angezettelt, in dem wir ständig verurteilt werden und wir als die Seite dargestellt werden, die den Krieg will? Es muss die Aufgabe jedes Demokraten und friedliebenden Menschen sein, diese Frage ernsthaft zu stellen und die Antwort darauf einzufordern. Wenn nicht, würde dies eine große Ungerechtigkeit bedeuten. Wir sind diejenigen, die den Frieden, eine dauerhafte Waffenruhe, einen beidseitigen Waffenstillstand und die Einhaltung internationaler Normen fordern, aber zugleich ohne ein Urteil vernichtet werden sollen. Ist das nicht ungerecht und gewissenlos?

Anstelle eines Schlusswortes:

Für uns ist der Beschluss zu aktivem Verteidigungskampf vom 1. Juni 2004 ein Vorstoß für unsere Existenz gegen die verleugnende, vernichtende und assimilierende Mentalität des türkischen Staates, ihr nahe stehender Regionalstaaten und einiger europäischer Länder, die eine Nähe zur Politik der Türkei haben. Es ist erfreulich zu bekunden, dass die Serhildans (Volksaufstände) des kurdischen Volkes sich erneut entwickeln, die faschistische Mentalität des türkischen Staates zerbröckelt und dass sich Schritte entwickeln, die zur Lösung der kurdischen Frage beitragen werden. Wir hätten uns natürlich gewünscht, dass die Lösung der Probleme sich auf der Grundlage des Schweigens der Waffen entwickelt und dass nicht nur von uns, sondern von allen Konfliktparteien die Einstellung der Kämpfe eingefordert wird.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal unterstreichen, dass die Guerilla immer für Lösungen aufgeschlossen ist.

Ich, der ich seit Jahren in den Bergen Kurdistans als Guerilla lebe, möchte alle Demokraten, alle friedliebenden Menschen mit der Wärme unseres Landes grüßen.

13. Juli 2006

Der Staat hat versucht, die offene Auseinandersetzung zu vermeiden

Kriegsdienstverweigung in der Türkei

Martin Dolzer interviewte Osman Murat Ülke

Seit wann gibt es in der Türkei Kriegsdienstverweigerer?

Die ersten zwei Kriegsdienstverweigerer gab es 1989/1990. Damals existierte in der hiesigen politischen Landschaft noch keine antimilitaristische Perspektive oder gar Organisation. Die beiden handelten aus antimilitaristisch-anarchistischer Überzeugung. Nach der Gründung des *Vereins der KriegsgegnerInnen* in Izmir Ende 1992 ist die Zahl der Verweigerer sehr langsam, aber stetig gestiegen. Inzwischen gibt es ca. 55 Männer und 12 Frauen, die den Kriegsdienst verweigern. Darüber hinaus flüchten viele Menschen vor dem Kriegsdienst ohne zu verweigern. Dazu gibt es jedoch keine genauen Zahlen und auch keine Möglichkeit sie zu ermitteln. Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Kriegsdienstflüchtlinge mittlerweile bei ca. 400 000 liegen müsste. Das Verteidigungsministerium erklärte bereits 1993, dass es 250 000 Kriegsdienstflüchtlinge registriert habe – diese detaillierte Angabe hat es aber im Nachhinein zutiefst bereut.

Aus welchen spezifischen Gründen verweigern Menschen in der Türkei den Kriegsdienst?

In den neunziger Jahren haben hauptsächlich Anarchisten verweigert, die ihre Entscheidung als prinzipielle Ablehnung von Militarismus, Krieg und Staat verstehen. Erst in den letzten Jahren spielt z. B. die spezifische Ablehnung des Krieges in Kurdistan eine Rolle. Dieser Krieg wurde von der „ersten Generation" genauso abgelehnt – die Kritik daran jedoch der Kritik an allen Kriegen, an der institutionalisierten Gewalt und am Militarismus untergeordnet. Die Frauen, die in den letzten drei Jahren verweigerten, artikulieren eine feministische Kritik am Militarismus, mit der auch die gesellschaftliche Militarisierung thematisiert werden soll. Diese Kritik ist auch gegen die Männerdominanz im oppositionellen Denken und Handeln gerichtet. Nun gibt es inzwischen vereinzelt Kriegsdienstverweigerer, die sich Zivildienst nach europäischem Vorbild vorstellen können. Mit Mehmet Tarhans Verweigerung sind die diskriminierenden Praktiken der Armee gegenüber Schwulen öffentlich geworden. Dadurch wurde die Diskussion zur Wechselwirkung von Patriarchat, Sexismus und Militarismus gestärkt. Den Kriegsdienst zu verweigern ist weiterhin illegal.

Wie wird seitens des Staates und Militärs mit den Verweigerern umgegangen? Welche Prozesse oder Strafmaßnahmen gab es innerhalb der letzten drei Jahre?

Der Staat hat bisher versucht die offene Auseinandersetzung zu vermeiden. Gestärkt wurde diese Strategie durch ein Medienembargo, das nur von vereinzelten JournalistInnen durchbrochen wurde. Mit meiner Inhaftierung wurde das Thema 1996 einer größeren Öffentlichkeit zugänglich. Die Armee hatte die folgenden Jahre des Widerstands, begleitet von lokaler und internationaler Solidarität, in dem Maße nicht erwartet. Nach meiner Entlassung 1999 haben Mehmet Bal 2002 und Halil Savda 2004 direkt in der Kaserne verweigert, wodurch den Militärs die Möglichkeit, der Konfrontation auszuweichen, verwehrt blieb. Mehmet Tarhan dagegen hatte 2001 verweigert und wurde von der Polizei 2005 in einem Hotel festgenommen und direkt dem Militär übergeben.

Ich hatte nach anfänglichen Schwierigkeiten durch einen Hungerstreik relative Stabilität und Mindestnormen erreicht, doch das permanente Hinundherreisen zwischen Kaserne, Militärgericht, Militärgefängnis und Zwischenstationen war natürlich belastend. Mehmet Bal hatte in einer kürzeren Phase mehr physische Misshandlungen zu durchstehen. Halil Savda war der einzige unter uns, der nicht in einen derartigen Kreislauf geriet und nach einem Monat Militärgefängnis wieder „frei" kam. Mehmet Tarhan hatte wahrscheinlich die schwierigste Zeit, weil die Gefängnisleitung seine Mitinsassen auf ihn hetzte und er schwer misshandelt wurde. Er hat zwei je einmonatige Hungerstreiks durchgeführt, um dem Schlimmsten zu entgehen. Der Prozess gegen die Gefängnisleitung und die Insassen wegen Folter und Misshandlung läuft immer noch. Wir alle sind zurzeit frei und gelten offiziell als Deserteure. Gemeinsam ist allen Verweigerern die Ungewissheit, wann und wie sie wieder legalisiert werden können.

Inwieweit ist eine öffentliche Diskussion zum Thema möglich?

Mit dem Urteil des *Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte* am 24. Januar dieses Jahres in meinem Fall[1] kam es zu einem Durchbruch gegen das Medienembargo. Drei Tage beherrschte das Thema die Nachrichten in allen Medien. Danach haben es unzählige Kolumnisten neben ehemaligen Generälen, Ministern, Oppositionsführern, dem Ministerpräsidenten und anderen diskutiert und kommentiert. Doch die juristischen Angriffe des Militärapparates haben nicht lange

auf sich warten lassen. Es wurden vielfach Klagen eingereicht gegen JournalistInnen wie Birgül Özbaris von der *Gündem*. Sie hat inzwischen sieben Prozesse gegen sich laufen, die alle im Zusammenhang mit Artikeln über Antimilitaristen stehen. Zuletzt wurde Perihan Magden angeklagt, eine sehr bekannte und beliebte Kolumnistin und Autorin aus dem Mainstream, die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als ein Menschenrecht bezeichnete und Mehmet Tarhan unterstützt hatte.

Gibt es eine Organisierung der Kriegsdienstverweigerer?

Leider hat der ISKD, der *Izmirer Verein der KriegsgegnerInnen*, nach ca. zehn Jahren Kampf und viel Aufbauarbeit seine Tätigkeit 2002 eingestellt. Die vergangenen Jahre waren mit Repressionen und einer ermüdenden Soli-Kampagne gefüllt, was zu einem kollektiven Burnout führte. Die *Istanbuler Antimilitaristische Initiative* (IAMI) hat in einer loseren Form die Arbeit fortgeführt und Menschen mobilisiert, sich dann aber aufgelöst. In den Städten Istanbul, Ankara und Izmir werden Soli-Komitees gegründet, sobald jemand, der verweigert, inhaftiert wird. Darüber hinaus gibt es die Website (www.savaskarsitlari.org) und einige E-mail-Foren, die von allen AntimilitaristInnen gemeinsam genutzt werden. In Istanbul wurde eine Kriegsdienstverweigerer-Kommission des IHD gegründet, die sowohl politische Arbeit als auch juristische Unterstützung organisiert.

Hintergründe

Um zu verstehen, warum Kriegsdienstverweigerung in der Türkei verboten ist und zurzeit auch diejenigen, die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung thematisieren, kriminalisiert werden, ist es sinnvoll, sich mit der Rolle des Militärs in der türkischen Gesellschaft auseinander zu setzen.

Das türkische Militär sieht sich selbst als Beschützer der Demokratie und der kemalistischen Ideologie. In diesem Zusammenhang dienten Militärputsche (1960, 1971, 1980) immer wieder dazu, Regierungen zu entmachten und den laizistischen Kurs Atatürks beizubehalten, linksoppositionelle Bewegungen zu unterdrücken sowie die Lage im Inneren des Landes nach militärischen Maßgaben zu regulieren.

Z. B. hatte vor dem zweiten Putsch 1971 eine erstarkende gesellschaftliche Linke Universitäts- und Fabrikbesetzungen organisiert. Das Militär und die US-Regierung, die befürchtete, einen geostrategisch wichtigen, „stabilen" NATO-Bündnispartner zu verlieren, entzogen demzufolge Ministerpräsident Demirel ihre Unterstützung. In der Folge kam es zu einer Repressionswelle samt Massenverhaftungen und Folter, vor allem gegen die linke Oppositionsbewegung.(2) Auch beim dritten Putsch 1980 wird davon ausgegangen, dass er unter Duldung und Mithilfe der Regierung der USA zustande kam. Hier setzten die Putschisten um General Evren die Verfassung außer Kraft und verhängten das Kriegsrecht. Aktivitäten aller Parteien und Gewerkschaften wurden verboten, militärische Operationen gegen die kurdische Bevölkerung ausgeweitet, eine repressive, in großen Teilen bis heute gültige Verfassung wurde ausgearbeitet. Im Jahr 1997 zwangen die Militärs darüber hinaus die Regierung von Necmettin Erbakan, RP (Refah Partisi/*Wohlfahrtspartei*), durch einen „kalten Putsch" (ohne Waffengewalt) zum Rücktritt.(3)

Bis heute besitzt der militärische Apparat der Türkei zwischen 30 und 50 % der Produktionsmittel und des Kapitals sowie viele der fruchtbarsten und rohstoffreichsten Landesteile.(4) Um die eigene Macht auch administrativ zu sichern, wurde 1961, nach dem ersten Putsch, der schon vorher inoffiziell existierende „*Nationale Sicherheitsrat*" (Milli Güvenlik Kurulu/MGK) gegründet, der bis heute, trotz seiner formellen Entmachtung im Rahmen einiger gesetzlicher Reformen zur Einhaltung des menschenrechtlichen Teils der Kopenhagener Kriterien, wesentlichen Einfluss auf die Regierungsarbeit ausübt.(5)

Der jeweilige Ministerpräsident kann faktisch kaum eine Entscheidung gegen den Willen der Generäle treffen, ohne das Risiko eines Putsches (s. o.) oder einer Ermordung einzugehen; Turgut Özal, der laut darüber nachdachte, kurdische Medien zu erlauben und eine Amnestie für die PKK-Guerillas zu gewähren, um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage herbeizuführen, wurde zwei Tage nach einer entsprechenden Ankündigung, am 17. April 1993, nach übereinstimmenden Einschätzungen ermordet. In diesem Zusammenhang rekrutiert sich der „tiefe Staat", der u. a. für über 7000 „Morde unbekannter" Täter im noch immer andauernden „schmutzigen Krieg" gegen die kurdische Bevölkerung verantwortlich ist, zu großen Teilen aus dem Militär und dessen Geheimdiensten – und hier zu nicht unerheblichen Teilen aus faschistischen Kreisen um die MHP und aus wechselnden politischen Eliten. Im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses bangt das, wesentlich auch von der Bundesrepublik über die Jahrzehnte – und auch noch heute – zur zweitgrößten NATO-Armee hochgerüstete, Militär um seinen gesellschaftlichen Einfluss. Die Generäle lehnen u. a. aus den beschriebenen machtpolitischen sowie aus nationalistischen und rassistischen Gründen jeden dialogischen Lösungsansatz für die kurdische Frage ab. Die AKP-Regierung unter Erdogan fügt sich spätestens seit dem Nationalismusschub nach Newroz im März 2005 dieser Hegemonie und forciert zusätzlich selbst eine kriegsorientierte Eskalationspolitik.

Der Zwangsmilitärdienst, durch den immer wieder kurdische Jugendliche und junge Erwachsene gezwungen werden, gegen ihre eigenen Verwandten und ihre Bevölkerung zu kämpfen, da sie bewusst bevorzugt in südöstlichen Regionen des Landes eingesetzt werden, ist Teil einer vom Militär und den oligarchischen Kräften seit der Staatsgründung forcierten Assimilierungspolitik gegenüber den KurdInnen. Um dieser perfiden Situation zu entgehen, bleibt den Betroffenen nur die Flucht, die kriminalisierte Kriegsdienstverweigerung oder der Weg zur Guerilla. ♦

Fußnoten:
(1) http: www.echr.coe.int/Eng/Press/2006/Jan/ChamberjudgmentÜlkevTurkey240106.htm
(2) Aslan, Fikret, Bozay, Kemal u. a., in: Graue Wölfe heulen wieder, 2. Auflage, Münster 2000, S. 56
(3) http://de.wikipedia.org/wiki/T%C3%BCrkei#Zusammensetzung_des_Milit.C3.A4rs
(4) http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2005/02/09.htm
(5) http://de.wikipedia.org/wiki/T%C3%BCrkei#Zusammensetzung_des_Milit.C3.A4rs

Enthüllungen aus der Hisbollkontra-Zeit

„Gestern kein Mord unbekannter Täter!“

Deniz Eroglu

Im Jahr 1994 lautete die Schlagzeile einer Ausgabe der lokalen Zeitung „Batman“: „In Batman wurde gestern kein Mord unbekannter Täter begangen.“ Der Journalist, von dem der Bericht stammte, wurde von der Zeitung „Cumhuriyet“ mit dem „Bülent-Dikmener-Journalismuspreis“ ausgezeichnet.

Es war eine Phase, in der die kurdische Nationalbewegung immer stärker wurde. Islamistische Gruppen wurden vom türkischen Spezialkriegsamt als paramilitärische Kräfte in Diyarbakir, Batman und den Nachbarstädten gegen patriotische Kurden eingesetzt. Sie wurden vom Staat mit Waffen ausgerüstet, in Zentren von Sondereinheiten und der JITEM [*damals verleugneter Gendarmerie-Geheimdienst*] sowie in Militärhauptquartieren ausgebildet. Von der Bevölkerung wurden sie als „Hisbolkontra“ bezeichnet. Vor allem in den Jahren 1991 bis 1993 haben sie als wahre Mordmaschinerie über 2000 Menschen ermordet.

Den Berichten des *Menschenrechtsvereins* IHD zufolge wurden im Zeitraum zwischen 1990 und 1999 annähernd 4000 „Morde unbekannter Täter“ begangen. Neu zugänglich gemachte Archive der türkischen Hisbollah/Hizbolkontra, auf deren Konto diese Morde gehen, belegen die Verbindung dieser Organisation zum türkischen Staat.

Die Hisbollah konnte in den 90er Jahren problemlos in militärischen Einheiten und Polizeidienststellen ein- und ausgehen. Sie erhielt vom Staat unbegrenzte Unterstützung. General Teoman Koman, der, sei es in seiner Zeit als Staatssekretär für den türkischen Geheimdienst MIT, sei es in seiner Zeit als Generalkommandant der Gendarmerie, die Verbindungen zwischen JITEM und Hisbollah stärkte, antwortete Journalisten, die ihn darauf ansprachen: „Welche Hisbollah? Einmal gibt es eine Hisbollah im Iran und einmal gibt es Staatsbürger mit starkem religiösem Glauben, welche sich vor den Angriffen der PKK schützen ...“

Tansu Ciller, Premierministerin von 1993–1996, erklärte während eines Interviews hierzu: „Im Jahr 1994, einer Zeit, in der der Antiterrorkampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, habe ich alles unterschrieben, was diesen Kampf unterstützen sollte. Ich würde es heute wieder machen.“ Der damalige Staatspräsident Süleyman Demirel kommentierte damals die Beziehung zwischen Hisbollah und Staat: „Der Staat kann die Routine manchmal beiseite lassen.“

Die vom türkischen Parlament eingesetzte Kommission zur Untersuchung der „Morde unbekannter Täter“ bietet in ihrem Abschlussbericht ein ausgezeichnetes Beispiel für die staatliche Unterstützung: „Der Polizeipräsident und der Vizegouverneur von Batman erklärten am 27. Juli 1993: Sie hätten gehört, dass sich in den Dörfern Seki, Gönüllü und Cicekli, welche zur Kreisstadt Gercüs gehören, Lager der Hisbollah befänden und dass diese von staatlichen Einheiten Unterstützung erhalten würden. In diesen Lagern würden Hisbollahmitglieder politisch und militärisch geschult werden. Sie hätten aufgrund dieser Informationen mit Zuständigen aus der Gendarmerie gesprochen, diese hätten daraufhin behauptet: ‚Diese Militanten stellen die Tatsachen ständig anders dar, deshalb haben wir unseren Kontakt zu ihnen abgebrochen.‘ Anschließend habe man an den Generalkommandorat der Gendarmerie geschrieben. In der Antwort habe gestanden, dass diese Behauptungen der Realität nicht entsprächen, es keine Hisbollahlager im genannten Gebiet gäbe und die Hisbollah im ländlichen Gebiet keine Aktivitäten verfolgen würde.“

Man muss an dieser Stelle unterstreichen, dass es sich bei den genannten Dörfern Seki, Cicekli und Gönüllü um die Heimatdörfer des Hisbollahführers Velioglu, des in Ankara geschnappten Rädelsführers Mahmut Demir und Isa Altsoys, von dem es heißt, er sei der neue Anführer der Organisation, handelt. Nicht zu vergessen, dass bei späteren Operationen in diesen Dörfern eine Reihe von Verstecken gefunden wurden.

Nachdem der Hisbollahführer Hüseyin Velioglu Anfang 2000 in Istanbul getötet worden war, wurde der Militante Emin Ekici erwischt. Bei seiner Anhörung gab er zu, dass Velioglu Kontakte zu Major Cem Ersever und Mahmut Yildirim (Deckname Yesil) gehabt habe. Bei Cem Ersever handelt es sich zugleich auch um den Gründer des JITEM, der innerhalb der kurdischen Bevölkerung als zweite staatliche Kontra-Guerilla-Einheit bezeichnet wurde.

Der ehemalige Gouverneur von Batman, Sarman, gab einmal zu: „Wir haben mit dem JITEM sehr gut zusammengearbeitet. Ich habe nicht verstanden, warum gesagt wird, er würde nicht existieren. Unserer Ansicht nach war es ein richtiges Modell.“ Sarman, der zu den mächtigsten Vollstreckern des schmutzigen Krieges gehörte und 1993 Gouverneur von Batman war,

führte außerdem aus: „Man hatte gesagt: ‚Beendet den Terror, egal wie.' Batman lag auf der Nachschubroute des Terrors. Wir erstellten ein Projekt und legten es der Premierministerin Ciller vor, ebenso dem Generalstab, dem Generalkommandorat der Gendarmerie und dem OHAL-Gouverneur [*der Ausnahmezustandsgebiete*]. Das Projekt wurde sofort genehmigt. Nach einiger Zeit kam von Ankara der Befehl ‚kümmert euch selbst um eure Bedürfnisse'. Wir kümmerten uns um den Waffenimport. Wir haben vier Posten Waffen aus China und Bulgarien besorgt. Die Waffen wurden mit Militärflugzeugen in die Türkei gebracht. Türkische militärische Flugzeuge sind wegen der Waffen zum ersten Mal nach Bulgarien geflogen. Ich wählte aus, wer von den Dorfschützern seinen Militärdienst als Angehöriger der Kommandoeinheiten leisten könnte. Aus denen haben wir kleine Einheiten gebildet. Auf diese Weise kannten wir das Gebiet innerhalb von vier Monaten in- und auswendig. In kurzer Zeit hatten wir ganz Batman gesäubert. Bei diesen Einheiten handelte es sich nicht um meine Privatarmee. Es waren die Einheiten des Staates. Man plante, sie auch in anderen Provinzen aufzubauen. Jede staatliche Einheit wusste Bescheid. Diejenigen, die uns zuvor applaudierten, kannten uns plötzlich nicht mehr."

Was hatten diese Einheiten, von denen Sarman erzählt, damals gemacht? Auch wenn er sich hierzu nicht detailliert äußert, ist die Wahrheit allgemein bekannt. Sarman hatte bei Treffen mit Dorfschützern und Clanchefs aus den kurdischen Städten eine Horde von Mördern zusammengestellt. Diese wurden dann mit Waffen ausgerüstet und zogen in ihren Uniformen in den Kampf. Batman war damals in der Türkei die Stadt mit der höchsten Rate an „Morden unbekannter Täter". Der kurdische Abgeordnete der DEP, Mehmet Sincar, der zur Untersuchung dieser Morde nach Batman kam, wurde kurze Zeit später selbst ermordet. Batman war einer der Hauptstützpunkte der Hisbollah. Die „tausend Operationen", die Mehmet Agar [*ehem. Innenminister und Parteivorsitzender der Partei des Rechten Weges DYP*] gern – sich selbst rühmend – erwähnt, wurden von dieser schmutzigen Kriegsbande ausgeführt. Nahezu 3000 Dörfer sind zerstört und anschließend angezündet worden. Hunderttausende mussten ihre Dörfer verlassen und aus ihrem eigenen Land flüchten. Zehntausende wurden gefoltert, Tausende sind aus politischen Gründen verhaftet worden.

Die Hisbollah geriet dem Staat um das Jahr 2000 außer Kontrolle. Sechs Jahre später ist ihr Archivmaterial teilweise öffentlich gemacht worden. Aus diesen Dokumenten geht eine klare Verbindung zwischen Hisbollah und Staat hervor.

Haydar Kaya, einer der Auftragsmörder der Organisation, schilderte bei seiner Aussage, dass er 1993 von Sondereinheiten für den Sicherheitsdienst geschult worden sei. Dabei seien 26 männliche und 4 weibliche Personen ausgebildet worden. Sämtliche Kosten seien vom JITEM übernommen worden. Kaya nannte außerdem die Namen einiger Teilnehmer an der gleichen Schulung: Medahi Akar (arbeitete 1995 bei der Toprak-Bank), Nurettin Siro (Deckname Namik) und Özcan Yamahan.

Ein weiteres Hisbollahmitglied, Recep Buttanri, sagte aus, dass eine Person namens Necdet Siro für den JITEM, außerdem ein Necdet Turan für den MIT gearbeitet habe. Aus anderen Dokumenten geht hervor, dass die Hisbollahmitglieder Zübeyir Özkartal und Necdet (der Nachname ist nicht bekannt) für den MIT gearbeitet haben und als Busfahrer zwischen Batman und Diyarbakir beschäftigt waren.

Es gibt noch unzählige Dokumente mit den Namen von Hisbollahkämpfern, die unter der Kontrolle und Teilnahme von Kontra-Einheiten des türkischen Staates Kurden getötet haben. Jedoch gibt es für den Staat keinerlei Bedarf und Veranlassung für eine juristische Verfolgung. Keiner der damaligen staatlichen Funktionäre ist aufgrund dieser Mordserie vor Gericht gelandet, geschweige denn bestraft worden. ♦



Die kurdischsprachige Tageszeitung *Azadiya Welat* weckt Interesse... Foto: DIHA

Hat der Denkmalschutz Einfluss auf die Rettung von Hasankeyf?

Kein Aus für Hasankeyf?

Michelle Sertuc, Diyarbakir/Toulouse

Hasankeyf steht unter Denkmalschutz. Das wird dem altehrwürdigen Ort, der 100 km östlich von Diyarbakir liegt, aber auch nicht helfen. Denn die Zukunft dieser Kleinstadt mitsamt all ihren kulturhistorisch wertvollen Monumenten ist längst besiegelt. Ihr droht der Untergang. Ganz im Sinne des Wortes. Ganz reell. Sie sollen nach dem Willen der türkischen Regierung in den aufgestauten Fluten des Tigris verschwinden. Mit Hasankeyf werden auch mindestens dreißig weitere geschichtsträchtige Stätten von der Landkarte gelöscht.

Versinken wird der Landstrich entlang des Tigris unter den aufgestauten Fluten dieses Stromes. Im Rahmen des *Südostanatolien-Entwicklungsprojektes* (GAP) des türkischen Staates wurden bereits am Euphrat zahlreiche Staudämme errichtet. Das Gleiche soll nun am Tigris geschehen. Der größte soll dort der Ilisu-Staudamm werden, der mehr als 10 Milliarden Kubikmeter Wasser fassen wird. Start für den offiziellen Baubeginn war Anfang August 2006. Es ist ein ehrgeiziges Staudammprojekt, durch das die Türkei zu einer regionalen Wassermacht aufsteigen will.

Dabei ist das Vorhaben höchst umstritten. Gerade in der Region zweifeln viele Menschen an dem Projekt. Doch von den Entscheidungsträgern in Ankara werden ihre Bedenken überhört: Ökologische, ökonomische und politische Gründe stoßen auf taube Ohren. Einen schweren Stand haben erst recht Denkmalpfleger und Archäologen, die den unwiederbringlichen Verlust bedeutender Kulturgüter beklagen. Dabei stellen Denkmäler – insbesondere wenn es sich um größere Gebilde wie historische Stadtanlagen handelt – eine nicht zu vernachlässigende Ressource dar.

Einfluss aber haben die Denkmalschützer in der Türkei kaum. Noch weniger Gehör finden sie, wenn es sich um eine Stätte aus dem kurdisch bewohnten Südosten der Türkei handelt. Auch fehlt ihnen einfach das Geld, um aufwändige Rettungsgrabungen durchführen zu können, wie Alpay Pasinli vom Kulturministerium beklagt.

Es ist nicht das erste Mal, dass in der Türkei bedeutende historische Stätten einem Großprojekt geopfert werden. Das Schicksal, das Hasankeyf nun droht, wiederfuhr bereits dem 2300 Jahre alten Zeugma.

Zeugma – versunkene Metropole am Euphrat

Zeugma, „die Brückenstadt“ bzw. „Stadt am Übergang“, ist eine hellenistische Stadtgründung an den Ufern des Euphrat, wenige Kilometer nördlich von Birecik gelegen. Hier ließ der Gründer der Stadt, Seleukos I. Nikator, im dritten Jahrhundert v. Chr. auch eine Brücke über den Strom bauen. Dieser Brücke verdankt die antike Stadt ihre Blüte: Sie entwickelte sich zu einem Verkehrsknotenpunkt und zu einer bedeutenden Handelsmetropole. Händler und Waren, die aus Mesopotamien oder noch weiter von Osten kamen bzw. dorthin verhandelt wurden, passierten Brücke und Stadt. Der Handel, aber auch das reiche agrarische Umland bildeten die Grundlage für den Wohlstand der Menschen in Zeugma.

Aktuelles zu Hasankeyf

Am 5. August wurde von Ministerpräsident Erdogan der Grundstein für den Ilisu-Staudamm gelegt. In Hasankeyf kamen 10 000 Menschen zusammen, um wiederholt gegen den Bau zu protestieren. Daran beteiligt waren zahlreiche Umweltschützer und die Bürgermeister mehrerer kurdischer Städte. Die Folgen eines solchen Projektes sind bekannt: die Vernichtung der Lebensräume der Bewohner des Gebiets, deren Vertreibung ohne Entschädigung, Umweltzerstörung durch Wasserverschmutzung und Überflutung sowie die Zerstörung der historischen Stadt Hasankeyf. Die Kritik an dem Projekt und die Proteste gegen den Bau wurden mit einem Aufmarsch von mehreren tausend Sicherheitskräften beantwortet.

Demnächst soll eine Delegation von Experten der beteiligten Kreditanstalten und Firmen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich in die Türkei fahren. Die endgültige Entscheidung für die deutsche Beteiligung durch die Kreditanstalt Euler Hermes und die Firma Züblin ist laut einer Pressemitteilung für den Herbst angesetzt.

Die Kampagnen gegen den Bau laufen weiter auf Hochtouren. Die aktuellen Kampagnen und Aktionen sind auf der „Stoppt den Ilisu-Staudamm“-Sonderseite der ISKU, Informationsstelle Kurdistan e.V., zu finden unter:

www.informationsstelle-kurdistan.de

Die Blüte der Stadt fällt in die römische Zeit. Damals sollen 60 000 Menschen in der Stadt gelebt haben. Ferner befand sich dort das Standlager der IV. römischen Legion mit ca. 5 000–6 000 Soldaten. Die konnten aber auch nicht verhindern, dass Zeugma 252 n. Chr. von den Sassaniden geplündert und niedergebrannt wurde. Ein zweites Mal wurde die Stadt später durch ein Erdbeben zerstört.

Die Ausgrabungen, die in den 1990er Jahren einsetzten, machten schnell klar, dass es sich um eine archäologische Stätte ersten Ranges handelte. Zahlreiche unversehrte Mosaikböden – zusammen über 1000 m² groß –, etliche Fresken und unzählige Artefakte versetzten die Archäologen ins Staunen. Umso bedauerlicher ist, dass vor der Überflutung nur ein kleiner Ausschnitt der Stadt untersucht werden konnte.

Während der Planungsphase und der Jahre des Baus des Staudamms fanden Zeugma und das kulturelle Erbe der Region bei den Entscheidungsträgern keine Beachtung. Und auch in der internationalen Fachwelt blieb eine Resonanz anfangs aus. Erst kurz vor der Überflutung sollte sich das ändern. Doch da war das Schicksal von Zeugma schon besiegelt.

Aufgrund der Funde und Befunde sprechen Experten von einem Pompeji an den Ufern des Euphrat. Leider ist der ehemalige Glanz der Stadt nur kurz einmal aufgeschienen, um dann gleich wieder in den Wassern des Euphrat zu versinken. Eine Erinnerung lassen zumindest die Fundstücke zu, die sich heute im Museum von Gaziantep befinden.

Gestern Zeugma, heute Hasankeyf

Nach Zeugma droht nun mit Hasankeyf eine weitere bedeutende historische Stätte durch ein Staudammprojekt zu verschwinden. Anders als bei Zeugma liegt die Blütezeit von Hasankeyf im Mittelalter. Zeitweise residierten hier die Herrschergeschlechter der Artukiden und Ayyubiden, die die Stadt mit repräsentativen Bauten ausgestalteten.

Wie auch in Zeugma setzten archäologische Untersuchungen erst relativ spät ein und können somit nur unter großem zeitlichen Druck durchgeführt werden. Auf keinen Fall soll durch aufwändige Rettungsgrabungen und archäologische Untersuchungen der Zeitplan für die Bauarbeiten am Damm verzögert werden. „Der archäologische Schutz darf der sozioökonomischen Entwicklung nicht im Weg stehen", so der Archäologe Numan Tuna, der für die Untersuchung des Ilisu-Gebietes zuständig ist. Er gibt damit die offizielle Haltung und die politischen Prioritäten wieder.

Im Wettlauf mit der Zeit stehen auch Prof. Olus Arik (Universität Çanakkale) und der Bauforscher Peter Irenäus Schneider, die mit Unterstützung der Abteilung Istanbul des *Deutschen Archäologischen Instituts* seit 2002 eine bauhistorische Untersuchung der mittelalterlichen Rizq-Moschee durchführen. Dabei werden nicht nur das 1409 errichtete Bauwerk selbst, sondern auch die unterhalb des Moscheekomplexes liegenden Höhlen untersucht. Man hofft, damit exemplarisch entscheidende Charakteristika der islamisch-mittelalterlichen Architektur Südostanatoliens und ihrer Quellen näher erforschen zu können. Schließlich wird dabei auch geprüft, ob das gesamte Monument aus Gebetshalle, Arkadenhof, Eingangsbau und Minarett abgetragen und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden soll.

Sollte es dazu kommen, würden aber immer noch zahlreiche andere Bauwerke und Kulturgüter Hasankeyfs in den Wassern des Tigris versinken. Ob der Staudamm den Menschen in der Region einmal eine bessere Zukunft bringen wird, muss sich zeigen. Auf jeden Fall wird ihnen ein bedeutender Teil ihrer Geschichte genommen. ♦

Michelle Sertuc ist eine renommierte französische Historikerin und Archäologin. Schwerpunkt ihrer Forschungen sind die Kulturen des Vorderen Orients und kulturelle Austauschbeziehungen in Antike und Mittelalter.

Postkartenaktion zur Rettung Hasankeyfs!
Ab September wird eine Postkartenaktion an die Bundesministerien, die für die Entscheidung über eine Exportkreditversicherung von Euler Hermes für den Ilisu-Staudamm zuständig sind, stattfinden.
Ohne Exportkreditversicherung aus Deutschland, Österreich oder der Schweiz wird der Bau des Ilisu-Staudamms wie schon 2001 erst einmal gestoppt werden.

Beteiligen auch Sie sich an der Aktion.

Die Postkarten können bei der *Informationsstelle Kurdistan* gegen Unkostenbeteiligung bestellt werden.



Konferenz der DÖKH zum Thema Prostitution in der Türkei

Was denken Sie über die Prostitution?

Interview mit Zehra Ipek, DÖKH

Am 8. und 9. Juli 2006 führte die *Demokratische Freie Frauenbewegung* DÖKH in der Türkei eine Konferenz zum Thema Prostitution durch. An der zweitägigen Veranstaltung nahmen Mitglieder verschiedener Frauenbewegungen sowie einzelne engagierte Frauen teil. Ein kurzes Interview mit Zehra Ipek, Mitglied der DÖKH, über die Ziele und Ergebnisse der Konferenz erschien in der Augustausgabe der kurdischen Frauenzeitung *NEWAYA JIN*. Die Fragen stellte Deniz Evar.



„Wie diskutieren wir, wie sehen wir sie, wie werden wir sie sehen?", so hieß das Motto der Konferenz der DÖKH in der Türkei Foto: DIHA

Welches Ziel hatte die Konferenz und was hat Sie dazu bewegt, genau zu diesem Thema zu konferieren?

Wir hatten im letzten Jahr auf unserer Konferenz in Batman eine Konferenz zum Thema Prostitution beschlossen. Die Vorbereitungen dauerten sechs Monate. Die Prostitution war zwar immer ein Thema, mit dem wir uns befassten, dennoch aber sehr wenig darüber wussten. Insbesondere die Fälle von Prostitution in den kurdischen Gebieten, welche durch die Nachrichten gingen, haben uns sehr beschäftigt und wir kamen zu der Schlussfolgerung, dass die Prostitution durch den Staat organisiert wird.

Welche Vorbereitungsarbeiten waren nötig?

In diesen sechs Monaten gab es zunächst eine Vorbereitungsphase, während der wir mit unterschiedlichen Frauenbewegungen im Gespräch waren, mit aktiven Frauen, die seit den 60er Jahren in verschiedenen Frauenbewegungen und Organisationen tätig sind. Wir wollten ihre Erfahrungen einfließen lassen. Wir mussten feststellen, dass auch sie das Thema der Prostitution bislang nicht sehr tiefgründig behandelt hatten. In den 80er Jahren hatten feministische Frauen aus dem linken Spektrum auf der Galata-Brücke gegen die Vergewaltigungen von Prostituierten sowie gegen die niedrige Bestrafung der Täter protestiert. Außerdem waren aus persönlichem Interesse Prostituierte interviewt worden. Leider waren ihre Erfahrungen auch nur darauf begrenzt.

Wir haben mit Sorgfalt sowohl die rechtlichen Grundlagen für die Prostitution als auch die entsprechende Nachrichtenlage recherchiert. Anschließend bildeten wir eine Arbeitsgruppe und entwarfen ein Dossier. Die Arbeitsgruppe befasste sich mit den historischen Hintergründen der Prostitution, in welcher Zeit sie sich entwickelt hatte, das Verhältnis von gesellschaftlicher Macht und Prostitution sowie den gesellschaftlichen Geschlechterrollen und Prostitution. Des Weiteren befasste sich die AG mit der Prostitution in der Türkei und in Kurdistan, mit den Problemen der Prostituierten und möglichen Lösungsvorschlägen.

Während unserer Arbeit sind wir auf zwei Fakten gestoßen: Es gibt zwei verschiedene Arten der Prostitution. Die erste umfasst den Prostitutionssektor, welcher durch staatliche Banden in den kurdischen Gebieten organisiert wird. Hier werden bewusst patriotische Kurdinnen in die Prostitution getrieben. Das Altersminimum liegt bei zwölf Jahren.

Die zweite Art betrifft Frauen, die aus wirtschaftlicher Not in die Prostitution gedrängt werden. Dieser Zweig trifft eher auf den Westen der Türkei zu. Unsere Untersuchungen ergaben



Auf der Konferenz Foto: DIHA

zudem, dass nicht nur Frauen aus wirtschaftlichen Gründen zu Prostituierten werden, sondern auch Transsexuelle, Kinder und Männer.

In der Türkei beläuft sich nach statistischen Angaben die Zahl der prostituierten Frauen auf hunderttausend. Die Dunkelziffer liegt wesentlich höher.

In der Türkei wird die Prostitution inoffiziell betrieben. Es ist die Rede von 56 Bordellen; in diesen sollen insgesamt dreitausend Frauen arbeiten. Außer in diesen Bordellen arbeiten Hunderttausende von Frauen entweder zu Hause oder in inoffiziellen Bordellen. Die Probleme dieser Frauen können nicht einfach ignoriert werden, man muss sie benennen. Wenn wir davon ausgehen, dass es in der Gesellschaft Betroffene gibt und diese eine eigene Definition von sich haben, sollte diese auch für uns gelten. Sie definieren sich als Sex-Arbeiterin oder Sex-Beschäftigte. Wir haben daher diesen Begriff übernommen. Diese Frauen sind die Betroffenen. Nachdem wir uns ein allgemeines Wissen angeeignet hatten, führten wir unsere Konferenz durch.

Eines der Ziele unserer Konferenz war es, unsere Sichtweise, d. h. der kurdischen Frauenbewegung, zum Thema Prostitution zu klären. Die Fragen, die wir uns stellten, waren: Wie sehen wir Frauen, die als Prostituierte arbeiten? Sehen wir uns als ihre Retterinnen? Verwandeln wir aus diesem Blickwinkel diese Frauen zu den „anderen“, den ausgegrenzten? Durch die Diskussion dieser Fragen haben wir unsere Sichtweise gebildet. In diesem Rahmen verliefen die Aussprachen am ersten Tag der Konferenz, so entstanden sehr wichtige Debatten.

Die Prostitution ist ein Sektor, der verurteilt werden muss, aber in diesem Bereich arbeiten Frauen. Ein Teil dieser Frauen nennt sich Sex-Arbeiterin, in der Gesellschaft werden sie als Hure, Schlampe, leichtes Mädchen usw. etikettiert. Wir betrachten diese Bezeichnungen als Schimpfwörter. Diese Frauen sind Betroffene, die sich als Sex-Arbeiterinnen bezeichnen. Wir haben uns ebenfalls auf diese Bezeichnung festgelegt.

Welche Beschlüsse haben Sie auf der Konferenz verabschiedet?

Alle Konferenzteilnehmerinnen waren sich einig, dass die Prostitution ein Resultat und zugleich ein Ausdruck der patriarchalen Gesellschaft ist. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, dass alle von der patriarchalen Gesellschaft geschaffenen Institutionen abzulehnen sind. Folglich haben wir beschlossen, den Teil, welcher die Frauen zur Prostitution zwingt, abzulehnen und dagegen anzukämpfen.

Weiter haben wir beschlossen, den Staat zu entlarven, der die Prostitution in kurdischen Gebieten organisiert und fördert.

In unserer bisherigen Arbeit haben wir Frauen gesehen, die aufgrund der Vergewaltigung durch Dorfschützer, Polizisten und dem Staat nahe stehende Personen ihrer Jungfräulichkeit beraubt wurden und gezwungen waren, losgerissen von ihrer Umgebung und Familie, als Prostituierte zu arbeiten. Deshalb beschlossen wir, die staatliche Politik sowie ihre Institutionen anzuprangern und gegen sie anzukämpfen. Wir haben weiter entschieden, zum einen die Orte, an denen Prostitution betrieben wird, ausfindig zu machen, zum anderen Aufklärungsarbeit zu leisten für Frauen, die als Prostituierte arbeiten, und Frauen, die aufhören wollen, dabei zu unterstützen.

Solange Männer Prostitution in Anspruch nehmen, werden Frauen als Prostituierte arbeiten. Sowohl in der Türkei als auch in vielen anderen Teilen der Welt werden nur Frauen bestraft, wenn sie bei der Prostitution erwischt werden, der Mann kommt ohne Strafe davon. Vor diesem Hintergrund haben wir beschlossen, bei unserer Arbeit im Rahmen des Projektes zur Veränderung des Mannes als Teil der Frauenbefreiungsideologie Annäherungsweisen zu entwickeln, die den Mann am Konsum der Prostitution hindern sollen.

Außerdem beschlossen wir auf unserer Konferenz, mit unterschiedlichen Frauenbewegungen aus dem linken Spektrum, mit Feministinnen, Erwerbstätigen und unabhängigen Frauen einen gemeinsamen Kampf gegen die Prostitution zu führen. ♦

An die Presse und die Öffentlichkeit

Seit einiger Zeit versucht die *Demokratische Freie Frauenbewegung* DÖKH sich mit der Problematik der Prostitution auseinander zu setzen sowie Lösungsansätze zu erarbeiten. In diesem Rahmen hat sie am 8. und 9. Juli 2006 eine Konferenz durchgeführt unter dem Motto „Wie diskutieren wir, wie sehen wir sie, wie werden wir sie sehen?“. Im Zusammenhang mit dieser Konferenz zur Thematisierung der Prostitution übten wir zunächst einmal Selbstkritik im Hinblick auf unsere bisherige Herangehensweise an diese Problematik.

Prostituierte, von der Gesellschaft ausgeschlossen, waren bislang auch in der Demokratie- und Freiheitsbewegung kein Thema. Im Gegenteil, aufgrund der innerhalb der demokratischen Opposition fest verankerten Männerdominanz wird dieser private Bereich von der Politik getrennt und darauf bezogene politische Initiative auf verschiedenste Weise verhindert – aus einer ambivalenten Haltung heraus gegenüber den im Sex-Sektor ausgebeuteten Frauen. Die Frage der Prostitution wird im Rahmen der traditionellen Moral bewertet, was zu großen Widersprüchen führt.

Der türkischen und kurdischen Frauenbefreiungsbewegung ist es trotz der zwanzigjährigen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht gelungen, die herrschenden gesellschaftlichen Strukturen zu überwinden. Somit schaffte es die Problematik der Prostitution außer in Einzelfällen nicht auf unsere Tagesordnung und die in diesem Sektor ausgebeuteten Frauen wurden nicht zu Subjekten der Frauenbefreiungsbewegung.

In der Türkei werden Hunderttausende Frauen im Sex-Sektor unterdrückt und ausgebeutet.

Als Resultat der in der Familie und anderen gesellschaftlichen Institutionen erzeugten sexistischen Rollen wird die Prostitution angeregt. Auf der anderen Seite werden die Betroffenen ausgestoßen, als minderwertig angesehen und gedemütigt.

In den immer mehr von der Kriegssituation betroffenen Gebieten wird die Prostitution, u. a. durch die militaristische Annäherungsweise an die Frau, provoziert und somit die gesamte Gesellschaft bedroht. Durch Polizei, Dorfschützer und Banden wird die Prostitution in den kurdischen Gebieten bewusst gefördert, organisiert, ja sogar durch diese Gruppen selber betrieben. In erster Linie sind kurdische Frauen Ziel sowie Opfer der Prostitution. Die kurdische Gesellschaft soll dabei von ihrem Bestreben nach Freiheit abgebracht werden.

Aus den Diskussionen entstand der Konsens, die Problematik der Prostitution als vorrangigen Tagesordnungspunkt der Frauenbefreiungsbewegung zu erklären. Verschiedene Erfahrungen haben gezeigt, dass auch ein Verbot der Prostitution keine Lösung darstellt. Daher ist die Abschaffung der Prostitution ein dringendes und notwendiges Ziel der Frauenbefreiungsbewegung und einer ihrer wichtigsten Arbeitsbereiche.

Daher ist die Abschaffung der Prostitution ein dringendes und notwendiges Ziel der Frauenbefreiungsbewegung.

Die Abschaffung der Prostitution ist mit der Abschaffung des Patriarchats möglich.

Die *Demokratische Freie Frauenbewegung* wird sich dafür einsetzen, und dafür, dass die klassischen und tief verankerten Geschlechterrollen sowie Moralvorstellungen in der Familie und ähnlichen gesellschaftlichen Institutionen überwunden werden, dass außerdem eine Art freier Beziehungen und ein freies Leben auf der Grundlage einer freien Frau und eines freien Mannes geschaffen werden. Der Kampf der Frauen für das Erreichen dieser Ziele wird immer andauern.

Im Anschluss an die zweitägige Konferenz fassten wir, die *Demokratische Freie Frauenbewegung*, folgende Beschlüsse:

- Sicherheit und Gesundheit sowie soziale und wirtschaftliche Absicherung für Frauen aus dem Sex-Sektor, die Opfer von Unterdrückung und Ausbeutung sind, werden Aufgaben der *Demokratischen Freien Frauenbewegung* sein, denn diese führt den Kampf für eine gesellschaftliche Umwälzung.

- Wie in anderen Lebensbereichen sind auch im Prostitutionssektor Frauen das Ziel und werden bestraft. Wir als *Demokratische Freie Frauenbewegung* zielen wiederum zuerst auf die Männer ab als die Förderer und Konsumenten dieses Bereichs.

- Wir beschlossen außerdem, Männer, die Teil der demokratischen Opposition sind, aber gleichzeitig als Förderer und Konsumenten des Prostitutionssektors agieren, öffentlich anzuprangern.

Für die Organisierung sowie Umsetzung der Beschlüsse dieser Konferenz werden im Rahmen der *Demokratischen Freien Frauenbewegung* verschiedene Komitees gegründet werden. ♦

Demokratische Freie Frauenbewegung, DÖKH



Protest der Frauenplattform gegen Militäroperationen — Foto: DIHA

Wir wollen, dass die Amerikanisierung Israels aufhört

Ein sofortiger Waffenstillstand ist vonnöten

Interview mit Einat Podjarny, Taayush und AATW

Einat Podjarny ist Aktivistin in zwei Basisgruppen, die beide zusammenarbeiten. Einerseits ist sie Mitglied in *Taayush* (arabisch: Zusammenleben). Diese Gruppe wurde nach dem Beginn der zweiten Intifada gegründet und arbeitet für die arabisch-jüdische Partnerschaft. Es gibt jüdische und palästinensische Mitglieder. Die Gruppe arbeitet auch in den palästinensischen Autonomiegebieten.
Die andere Gruppe, *Anarchisten gegen die Mauer* (AATW), wurde vor etwas mehr als zwei Jahren gegründet, als der Kampf der palästinensischen Bevölkerung gegen die Mauer begann. In dieser Gruppe sind eher jüngere Leute und sie ist vor allem auf direkte Aktionen ausgerichtet.
Die Fragen stellte Susanne Gierstein.

Was macht Ihr gegen den Krieg im Libanon? Könnt Ihr in der Öffentlichkeit demonstrieren?

Beide Gruppen gehören zur „Koalition gegen den Krieg", das ist auch eine Initiative dieser beiden Gruppen. Es handelt sich um eine Koalition von Friedensbewegungen, die traditionell zu diesen Themen arbeiten. Zu den Mitgliedern gehören auch *Hadash*, eine Partei mit arabischen und jüdischen Mitgliedern [*Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung*], und *Balad*, die vor allem arabische Mitglieder hat [*Nationales demokratisches Bündnis*]. Wir wollen die Koalition erweitern und sind offen für neue Gruppen.

Wir haben am zweiten Tag des Krieges mit unseren Protesten begonnen. An Demonstrationen in Tel Aviv nahmen mehrere Tausend Menschen teil.

Aber neben diesen spektakulären Aktionen gibt es viele kleine Protestaktionen, im ganzen Land. Wir haben als Anarchisten zum Beispiel eine direkte Aktion gemacht, indem wir eine Straße zu einem Luftwaffenstützpunkt im Norden des Landes blockiert haben, um zu zeigen, dass Israel Kriegsverbrechen begeht.

Wir meinen, dass es die Pflicht jedes Bürgers ist, gegen den Krieg zu protestieren, auf jede mögliche Art. Wir hatten uns für den Luftwaffenstützpunkt entschieden, weil die Luftwaffe Kriegsverbrechen begeht und die Stützpunkte sich in Israel befinden.

Bei dieser Aktion wurden elf Aktivisten verhaftet, alle sind jetzt wieder frei. Wir wissen nicht, ob es zu Verfahren kommen wird, aber wir erwarten es.

Taayush nimmt ebenfalls an den Demonstrationen teil. Wir versuchen Solidaritätsaktionen mit den Einwohnern im Norden zu entwickeln, die wir als Geiseln der israelischen Politik sehen.

Wie sind die Reaktionen in der israelischen und palästinensischen Öffentlichkeit? Berichtet die Presse?

Die Medien hier unterstützen voll die Politik der israelischen Regierung und dämonisieren jede Art von Widerstand. Der effektivste Weg ist, alle Protestierenden als Unterstützer der Hisbollah zu bezeichnen, was wir nicht sind. Aber es wird über unsere Aktionen berichtet.

Wir stehen nicht hinter der Regierung, und wir denken, dass der gegenwärtige Krieg ein geplanter Angriff war und dass er in amerikanischem Interesse ausgeführt wurde.

Sehr offensichtlich ist die empörende Art und Weise, mit der die Regierung die Einwohner im Norden auf dem Gebiet der Zivilverteidigung behandelt. Die Regierung hat die eigenen Leute nicht unterstützt. Zum Beispiel wurde das Alarmsystem privatisiert, das heißt, dass die Menschen für den Alarm in der Fabrik zahlen müssen. In den arabischen Dörfern gibt es keinen Alarm. Dann gibt es viele Leute, die auf Zeitarbeitsbasis bei den Fabriken angestellt sind, und sie bekommen keine Entschädigung, wenn sie wegen eines Alarms nicht zur Arbeit kommen können. Die Fürsorgeeinrichtungen funktionieren nicht, es gibt für ältere Leute keine Unterstützung beim Verlassen ihrer Wohnung und die öffentlichen Schutzräume waren in einem schrecklichen Zustand.

In den Medien werden diese Versäumnisse der Regierung kritisiert, das ist für Kriegszeiten sehr ungewöhnlich.

Wir versuchen die Kritik zusammenzuführen, da auf beiden Seiten Zivilisten leiden und ein Interesse haben, dass der Krieg endet. Wir wollen, dass die Amerikanisierung Israels auf politischem und sozialem Gebiet aufhört.

Unser Hauptkritikpunkt ist die fortgesetzte Politik Israels der einseitigen Handlungen und des Ignorierens politischer Partner und anderer politischer Kräfte im Nahen Osten. Dass die Verhandlungen mit Syrien und in Gaza und

in der Westbank abgebrochen werden sowie die Wahl der bewaffneten Option.

Wir sagen, dass ohne Verhandlungen und ohne ein beidseitiges Abkommen niemals Sicherheit erreicht werden kann. Die trennende Mauer wurde als Sicherheitsmaßnahme präsentiert, aber das ganze Projekt hat mit der Erweiterung der Siedlungen zu tun und nimmt palästinensischen Menschen das Land und verbessert die Sicherheitslage definitiv nicht.

Mauern sind keine Lösung für jedes Sicherheitsproblem ohne Verhandlungen. Ohne ein Abkommen, das von beiden Seiten akzeptiert wird, wird es keine Sicherheit geben.

Ein anderer Aspekt unseres Protestes ist, dass Israel Kriegsverbrechen begeht, und dass dieser Krieg ein weiterer imperialistischer Krieg in amerikanischem Interesse ist und nichts mit den Interessen Israels zu tun hat.

Wie sind die Reaktionen der Menschen auf Eure Demonstrationen?

Es gibt normalerweise eine Gegendemonstration rechter Kräfte, die sind relativ spontan organisiert. Es gab ein paar Auseinandersetzungen in der Vergangenheit, aber nicht so viele.

Die häufigste Reaktion ist, dass wir Verräter genannt werden, da wir als antizionistische Bewegung bekannt sind, und wenn Krieg ist, sind die Leute immer sehr patriotisch. Wir stehen total außerhalb des Konsenses der israelischen Bevölkerung.

Aber jetzt gibt es eine öffentliche Diskussion, die sich gegen die Regierung richtet, aufgrund der sozialen Fragen, die ich oben angesprochen habe, und weil es mehr israelische Opfer gibt. Die Menschen sind offener für das Argument, dass der Preis für den Krieg sehr hoch ist.

Bekommt Ihr internationale Unterstützung von anderen Gruppen?

Wir haben Unterstützung von Gruppen weltweit bekommen. Die war nicht sehr konkret, mehr symbolisch, wir haben Grüße erhalten und es gab Demonstrationen in anderen Ländern. Es ist wichtig zu wissen, dass wir viele kleine direkte Aktionen machen, um die öffentliche Debatte anzuregen.

Was würdest Du als Weg zu einer friedlichen Lösung vorschlagen, und wo siehst Du dafür Verbündete?

Wie ich schon gesagt habe, denken wir, dass es ohne Verhandlungen auf der Basis von Gleichheit, Freiheit und Respekt keinen Frieden und keine Sicherheit in dieser Region geben wird. Vor dem Beginn von Verhandlungen ist ein sofortiger Waffenstillstand vonnöten.

Liebe Einat, wir senden Dir unsere herzlichen Grüße und wünschen Dir Erfolg für Eure Aktionen. Danke, dass Du Dir die Zeit für dieses Interview genommen hast.



Fotoausstellung des IHD in Istanbul gegen den Krieg in Libanon/Israel Fotos: DIHA

Baglama: Die Stimme Mesopotamiens und Anatoliens

Ali Güler

Mit dieser Ausgabe beginnend wollen wir Ihnen Musikinstrumente vorstellen, die in Mesopotamien und in Anatolien weit verbreitet sind. Baglama, Erbane, Geige, Kaval, Davul, Zurna u. v. a. dienen seit langem Tausenden von Künstler/innen als Musikinstrumente. Wir werden die Geschichte und Eigenschaften dieser Instrumente, die alle unterschiedliche Beschaffenheiten aufweisen und deren Klänge die Musikwelt auf ihre Weise bereichern, für Sie recherchieren.

Ich möchte diese Serie mit der Baglama, auch als Saz bekannt, beginnen. Baglama bedeutet „gebunden" und leitet sich von den beweglichen Bünden auf dem Hals ab.

Die Baglama ist eine unverzichtbare Langhalslaute mit Bünden, das populärste Saiteninstrument für die Musik in Mesopotamien und Anatolien. Baglama bezeichnet eine Musikinstrumentenfamilie, die unterschiedliche Instrumente umfasst. Je nach Region und Ausführung ist sie unter den Namen Baglama, Divan Sazi, Bozuk, Cögür, Kopuz Irizva, Cura oder Tambura bekannt. Das kleinste Instrument mit dem höchsten Ton der Baglama-Familie ist die Cura. Eine Oktave tiefer und ein wenig größer ist die Tambura. Die Divan Saz ist das größte und in der Tonlage tiefste Instrument der Baglama-Familie. Die konkrete Geschichte der Baglama, die als Erstesin Mesopotamien und Anatolien aufgetreten ist, kann zwar nicht genau festgemacht werden, aber sie reicht bis 1800 zurück.

Die Baglama ist beeinflusst von Topuz, Ud und Pandomin und besteht aus drei Hauptteilen: Trog (türk.: Tekne), Gehäuse (Gögüs) und Griffhals (Sap).

Der Trogbereich wird meist aus Maulbeerbaumholz hergestellt. Kastanienbaum, Walnussbaum und Buche werden ebenfalls zur Herstellung des Trogbereichs verwendet. Der Gehäusebereich wird aus Fichte, der Griff aus Buche oder Wacholder gefertigt. Zum Ende des Griffs sind Burgus (Bohnen, Korken) angebracht, an denen die Saiten befestigt sind und mit denen man den Ton der Baglama stimmt.

Die Baglama wird mit einem Schlagring gespielt, der aus Kirschbaumrinde oder aus Plastik hergestellt wird. In manchen Regionen wird die Baglama auch mit den Fingern geschlagen, diese Spielart wird Selpe genannt und gilt als ein Zeichen von Professionalität.

Baglama: Das grenzüberschreitende Musikinstrument

Wenn ein Instrument die Volksmusik der Region darstellen sollte, wäre es die Baglama. Kaum gibt es eine Region, ein Dorf und ein Haus, in dem dieses Instrument nicht vorzufinden ist. Einen bedeutenden Platz nimmt die Baglama im Alevitentum ein. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil des religiösen Rituals (Cem), in dem unter Verwendung der Baglama Gedichte (Deyis) vorgetragen oder gesungen werden und der Semah getanzt wird. Nahezu jeder alevitische Geistliche spielt Baglama.

Mesopotamien und Anatolien haben eine Reihe großartiger Dichter, Mystiker und Philosophen wie Haci Bektas Veli, Mewlana, Pir Sultan Abdal, Yunus Emre usw. hervorgebracht. Sie reisten durch das ganze Land, leisteten Menschen seelischen Beistand und verbreiteten ihre Weltanschauung. Zum Spiel der Saz sangen, dichteten und predigten sie über Gottes-, Natur- und Menschenliebe, Toleranz und Weisheit.

Ursprünglich war die Baglama ein Volksinstrument zur Begleitung einstimmiger Lieder. In den vergangenen fünfzig Jahren jedoch entstand eine neue Form von Kunstmusik mit ausdrucksvollen Improvisationen, modernem Virtuosentum und einer Vielzahl neuer Spieltechniken. Des Weiteren gibt es natürlich auch die elektrische Saz, im Allgemeinen in zwei Ausführungen: 1. die klassische Form (Birnenform) und 2. der E-Gitarren-Look.

Der Baglama-Familie gehören folgende Saz-Instrumente an: 1. Meydan Sazi, 2. Divan Sazi, 3. Cögür, 4. Baglama, 5. Bozuk, 6. Asik Sazi, 7. Kara düzen Tambura, 8. Cura Baglama, 9. Bulgari, 10. Irizva Baglama Curasi, 11. Tambura Curasi.

Auf der Baglama befinden sich zwei oder drei Hauptsaitengruppen zur Klangerzeugung. Die unteren Saiten geben die La-, die mittleren Saiten die Re- und die oberen Saiten die Mi-Töne an.

Die zwei geläufigsten Arten zur Stimmung des Instruments sind: D–G–A (baglama düzeni) und A–D–G (kara düzen). Letztere wird meistens bei Instrumenten mit einem längeren Hals verwendet. In der Regel hat das Instrument 6 bis 7 Saiten, die zu drei Bündeln zusammengefasst sind (seltener 4 Bündel bei der so genannten „4telli", was übersetzt „4-Saitige" bedeutet und eigentlich aber 4 Bündel mit je 2 Saiten darstellt). Das obere Bündel hat 2 Saiten, das mittlere auch, und das untere kann 2 oder 3 Saiten haben. Im oberen und im unteren Bündel gibt es je eine Bass-Saite, die dicker ist als die anderen.

Als nächstes werde ich Ihnen den Erbane vorstellen. ♦

Das Anliegen des Buches ist der Humanismus

„Traum aus Stein und Federn“

Buchbesprechung von Elmar Millich

Wenn man auf einem Buch im Laden das Etikett „Bestseller“ aufgeklebt findet, ist normalerweise Vorsicht angesagt, besonders bei historischen Romanen. Bei dem Roman „Traum aus Stein und Federn“ von Louis de Bernières erweist sich diese Angst auf den ersten Blick als unbegründet. In der Tradition von Tolstois „Krieg und Frieden“ bindet Bernières die Schicksale der Einwohner des Örtchens Eskibahce ein in den welthistorischen Zusammenhang, der zum Ende des Osmanischen Reiches und zur Gründung der modernen Türkei führte.

Eskibahce ist zu Anfang des letzten Jahrhunderts ein Multikulti-Idyll. Türken leben zusammen mit Christen griechischer Herkunft, die bis auf wenige Ausnahmen nur noch die türkische Sprache beherrschen. Muslime beanspruchen schon mal die Jungfrau Maria für die Erfüllung ihrer Wünsche und auch überkonfessionelle Heiraten sind kein Problem, wenn die Frau zum Glauben ihres Mannes übertritt. Die im Roman dargestellten Protagonisten sind vielfältig. Es geht um die tragische Liebe zwischen der schönen christlichen Philotei und dem muslimischen Ziegenhirten Ibrahim, die Freundschaft zwischen Karatavuk (Amsel) und Mehmetcik (Rotkehlchen), die durch die kommenden Kriege getrennt werden, und um Rustem Bey, den gütigen und weisen Aga des Dorfes, der in der Liebe kein Glück findet.

Den politischen und historischen Handlungsstrang bildet die Laufbahn von Mustafa Kemal, später Atatürk, die immer wieder in kleinen Kapiteln eingebunden wird. Das Osmanische Reich schlittert an der Seite des verbündeten Deutschlands über die Balkankriege in den Ersten Weltkrieg, die jungtürkische Bewegung unter Enver Pascha entmachtet den Sultan, die Armenier werden aus ihren Siedlungsgebieten in Todesmärschen in die syrische Wüste vertrieben. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zerfall des Osmanischen Reiches wittern griechische Nationalisten diesseits und jenseits der Ägäis die Chance, den Traum von einem Großgriechenland zu realisieren, das große Teile der türkischen Westküste umfasst. Atatürk gelingt es jedoch durch Diplomatie und militärisches Geschick, die griechischen Truppen aus der Türkei zu vertreiben. Im Anschluss wird die ortsansässige griechisch-stämmige Bevölkerung von Smyrna, dem heutigen Izmir, fast vollständig massakriert; analog zu dem Ende des ersten Buches aus „Middlesex“ von Jeffrey Eugenides.

So verschiedenartig die Handlungsstränge sind, so unterschiedlich sind auch die Erzählstile. Das Schicksal der Einwohner von Eskibahce wird im leicht „orientalisch märchenhaften“ Stil erzählt. Die Figuren bilden keine strukturierten Persönlichkeiten aus, wie in „Krieg und Frieden“, oder, um im historischen Kontext zu bleiben, in „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ von Franz Werfel. Sie bleiben Träger der Handlung; vergleichbar Yasar Kemal's Mehmed-Trilogie. Die Darstellung der politischen Ereignisse hingegen erfolgt im realistischen, fast zynischen Stil. Besonders die Kämpfe um die Gallipoli-Halbinsel, erzählt aus der Perspektive des Dorfbewohners Karatavuk, schildern die Sinnlosigkeit und die Grauen des Krieges in einer Detailliertheit, die



an „Im Westen nichts Neues“ von Remarque erinnert.

Das Anliegen des Buches ist der Humanismus. Es wird gezeigt, wie die einfache Bevölkerung, ob mit oder eigenes Zutun, durch die Ideologie des Nationalismus und der Religion in Konfrontationen gehetzt wird, die in unvorstellbarem Gemetzel und Leid enden. Die im Buch dargestellten Ideologiemuster sowie die Dummheit und Menschenverachtung der Volks- und Freiheitsführer auf allen Seiten ist zeitlos übertragbar etwa auf den Zerfall Jugoslawiens und die damit verbundenen Gräueltaten. Der englische Originaltitel „Birds Without Wings“, bezogen auf die Spitznamen von Karatavuk und Mehmetcik, gibt dies besser wieder. Am Ende des Romans führt Karatavuk aus: „Für Vögel, die fliegen können, bleibt die Welt immer, wie sie ist; sie können fliegen, wohin sie wollen, sie wissen

nichts von Grenzen, und wenn sie sich streiten, ist es immer nur ein kleiner Streit."

So begrüßenswert das humanistische Anliegen des Buches ist, lässt sich der Eindruck leider nicht vermeiden, dass in seinem Namen auch Geschichtsklitterung zu Gunsten der Türkei betrieben wird. Ob Anfang des letzten Jahrhunderts die Agas wirklich so gütig waren wie Rustem Bey, oder eher bei ihren Bauern verhasst, wie in den Romanen von Yasar Kemal, sei dahingestellt; es gehört zur Freiheit des Romans. Problematischer wird es bei den historischen Schilderungen und deren moralischer Bewertung. Obwohl das Buch sehr viele historische Details ausführt, bleibt es natürlich ein Roman und kein wissenschaftliches Werk. Wenn bei der subjektiven Auswahl und Bewertung der historischen Ereignisse jedoch Fragen berührt werden, die in der aktuellen politischen Diskussion hoch brisant sind, begibt sich der Autor auf gefährliches Terrain. Seine Kernthese, dass jedem Gemetzel der türkischen Seite auch ein Vergehen der „anderen" Seite zu Grunde lag, deckt sich zu sehr mit der nach wie vor aktuellen Doktrin der Türkei.

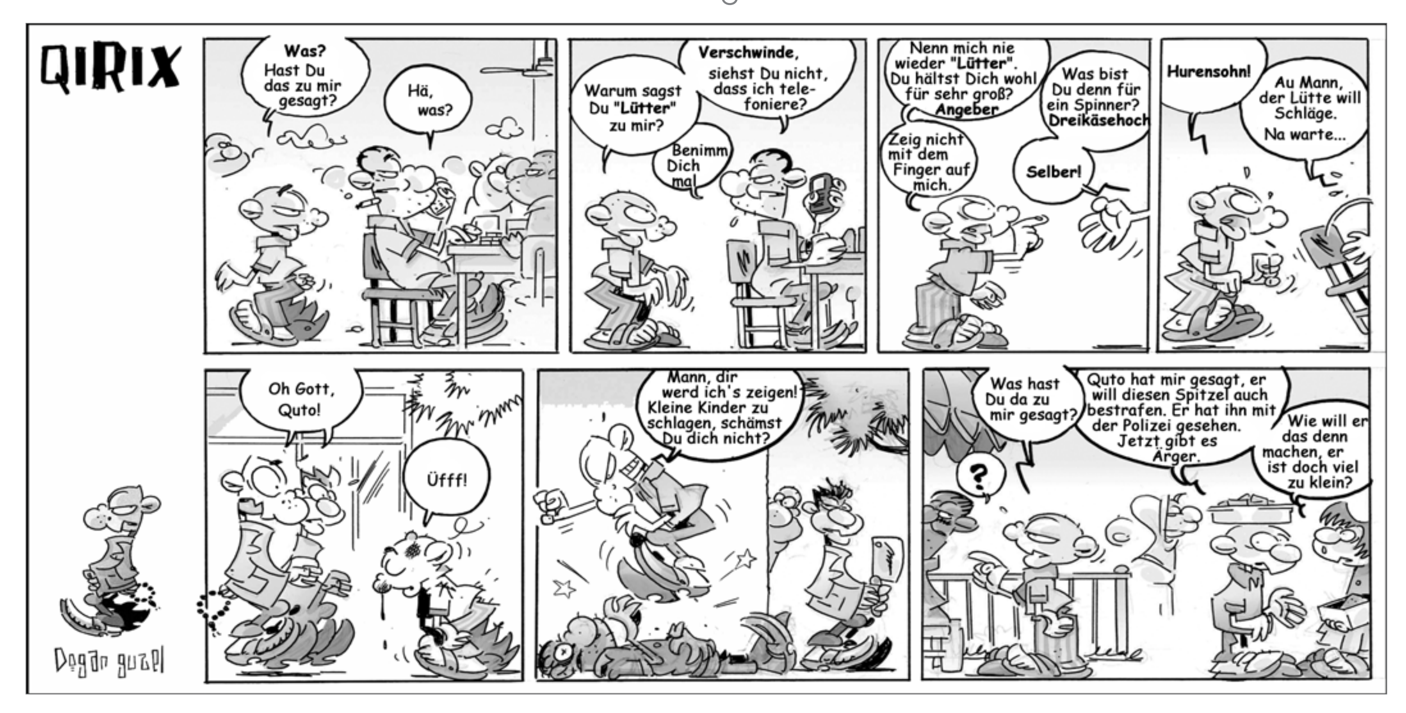
Am deutlichsten wird das an der Armenierfrage: „Es lässt sich nicht abschätzen, wie viele Armenier bei den Gewaltmärschen starben. Im Jahr 1915 sprach man von 300 000, eine Zahl, die seither unter den Bemühungen wütender Propagandisten immer weiter nach oben korrigiert worden ist. Aber es ist müßig und grausam darüber zu streiten, ob 300 000 oder zwei Millionen Menschen umgekommen sind, denn beide Zahlen sind entsetzlich, und das Leid der einzelnen Opfer auf ihrem Weg in den Tod ist in jedem Fall unermesslich." Eine analoge Aussage zu den Opfern des Holocausts würde bei jedem die Alarmglocken klingeln lassen, trotz humanistischem Gestus. Es ist sicherlich richtig, dass bei nicht-türkischen Personen die genaueren Hintergründe und die Vorgeschichte der Verbrechen, die der Türkei in der aktuellen politischen Auseinandersetzung vorgeworfen werden, meist nicht genau bekannt sind. Aber eine Erklärung der türkischen Befindlichkeit ist keine wissenschaftliche Aufarbeitung der historischen Tatsachen. Hier geht von dem Roman eine gewisse suggestive Gefahr aus, da er vortäuscht, das Zweitere zu tun. Es empfiehlt sich für Interessierte, Fachliteratur hinzuzuziehen; speziell zu dem Völkermord an den Armeniern das vor kurzer Zeit erschienene Buch „Operation Nemesis" von Rolf Hosfeld.

Behält man die politische Dimension distanziert im Auge, ist das Buch jedoch als bunter, spannender und informationsreicher Roman unbedingt empfehlenswert. ♦

Louis de Bernières
„Traum aus Stein und Federn"
S. Fischer Verlag
Frankfurt am Main, 2005

Qutos Methode, Spitzel zu bestrafen

Qirix von Dogan Güzel



Der Film ist ein einziges Gedicht

Der letzte Tag im Leben von Beritan

Reimar Heider

Beritan war eine Guerillakommandantin, die zur Legende wurde. Jetzt hat ihr die Guerilla ein Denkmal gesetzt – mit einem einzigartigen Film. „Beritan" hat schon vor seinem offiziellen Start kurdische Filmgeschichte geschrieben. Zwar ist es nicht der erste abendfüllende Spielfilm, der bei der Guerilla gedreht wurde, aber – so viel sei schon jetzt verraten – der mit Abstand beste.

„Beritan" erzählt die Geschichte der legendären Kommandantin Gülnaz Karatas, Codename Beritan, die 1992 nur 25 Tage im Kampfgebiet überlebte, bis ihr spektakulärer Tod sie bei Freund und Feind unvergesslich machte. Der Film, dessen viele Gefechtsszenen mit scharfer Munition und echten Granaten gedreht wurden, kann technisch mit weitaus aufwändigeren Produktionen mühelos mithalten – eine absolut erstaunliche Leistung des Filmteams.

Beritan, die aus Dersim/Karakocan stammt, schloss sich 1991 der Befreiungsbewegung an, während sie an der Universität Istanbul studierte. Bei der Guerilla machte sie sich schnell einen Namen, weil sie Missstände offen anprangerte, anging und sich mit traditionell denkenden Kommandanten und Kommandantinnen anlegte, die den Frauen in der Bewegung nur minderwertige Hilfsaufgaben übertragen wollten. Beritan war es auch, die als Erste die Tradition des Guerillagedichts begründete – eine Tradition, deren Produkte heute Dutzende von Monografien und Anthologien füllen.

Der Film erzählt den letzten Tag im Leben von Beritan, in immer neuen Rückblenden wird dessen Vorgeschichte fassbar: Beritan als Lehrerin im Alphabetisierungskurs bei der Guerilla, Beritan und ihr Verlobter, mit dem sie sich gemeinsam anschließt und von dem sie durch den Krieg getrennt wird, Beritan, die gegen das Kopftuch kämpft, auf dem auch Frauen bestehen. Beritan, die nicht kochen, sondern kämpfen will. Während in der Rahmenhandlung Tag und Nacht gekämpft wird, sind es diese Rückblenden, die das Menschliche im Krieg fassbar machen. Überraschend intensiv beispielsweise die platonische Liebesszene zwischen Beritan und Hüseyin, die praktisch ohne eine Berührung der beiden auskommt. Doch auch der Krieg kennt viele Gefühle. Widerwillen, einen Gegner aus nächster Nähe töten zu müssen, Angst, Sorge, Trauer und Verantwortung.



Regisseur Halil Uysal Foto: ÖP

Während der oberste Kommandant des Frontabschnitts, der von Ömer Harran hervorragend gespielte Osman Öcalan, mit dem Verrat mehr als nur liebäugelt, fallen nach und nach die Genossinnen und Genossen Beritans, die als umsichtige Kommandantin immer das

Seit vielen Jahren bemühen sich Regisseur Halil Uysal und diverse Theatergruppen der Guerilla, unter den unwirtlichen Bedingungen der Berge mit cineastischen Mitteln die Geschichte der Befreiungsbewegung in Bildern festzuhalten und Geschichten zu erzählen. War der erste Film, *„Nepeniya Ruye me"* (Das Geheimnis unserer Gesichter), noch so misslungen, dass er nicht einmal seinen Weg ins kurdische Fernsehen fand, erzielte *„Eyna Bejne"* (Der Ganzkörperspiegel) bereits einigen Erfolg. Der Film erzählt die Geschichte eines Mädchens, das sich der Guerilla anschließen will. Da es zu jung ist, um mitzukämpfen, sich aber auch nicht abweisen lässt, versucht die Gruppe, sie in Sicherheit zu bringen. Als sich herausstellt, dass sie noch nie einen großen Spiegel gesehen hat, beschließen die Guerillakämpfer, ihr den Wunsch zu erfüllen, sich einmal ganz im Spiegel betrachten zu können. Um einen großen Spiegel durch die Frontlinie zu transportieren, riskieren sie ihr Leben. Diese schöne Parabel hatte noch einige Längen, vielleicht auch deshalb drehte Regisseur Halil Uysal danach *„Tirej"* (Sonnenstrahl). Tirej ist ein Kurzfilm, der den letztlich vergeblichen Widerstand zweier Guerillakämpfer zeigt, die von ihrer Gruppe abgeschnitten werden. *Tirej*, namengebende Hauptfigur, schreibt noch im heftigsten Geschützfeuer Tagebuch, bevor auch er fällt. Beide Filme, die trotz ihrer Surrealität ebenfalls auf wahren Begebenheiten beruhen, sind absolut sehenswert, weisen aber noch einige handwerkliche Mängel auf. Weitere Filme sind: *Sond* (Das Versprechen), *Tilili*, *Dema Jin Hezbike* (Wenn die Frau liebt), Fermisken *Ava Ze* (Die Tränen des Zap). Beritan ist der achte Film der Gruppe.

Wohl der Gruppe im Blick hat. Zuletzt bleibt sie allein – umzingelt von Peschmergas der KDP, die es auf sie abgesehen haben. Bis zur letzten Kugel kämpft sie, zerstört ihre Waffe und opfert sich zuletzt selbst, um sich auf keinen Fall zu ergeben, ihre Träume niemals zu verraten. Leider ist gerade diese letzte Szene, auf die alles im Film hinauslaufen muss, da das Ende ja allgemein bekannt ist, eher misslungen.

Während der Dreharbeiten an Originalschauplätzen wurde das bisher unbekannte Grab Beritans entdeckt. Die Exhumierung und Überführung ihrer sterblichen Überreste in ein neues Grab rahmen die Spielfilmhandlung ein und verleihen „Beritan" einen noch authentischeren Charakter. Die enge Verzahnung von Realität und Fiktion macht es den ZuschauerInnen ohnehin schwer, sich emotional zu distanzieren. Die enorme Detailtreue sowohl der Kampfszenen als auch der Rückblenden sowie die schauspielerische Leistung der DarstellerInnen lassen die drei Stunden des Films wie im Flug vergehen. Beritan setzt neue Maßstäbe für den kurdischen Film überhaupt und ist ohne Zweifel die bisherige Krönung des theatralischen und cineastischen Schaffens der Befreiungsbewegung. Technische Mängel wie gelegentlich unverständlicher Ton und die misslungene Schlussszene schränken diesen Eindruck kaum ein. Verwirrend wirkt lediglich, dass die ZuschauerInnen wenig über die Umstände des Krieges erfahren.

Kämpfende Bewegungen neigen gelegentlich zum Pompösen und Monumentalen, um die Größe ihrer revolutionären Ideen oder der erlittenen Torturen auszudrücken. Manche errichten dazu Denkmäler oder Monumente. Auch „Beritan" ist ein Monument – aber nicht grob und klotzig, sondern eher fein und poetisch. Beritans bekannte Gedichte kommen im Film nicht vor – aber der Film ist selbst ein einziges Gedicht. Eines in dem es donnert und knallt, in dem gekämpft, getötet und gestorben wird. Aber eben auch eines, in dem geliebt, gelacht und gehofft wird. Die Heldinnen und Helden in „Beritan" sind keine Übermenschen, sondern im Gegenteil ganz besonders menschlich. Absurd schön der Dialog zwischen Beritan und ihrer türkischen Genossin Ruken: „Weißt Du, Heval Ruken, dieser Krieg ist bald zu Ende. Morgen ist der letzte Tag." „Woher weißt Du das?" „Ich weiß es nicht – ich fühle es." Das war vor 14 Jahren. Doch noch immer wird getötet und gestorben, gehofft und geliebt. ♦

Beritan Kurdistan 2006
Regie: Halil Uysal, Jinda Baran, Dersim Zerevan
DarstellerInnen: Beritan Dersim (Beritan), Jinda Baran (Ruken), Ömer Harran (Osman Öcalan), Mehmet Emin (Hüseyin)

Kurdisch-türkisches Theater aus Hamburg

„Drej Hasan"

Bühne der Träume / Düsler Sahnesi

Die Theatergruppe „*Bühne der Träume*", wird nach der Sommerpause Ende August wieder auf die Bühne zurückkehren. Die letzte Aufführung mit dem Titel „Drej Hasan" wurde in Hamburg viermal aufgeführt. Über 1000 ZuschauerInnen haben sich das Stück des Regisseurs Özkan Simsek angesehen. Die Resonanz auf die Aufführung war sehr positiv.

In dem Stück geht es um eine Liebesgeschichte aus Kurdistan. Der verliebte Junge Hasan, der die Hauptrolle in dem Stück spielt, ist seit vier Jahren dabei seinen Wehrdienst zu absolvieren. Auf Grund feudaler Gesellschaftsstrukturen ist es dem Liebespaar bisher nicht gelungen, zueinander zu finden. Hasan ist gezwungen, aus der Kaserne zu fliehen, um zu verhindern, dass ein anderer Junge seine Geliebte zur Frau nimmt. Durch unerlaubtes Fernbleiben verlängert sich sein Wehrdienst und scheint kein Ende zu nehmen. Das Stück zeigt, wie schwierig es für einen Kurden ist, unter der Obhut des türkischen Staates zu leben.



http://www.duesler-sahnesi.de

Die „*Bühne der Träume*" sehen sich verpflichtet, die *Demokratischen Vereine* mit ihren Stücken zu unterstützen. „Unser Ziel ist, dem türkisch-kurdischen Theater in Hamburg zu einem breiteren Bekanntheitsgrad zu verhelfen. Wir fühlen uns verpflichtet, das Unrecht ans Licht zu bringen. Wir spielen für mehr Brüderlichkeit, mehr Gerechtigkeit und für mehr Freiheit", so die „*Bühne der Träume*".

Die am 1. Mai 2005 gegründete Theatergruppe hat neben diesem Stück zahlreiche Aufführungen auf antiimperialistischen und antifaschistischen Veranstaltungen hinter sich. Die Mehrzahl der SchauspielerInnen sind Studierende und hinterlassen einen positiven Eindruck auf die ZuschauerInnen. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass die Zukunft der Gruppe sehr viel versprechend ist.

Gesprochen wird auf der Bühne kurdisch und türkisch. Aber auch für diejenigen ist es interessant, die diese Sprachen nicht beherrschen. Das Theaterstück wurde erstmals aufgeführt mit deutschem Untertitel. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
YEK-KOM
Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Chausseestr. 15
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 24 72 41 96
E–mail: yekkom-berlin@gmx.net
http://www.yekkom.com

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1 - 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
Fax: 0(033) 1 40 16 47 23
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 21 01 137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



Informationen:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Jeder und nur einige wenige

Der Regen fällt für alle
Die Sonne wärmt jeden
Die Jahreszeiten sind für alle da
Aber immer sind es nur einige wenige
die unter die Lawine geraten
von der Flut erfasst werden

Sowohl die Liebe als auch die Trennung
sind für jeden
Aber nur einige wenige sterben am Schmerz
Früher war Trennung gleich Tod
für einige, nur aus Vergesslichkeit

Dabei ist nicht alles für jeden
Einige ziehen keine Lehre aus der Dunkelheit
Einige können mit der Einsamkeit nicht umgehen
Einige können sich nicht lossagen von der Dunkelheit

Der Regen fällt für alle
Aber nur einige wenige ergreifen die Hand des Regens
Viele Lieder, viele Filme, viele Romane
Aber nicht jedes Herz reicht zum Lieben

Einige Menschen, die unter eine Lawine geraten
von der Flut erfasst werden
an Liebe und Schmerz sterben
reichen aus, um die Welt zu verändern
Die anderen hören und schauen lediglich zu ...

(Murathan Mungan)



Engin Sincer (Erdal)

ISSN 0935-5375